

Juden in Radebeul

Erweiterte Ausgabe

1933-1945



INGRID LEWEK · WOLFGANG TARNOWSKI

Juden in Radebeul 1933-1945

Ingrid Lewek
Wolfgang Tarnowski

Juden in Radebeul 1933-1945

Erweiterte und überarbeitete Ausgabe

Radebeul 2008

Impressum:

Herausgeber: Große Kreisstadt Radebeul / Stadtarchiv
Pestalozzistraße 6, 01445 Radebeul
Telefon: 0351 8305252
Internet: www.radebeul.de
E-Mail: mail@stadtarchiv-radebeul.de

Autoren: Ingrid Lewek
Wolfgang Tarnowski

Lektorat und
Bildbearbeitung: Frank Andert (AG Stadtmuseum Radebeul)

Satz/Druck: Lößnitz-Druck GmbH Radebeul

Titelbild: Ilse Freund mit Hauskindern (Quelle: Franziska Klotzsche, Radebeul)
Rückseite: Stolpersteine in Radebeul, Moritzburger Straße 1 (Fotograf: Wolfgang Tarnowski)

Schutzgebühr: 8,00 €

ISBN: 978-3-938460-09-2

Geleitwort

Wer aufmerksam durch unsere Stadt geht, wird auf dem Fußweg der Moritzburger Straße die so genannten Stolpersteine entdecken. Spätestens dann drängt sich bestimmt die Frage auf: Wie erging es eigentlich den in Radebeul ansässigen Juden während der Zeit des Nationalsozialismus, während der Zeit des „Dritten Reiches“? Heute, mehr als 60 Jahre nach Kriegsende, ist über diesen Teil unserer Stadtgeschichte manches leider nicht mehr gegenwärtig.

Wie viele jüdische Familien, wie viele jüdische Mitbürger/-innen Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts in unserer Stadt lebten, vermag man heute nicht mehr mit absoluter Sicherheit zu sagen. Wohl aber ist bekannt, dass mehrere in der Zeit von 1933 bis 1945 in Konzentrationslager verschleppt wurden und dort umgekommen sind. Andere konnten noch rechtzeitig auswandern oder untertauchen. Die Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Menschen hat auch nicht vor Radebeul Halt gemacht!

Die Verfasser der vorliegenden Broschüre, Ingrid Lewek und Wolfgang Tarnowski, haben sich, nachdem die Erstauflage des Büchleins im Jahre 2004 schnell vergriffen war, dankenswerterweise weiter auf Spurensuche begeben. Sie gingen Hinweisen und weiterführenden Informationen nach und konnten so ihre Abhandlung überarbeiten und erweitern.

Als Ergebnis ihrer jahrelangen Arbeit liegt uns jetzt ein unschätzbares Werk vor, welches zugleich Erinnerung und Zeitzeuge des Geschehens der Jahre 1933 bis 1945 in unserer Stadt ist. Die aktuellen Ereignisse in unserem wie auch in benachbarten Ländern zeigen, wie wichtig es ist, immer wieder darum zu ringen, dass die damaligen Zeiten, die damaligen Geschehnisse nicht in Vergessenheit geraten! Der Respekt vor der Freiheit des Andersdenkenden, der Respekt vor der Freiheit des Andersgläubigen sind nicht nur Grundlage unseres Grundgesetzes, sondern vor allem Grundvoraussetzung des friedlichen menschlichen Zusammenlebens.

Bert Wendsche
Oberbürgermeister

Vorwort

Mit dieser überarbeiteten und erweiterten Auflage unseres rasch vergriffenen kleinen Buches über die Juden in Radebeul von 2004 suchen wir noch einmal das Gespräch mit den Radebeuler Bürgern über die Juden und die Judenverfolgung vor mehr als 60 Jahren auch in unserer Stadt. Eine lange Zeit ist seitdem vergangen, und die Gegenwart ist voller eigener Probleme. Aber zum einen sind wir diese zweite Ausgabe den Radebeuler Bürgern geradezu schuldig, die unserer damaligen Bitte entsprochen haben und mit uns auf Spurensuche gegangen sind zu jüdischen Schicksalen. Wir konnten ergänzen, mussten korrigieren. Persönliche Erinnerungen ermöglichen ein Stück „Heimholung“ für die, deren Namen für immer ausgelöscht sein sollten. Sie schützen im Besonderen davor, dass in Vergessenheit gerät, was vor Ort geschehen ist.

Wir sind in dieser Ausgabe durch weitergeführte eigene Recherchen ausführlicher geworden. Wir haben u. a. die „Arisierung“ der Radebeuler Betriebe Otto E. Weber GmbH und Haubold & Richter GmbH neu aufgenommen. Es ist weithin unbekannt, dass diese beiden Firmen erst durch ihre jüdischen Eigentümer zu den bekannten mittelständischen Betrieben entwickelt worden sind. – Wir haben uns auch bemüht, Antworten zu geben auf die Fragen, die immer wieder in den Gesprächen zur ersten Buchvorstellung gestellt wurden.

Wir können uns nicht wissend genug machen in allem, was die Juden betroffen hat und alle, die wie sie diffamiert wurden. Denn – und das ist der nicht weniger bestimmende Anstoß für eine zweite Auflage – es gibt sie wieder in Deutschland, die einfache Lösungen anbieten für die gegenwärtigen Probleme. Sie reden frei öffentlich von „Elite“ und meinen das deutsche Volk. Sie punkten mit Schlagworten wie „biologisch-reinrassig“ und finden aufmerksame Zuhörer, wenn sie vorgeben, „die Schuldigen zu kennen“, „die entfernt werden müssen“. Sie erhalten Wählerstimmen auch in Radebeul.

Mit der Erinnerung an das unselige Geschehen von 1933 bis 1945 versuchen wir uns gegenseitig zu schützen vor einer Wiederholung dessen, was anderen angetan wurde und – was wir uns selbst angetan haben. Denn Rassismus ist das schlimmste Verbrechen eines Volkes gegen sich selbst.

Wir danken Herrn Frank Andert für sein sorgfältiges Lektorat und den MitarbeiterInnen des Stadtarchivs Radebeul für ihre aufmerksame Begleitung und Unterstützung dieser Arbeit.

Radebeul im Mai 2008

Ingrid Lewek

Wolfgang Tarnowski

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (Notschriften-Verlag Radebeul 2004)

Diese Arbeit ist der Erinnerung an die jüdischen Bürger unserer Stadt gewidmet. Sie waren normale Radebeuler Bürger, bis sie in den Jahren der Nazi Herrschaft diskriminiert, verfolgt und umgebracht wurden. Im Besonderen denken wir an die heute jungen Menschen, die Fragen stellen, was es mit den Juden auf sich hatte, und die nicht verstehen können, warum sie verachtet und verfolgt worden sind. [...]

Es war der erklärte Wille der Nazis, auch die Spuren der Erinnerung an die Juden zu tilgen. Soviel es uns möglich ist, treten wir diesem Ziel entgegen. Die Nachforschungen waren oftmals schwierig und bleiben unvollständig. Zum einen wurde auch in Radebeul der Nazierlass von Anfang 1945 befolgt, dass alle Unterlagen, die Juden betreffen, zu vernichten waren. Zum anderen sind wir an die Grenze des zu spät gestoßen. Wir verbinden aber mit dieser Herausgabe auch die Hoffnung, dass bei manchem Leser Erinnerungen geweckt werden, sowohl an fehlende Namen wie Daten und Schicksale. Das wäre ein schöner Erfolg. [...]

Im Kapitel „Als Halbjude in Nazideutschland“ schildert Wolfgang Tarnowski seine Erlebnisse in dieser Zeit. Sie sind das persönliche Zeugnis eines der letzten Halbjuden, der in den Jahren 1933–1945 in Radebeul gelebt hat. Sie wollen als Mahnung gelesen werden, jeder Form von Intoleranz zu widerstehen.

„Du sollst kein Opfer sein! Du sollst kein Täter sein! Vor allem aber, sei kein Zuschauer!“

(Jehuda Bauer).

Ingrid Lewek

Mitglied der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V.

Wolfgang Tarnowski

Mitglied des Bundes der Antifaschisten Region Dresden e.V.

Inhalt

Geleitwort	5	B „Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom	
Vorwort	6	25. November 1941 (Auszug)	79
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	7	C Wie viele Juden lebten während der NS-Zeit in Radebeul?	80
1. Judenhass und Judenfeindschaft in Deutschland	9	D Auszüge aus dem Protokollbuch der Lehrerversammlungen der Volksschule Niederlöbnitz aus den Jahren 1934 und 1935.	82
2. Warum sind die Juden nicht rechtzeitig gegangen?	15	8.2. Abkürzungen	82
3. Die Ausraubung der Juden	18	8.3. Verwendete Literatur	83
4. Die nationalsozialistische Politik und ihre Folgen für die Juden in Radebeul	22	8.4. Bildnachweis	84
4.1. „Juden“	22		
4.2. Juden in „Mischehen“	45		
4.3. „Jüdische Mischlinge“	51		
5. Juden in Radebeul 1933–1945 – ihre Namen und Daten	54		
6. Wolfgang Tarnowski: Als Halbjude in Nazideutschland	58		
7. Die „Arisierung“ Radebeuler Betriebe	69		
7.1. Otto E. Weber GmbH	69		
7.2. Haubold & Richter GmbH	74		
8. Anhang	78		
8.1. Anlagen	78		
A Bericht des Oberfinanzpräsidenten Dresden vom 24. Juli 1941 an den Herrn Reichwirtschaftsminister in Berlin (Auszug)	78		

1. Judenhass und Judenfeindschaft in Deutschland

Die Wurzeln der Judenfeindschaft reichen tief in unsere Vergangenheit. Die Juden waren weithin und immer wieder „Andere“. Das konnten wir schwer vertragen. Die Juden selbst verstehen sich als „Gezeichnete“ Gottes, herausgerufen in die Freiheit und ethische Verantwortung, oder, wie der jüdische Philosoph Manés Sperber formuliert: „Die Propheten luden den Juden die Bürde des Menschseins auf.“ Das heißt nicht, dass sie sich für die besseren Menschen halten. Sie kommen aber nicht los von der Bindung an das Gottesgebot in der Thora und den Propheten und kommen damit nicht frei vom unbedingten Monotheismus. Wer Juden verstehen will, muss die Grundaussage ihres Glaubens kennen.¹

Mit ihrem unbeugsamen Widerstand gegen jeden Götzendienst haben sich die Juden im alten Rom als einziges Volk der Antike den Freispruch vom Kaiserkult ertrorzt. Eine Wende erfolgte in der Begegnung mit dem Christentum im ersten und zweiten Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Zunächst profitierten die kleinen Christengemeinden von der Befreiung vom Kaiserkult als jüdische Sekte. Als aber ihre Eigenart gegenüber dem Judentum und seinem Bekenntnis deutlich hervortrat, verloren die Christen diesen Schutz und erlitten blutige Verfolgungen durch Rom.

Im vierten Jahrhundert wendete sich das Blatt. Kaiser Konstantin erhob das Christentum zur Staatsreligion. Von heute auf morgen wurden aus den Verfolgten die Einflussreichen im Staat. Die Christen zögerten nicht, den plötzlichen Machtgewinn zu nutzen. Ihre ersten Handlungen zielten auf die Verdrängung der Juden aus einflussreichen Positionen und vom Landbesitz. Dafür genügte ein einfaches Gesetz: Juden war es fortan verboten, christliche Sklaven in Dienst zu nehmen. Da es andere Arbeitskräfte nicht gab, mussten die Juden ihre ausgedehnten Ländereien verkaufen und sich außer Landes eine neue Existenz aufbauen. Eine Vertreibungsgeschichte nahm ihren Lauf.

Die Christen konnten sich bei solchem Vorgehen auf das Neue Testament berufen. In den Evangelien werden öfters „die Juden“ als die Gegner Jesu vorgeführt. Die Passionsgeschichte Jesu kann als Aufweis der Schuld der Juden am Kreuztod Jesu gelesen werden.²

Die Macht der Kirche im Abendland wuchs. Ge-eint im Zeichen von Kreuz und Auferstehung Jesu Christi, feierte die Gemeinde jeden Sonntag das Sakrament des Heiligen Abendmahles, und alle gehörten dazu – nur nicht die Juden. Die Juden hielten gemäß der Thora den Sabbat als ihren

¹ *Das jüdische Bekenntnis lautet: „Höre, Israel! Der Ewige ist unser Gott, der Ewige allein, der Ewige ist Einer. Du sollst den Ewigen, deinen Gott, lieben mit deinem ganzen Herzen, mit deiner ganzen Seele und mit deinem ganzen Vermögen.“ (Sch'ma Israel, 5. Buch Mose 6, 4–6)*

² *Die engagierten Gegner Jesu kamen offensichtlich aus den Reihen der Priesterschaft, die sich in der Sorge um die mühsam erworbene politische Balance mit den Vertretern Roms verbündet hatte. Das Todesurteil hingegen stand nur dem römischen Statthalter zu. Die Kreuzigung war römische Praxis gegenüber Aufständischen.*

Feiertag (1. Buch Mose 2,2). Das ist der 7. Tag der Woche, der nach jüdischem Brauch am Freitagabend beginnt und am Samstagabend endet.

Es war also ein religiöses Problem, das den Juden das Leben schwer machte im christlichen Abendland. Wir sprechen im Blick auf diese Zeit vom „**Antijudaismus**“. Überzeugt, im Besitz des allein selig machenden Glaubens zu sein, duldeten die Christen zunehmend kein anderes religiöses Bekenntnis. Wenn die Juden sich nicht bekehren ließen, sollten sie aus der abendländischen Gesellschaft verdrängt werden. Landbesitz und Zugang zu den Zünften wurden ihnen weithin verwehrt, so dass sie weder Bauern noch Handwerker werden konnten. Auch von öffentlichen Ämtern waren die Juden ausgeschlossen. Im Handel durften sie lediglich als Hausierer tätig werden, als „**Bündeljuden**“, unterwegs von Ort zu Ort.

Eine der wenigen Möglichkeiten der Existenzsicherung bestand für die Juden im Geldverleih,³ der den Christen, die keinen Zins nehmen durften, verboten war. Der „**Wucherjude**“ war geboren! Denn Geld wurde gebraucht, insbesondere von den Fürsten. Sie wandten sich an die Juden. Waren die Schulden so hoch aufgelaufen, dass an Rückzahlung nicht zu denken war, insze-

nierte man ein Pogrom gegen die Juden am Ort. Eine Anklage fand sich immer.⁴ Danach konnten die Schuldscheine zerrissen werden, und das Volk war auch auf seine Kosten gekommen. Diese Pogrome waren umso leichter durchzuführen, seit man die Juden in den größeren Städten in **Gettos** verbannt hatte, wo sie auf engem Raum zusammengedrängt lebten. Diese Gettos wurden den Juden insbesondere in der Zeit der Kreuzzüge (1000–1200) zum Verhängnis. Im Gefolge der Ritterheere, die zur Befreiung des Grabes Christi von den Ungläubigen ins „Heilige Land“ aufbrachen, zogen Heerscharen von Armen und Entwurzelten durch Europa. Dieser Tross entdeckte auf dem Weg nach Osten die Juden als die „**Christusmörder**“, die als erste zu bestrafen seien. Eine grausige Blutspur zeichnete den Weg der Kreuzfahrer.⁵

In der Folgezeit war es fast egal, welches Unglück die Menschen des Mittelalters traf; ob Pest oder Cholera oder Teuerung – die Juden waren Schuld, sie waren die „**Brunnenvergifter**“. In der Mitte des 14. Jahrhunderts verloren die Juden generell das Bürgerrecht. Große jüdische Ansiedlungen wie in Worms, Speyer oder Köln wurden vernichtet. Es konnten sich je nur einzelne Juden

³ *Kein Wunder, dass die Juden im Geldgeschäft besondere Erfahrungen erwarben. Sobald ihnen jedoch andere Erwerbsmöglichkeiten eröffnet wurden, haben sie diese ergriffen. Aber das war dann auch wieder „falsch“.*

⁴ *Eine oft erhobene Anklage besagte, die Juden hätten ihre Mazzen, das Brot für das Osterfest, mit dem Blut eines Christenkindes gebacken, – obwohl den Juden jeder Blutgenuss verboten ist! Oder sie hätten eine geweihte Hostie durchstochen und damit den Leib Christi geschändet.*

⁵ *Unter dem Eindruck dieser und späterer Verfolgungen der Juden durch die Christen betete Papst Johannes XXIII.: „Wir erkennen nun, dass viele, viele Jahrhunderte der Blindheit unsere Augen bedeckt haben, so dass wir die Schönheit Deines auserwählten Volkes nicht mehr sehen und in seinem Gesicht nicht mehr die Züge unseres erstgeborenen Bruders wiedererkennen. Wir erkennen, dass das Kainszeichen auf unserer Stirn steht. Jahrhundertlang hat Abel darnieder gelegen in Blut und Tränen, weil wir Deine Liebe vergaßen. Vergib uns die Verfluchung, die wir zu Unrecht aussprachen über den Namen der Juden. Vergib uns, dass wir Dich in ihrem Fleische zum zweiten Mal kreuzigten. Denn wir wussten nicht, was wir taten ...“ (Bußgebet, verfasst am 3.6.1963)*

mit ihren Familien ein Sonderrecht zur Ansiedlung in einer Stadt erkaufen. Dieses Recht war aber jederzeit widerrufbar und erlosch mit dem Tod des männlichen Vertreters.

Die um die Wende zum 18. Jahrhundert einsetzende Aufklärung war auf die Befreiung des Menschen von „unvernünftigen Zwängen“ im Denken und in der Lebensführung gerichtet.⁶ Sie wurde von vielen bejubelt und hatte es doch nicht leicht mit ihrem Appell an die Vernunft und ihrem Werben für Toleranz. Für die Juden reiften die Früchte der Aufklärung nur sehr langsam. Die vollen Bürgerrechte blieben ihnen vorenthalten. Sie erhielten auch nicht einfach Wohnrecht in allen Städten.⁷ Während der Befreiungskriege von der napoleonischen Herrschaft (1813/14), als auch jüdische Soldaten willkommen waren, gab es Erleichterungen, die aber sehr bald Zug um Zug zurückgenommen wurden. Die Juden sollten das fremde Element bleiben.

Erst Mitte des 19. Jahrhunderts wurde den Juden in Deutschland der Zugang zu den Universitäten und

damit zu den akademischen Berufen eröffnet, und es ist kein Wunder, dass viele diese neuen Aufstiegsmöglichkeiten bereitwillig nutzten. Die gebildeten Juden waren in der Regel aufgeschlossen für liberale Ideen und gehörten zu den Vorreitern der Moderne in Wissenschaft und Kultur. Hand in Hand damit begann zu dieser Zeit auch ein Aufbruch in den Synagogengemeinden im Sinne einer behutsamen Annäherung oder Verständigung mit den Kirchen.⁸ Nicht wenige Juden ließen sich oder ihre Kinder taufen – bei den einen ein Zeichen für ein bereitwilliges Ja zum christlichen Glauben, bei anderen überwogen Vernunftgründe.⁹ Im Gegenzug meldeten sich lautstark und brutal die Vertreter einer neuen Rassenlehre zu Wort, die die Juden als Angehörige der semitischen¹⁰ Rasse als generell minderwertig einstufte. Der **Antisemitismus** war geboren.¹¹

Rassentheorien waren schon im 18. Jahrhundert aufgekommen, aber im Blick auf die Juden hatte deren „Rasse“ bisher keine Rolle gespielt. Die neue Rassenlehre war nun aber bemüht, aus der Ver-

⁶ Zu verweisen ist auf Gotthold Ephraim Lessing, seine Freundschaft mit Moses Mendelssohn und deren Niederschlag im Dramatischen Gedicht „Nathan der Weise“ (1779).

⁷ Noch Mitte des 18. Jahrhunderts verhinderte ein kursächsisches Mandat die Niederlassung von Juden. Erlaubt war nur die Durchreise zur Leipziger Messe. Erst hundert Jahre später hatte man in Sachsen „keine Vorbehalte gegen jüdische Ansiedlungen“.

⁸ In seiner Ansprache zur Weihe der Dresdner Synagoge („Semper-Synagoge“) 1840 betonte Rabbiner Zacharias Frankel: „Uns beseelt die Wonne des Glaubens, uns beglückt das Hochgefühl der Religionsfreiheit [...] uns bleibt die Freude an dem Vaterlande.“ (Jüdisches Gemeindeblatt 15.6.1938).

⁹ Heinrich Heine bezeichnete seine später bereute Konversion von 1825 als sein „Eintrittsbillet in die Gesellschaft“. – Auch in der Kötzschenbrodaer Kirche sind im frühen 19. Jahrhundert mindestens sieben Kinder aus jüdischen Familien christlich getauft worden (vgl. Moritz Lilie: Chronik der Löbnitzortschaften. Niederlöbnitz 1893, S.112f.).

¹⁰ Der Begriff Semiten wurde in der theologisch-historischen Literatur des späten 18. Jahrhunderts geprägt und bürgerte sich auf dem Umweg über die Sprachwissenschaft auch in der Völkerkunde ein. Zur semitischen Sprachgemeinschaft, die nicht auf eine ethnische Gruppe beschränkt ist, gehören neben den Hebräern auch Araber und Äthiopier.

¹¹ Die völkisch-rassistischen Judengegner bezeichneten die Juden im 19. Jahrhundert zunehmend als Semiten. Der Begriff Antisemitismus wurde in den 1870er Jahren salonfähig, antisemitisch war gleichbedeutend mit antijüdisch.

schiedenartigkeit auch eine Verschiedenwertigkeit zu konstruieren. Jetzt wurde den Juden – und zwar nur ihnen, nicht etwa allen semitischen Völkern – die totale Minderwertigkeit sowohl des Geistes wie des Körpers attestiert. Die „germanisch-reinrassigen“ Deutschen wurden von den Rassentheoretikern dagegen zur vermeintlich höherwertigen Volksgruppe oder „Rasse“ der „Arier“ gezählt.¹²

Die Universitäten schwiegen. Der prominente Historiker Heinrich von Treitschke etwa gab 1879 die Losung aus: „Die Juden sind unser Unglück!“ Er wurde aufmerksam gehört und kolportiert. Am Berliner Dom nutzte der populäre Hof- und Domprediger Pfarrer Adolf Stöcker, zugleich Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, die Kanzel zur Agitation gegen die Juden. Der Antisemitismus fand seine Anhänger insbesondere in nationalistisch-konservativen Kreisen, denen die Juden als Vertreter der als bedrohlich empfundenen „modernen“ Entwicklung suspekt waren, aber auch aufseiten derer, die es besser wissen mussten.

Bald ging die Rede um von einer „Judenschwemme“ unter den niedergelassenen Ärzten und Rechtsanwälten; der Adel warnte vor einer „Verjudung“ und die Handwerker vor der Konkurrenz vonseiten des „asiatischen Fremdlingsvolkes“. Der ökonomische Erfolg der jüdischen Mitbewerber, die sich offensichtlich als sehr tüchtig erwiesen hatten, weckte Existenzsorgen, die sich

in antisemitischen Parolen artikulierten. Die Rassenideologie wurde zur Waffe in der wirtschaftlichen Auseinandersetzung.

Die Juden ließen sich nicht abschrecken. Endlich angekommen in der Mitte der deutschen Gesellschaft, legten sie alles darauf an, den Beweis für ihre Zugehörigkeit zu erbringen. Sie fühlten sich der durch preußische Tugenden und die klassische Literatur und Philosophie – Lessing, Goethe, Schiller, Kant – repräsentierten deutschen Wesensart trotz der erneuten Verunglimpfung in besonderer Weise verbunden. Diese Integrationsbemühungen wurden nur schleppend belohnt. Im Ersten Weltkrieg besann sich dann auch Kaiser Wilhelm II. auf „seine“ Juden, die nun erstmals Offiziere im deutschen Heer werden konnten. Erst die Weimarer Verfassung von 1919 garantierte den Juden die vollen Bürgerrechte.¹³

Die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts waren die Blütezeit für den Beitrag der Juden in Deutschland in Kunst und Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik – weil man sie zuließ! Im Volk aber blieb das Misstrauen gegen die Juden virulent. Dafür hatte die jahrhundertelange Diskriminierung gesorgt. Das zeigte sich sehr bald und offen.

Mit der Machtübernahme Hitlers gewann der Antisemitismus ungeahnte Stoßkraft. Hitlers Wahnidee von einer internationalen Verschwörung des Judentums zum Ruin der „nationalen Entwicklung“ wurde zur Leitidee seiner Politik

¹² „Es ist unser Schicksal, zu einer hochstehenden Rasse zu gehören. Eine tiefer stehende Rasse braucht weniger Raum, weniger Kleidung, weniger Essen und weniger Kultur als eine hochstehende Rasse.“ (Robert Ley, Leiter der NS-Einheitsgewerkschaft Deutsche Arbeitsfront, am 30.1.1940)

¹³ In den Artikeln 135 und 136 der Weimarer Verfassung vom 11.8.1919 wurde erstmals praktisch die „volle Glaubens- und Gewissensfreiheit“ und „die ungestörte Religionsübung“ aller Bürger des Deutschen Reichs gewährleistet. „Der Genuss bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern“ waren fortan „unabhängig von dem religiösen Bekenntnis“. Damit hatten auch die Juden de jure freien Zugang zum Staatsdienst, zu Berufen und Ämtern wie Lehrer, Richter, Staatsanwalt oder Bürgermeister.

und bereitwillig von viel zu vielen angenommen. Die Gestaltung des „Dritten Reiches“ wurde zur Auseinandersetzung des deutschen Volkes mit dem internationalen Judentum hochstilisiert. „Juden raus aus Deutschland!“ lautete das konkrete Ziel.

Der Gedanke der „Reinigung des deutschen Volkskörpers von allen jüdischen Elementen“ erweckte wiederum bei nicht wenigen Leuten die Hoffnung auf Gelegenheiten zur Bereicherung. Es gab Banken, Geschäftshäuser, Arzt- und Rechtsanwaltspraxen in jüdischer Hand, meist gut geführt – da klang der Slogan „Juden raus!“ verheißungsvoll und nach Gewinn für manchen Gescheiterten.

Die Legende, dass alle Juden reich gewesen wären, entbehrt aber jeglicher Grundlage. Der Anteil der Juden, die – wie so viele in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts – um ihre Existenz kämpfen mussten oder schlicht arm waren, war im Gegenteil vergleichsweise hoch. Für den Regierungsbezirk Dresden gilt die Schätzung, dass lediglich acht Prozent der hier ansässigen Juden als vermögend einzustufen waren. Zur Umsetzung ihrer Parole „Juden raus aus Deutschland“ brauchten die Nazis eine Definition dafür, wer als Jude zu gelten hatte. Die rassistische Entgegensetzung „Arier“ und „Nichtarier“ war wegen ihrer zweifelhaften wissenschaftlichen Basis juristisch nicht anwendbar. Alle Bemühungen um den Nachweis eines biologischen

Unterschieds der „jüdischen Rasse“ waren zum Scheitern verurteilt, und auch die Sprachwissenschaft, aus der die Rassenideologie ihre Klassifikationen übernommen hatte, lieferte widersprüchliche Befunde. Das einzige handhabbare Kriterium blieb die Religionszugehörigkeit: Glaube wurde mit Rasse gleichgesetzt! Da sich, vor allem im 19. Jahrhundert, viele Juden taufen lassen, ging die Nazigesetzgebung dabei bis auf die Großelterngeneration zurück.

In der Durchführungsverordnung zum „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 hieß es zum Beispiel, „es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternanteil der jüdischen Religion angehört hat“, um den Betroffenen als „nicht tragbar“ von der Beamtenlaufbahn auszuschließen. Die „Nürnberger Gesetze“¹⁴ vom 15. September 1935, die den deutschen Juden ihre staatsbürgerlichen Rechte entzogen („Reichsbürgergesetz“) und Eheschließungen sowie intime Beziehungen zwischen Juden und Menschen „deutschen und artverwandten Blutes“ bei Strafe verboten („Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“), unterschieden rechtlich zwischen „Volljuden“, Mischlingen ersten Grades („Halbjuden“) und Mischlingen zweiten Grades („Vierteljuden“). Ein Instrument für die Erhebung der „deutschen oder artverwandten Abstammung“ („Ariernachweis“) wurde der „Ahnenpass“.¹⁵

¹⁴ Der Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg wurde am 15.9.1935 mit einer Sondersitzung des Reichstages abgeschlossen, in der das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ und das „Reichsbürgergesetz“ verabschiedet wurden, im Sprachgebrauch danach als „Nürnberger Gesetze“ bezeichnet.

¹⁵ Ein seit 1933 vom „Reichsverband der Standesbeamten Deutschlands“ herausgegebenes Formular zur Bescheinigung von Geburt, Taufe, Heirat und Tod des Inhabers und seiner Vorfahren bis zur Ururgroßelterngeneration, in dem jeweils auch die Religionszugehörigkeit einzutragen war.

Diese Zuordnungen und alle Gesetze sind von hohen Juristen ausgearbeitet worden. Sie wurden veröffentlicht und angewandt, und es gab kaum Widerspruch. Das Postulat der Aufklärung von der gleichen Würde aller Menschen galt nichts mehr. Das Gewissen ließ sich offensichtlich beruhigen, etwa mit der Rede: „Die Juden sind selbst schuld“, denn es musste doch einen Grund haben, dass sie durch die Jahrhunderte immer als die Störenfriede galten! Zugleich war und ist es für viele Menschen entlastend, wenn sie in schwierigen Zeiten einen Schuldigen dingfest machen können. Diese Disposition haben die Nazis gewissenlos ausgenutzt, als die versproche-

nen Wohltaten und der wirtschaftliche Aufschwung auf sich warten ließen.

Schließlich trafen die Juden in der deutschen Bevölkerung auf eine große Gleichgültigkeit gegenüber ihrem Schicksal – eine tödliche Gleichgültigkeit, wie sich erweisen sollte.

Bei allem Grauen, das den Juden in der NS-Zeit angetan worden ist, müssen wir uns jedoch davor hüten, es nur als gradlinige Fortsetzung dessen anzusehen, was den Juden schon immer angetan worden ist. Die Todesfabriken – Auschwitz steht für viele – waren „furchtbarer als das Böse“. Den Juden wurden nicht nur ihre Bürgerrechte, ihnen wurde das Menschsein abgesprochen.

2. Warum sind die Juden nicht rechtzeitig gegangen?

So fragen heute viele angesichts des schrecklichen Verlaufs der Judenverfolgung. Die Nazis hatten schon vor ihrem Machtantritt ihrem Hass auf die Juden keine Zügel angelegt und hatten ihre Karten im Blick auf deren Schicksal auf den Tisch gelegt. Ob Hitler in „Mein Kampf“ oder Goebbels in seinen Schmähreden oder „Der Stürmer“ mit seiner pornografischen Hetze Woche für Woche, – den jüdischen Bürgern wurde das Lebensrecht in Deutschland bestritten. Denn – so die Argumente der Nazis – die Juden wären Schuld am verlorenen Weltkrieg, Schuld am Versailler Vertrag, Schuld an dem wirtschaftlichen Elend der 20er Jahre und und und... Wenn sie nicht freiwillig gehen, muss man sie vertreiben, das stand überall zu lesen.

Warum sind die Juden nicht gegangen?

Zunächst, es gab sie, die die Drohungen ernst nahmen, insbesondere jüdische Mitglieder der SPD und KPD. Sie flohen über Nacht.¹⁶ Aber wer sich nicht politisch hervorgetan hatte, und das war die deutliche Mehrheit der Juden in Deutschland, sah keinen Grund zur Flucht. Die Unterstellungen der Nazis von politischen Komplotten u. ä. wären einfach Quatsch und nicht ernst zu

nehmen, dachten sie. Wir übersehen im Wissen um das Geschehene die überzeugenden Gründe vieler Juden zu bleiben. Sie waren doch in Deutschland zu Hause! „Wir waren Deutsche, sonst wäre nicht alles, was später kam, so furchtbar, so niederschmetternd gewesen. [...] Wir sprachen die uns teure deutsche Sprache, im wahrsten Sinne die Muttersprache, in der wir alle Worte und Werte des Lebens empfangen hatten. Wir kannten kein anderes Vaterland als das deutsche, und wir liebten es mit der Liebe zum Vaterland.“¹⁷ – „Weil dieser Hitler, dieser Hanswurst, uns vertreiben will“, „weil die alle wahnsinnig geworden sind“, „weil wir deutschen Juden Deutsche sind und nichts sonst“ – mit solchen Sätzen begegneten die Juden den NS-Parolen. Man blieb auch gelassen, weil man „schon Schlimmeres überlebt hatte“. – Das „Schlimmere“ lag weit zurück, die Verfolgungen im Mittelalter, die Diskriminierung und Verdrängung bis ins späte 18. Jahrhundert. Aber seit dem 19. Jahrhundert und insbesondere in der eben erlebten Weimarer Zeit hatten sich den Juden so viele verschlossene Türen geöffnet. In ganz kurzer Zeit entdeckten die Juden jetzt eine hohe Überein-

¹⁶ Eine hellsichtige Ausnahme außerhalb des politischen Engagements war die Dichterin Hilde Domin (1909–2006). Ihr Entschluss stand 1933 fest, sie wanderte aus und stieß damit bei ihren Freunden auf absolutes Unverständnis. Was sollten die Nazis einer jüdischen Studentin antun können!

¹⁷ So die Dichterin und Journalistin Margarete Susman (1872–1966) in ihren Erinnerungen (zit. nach Klaus Drobisch u. a.: *Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933–1945*. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1973, S.261). – Ähnlich das Bekenntnis des jüdischen Historikers und Gymnasiallehrers Willy Cohn (1888–1941), der nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst in Breslau schreibt: „Es ist trotz all dem sehr schwer, sich die Liebe zu Deutschland ganz aus dem Herzen zu reißen. [...] Ich hänge trotz alledem an Deutschland.“ (Zit. nach Volker Ullrich: „Ich hänge trotz alledem an Deutschland“. In: *Die Zeit* Nr. 51 vom 14.12.2006).

stimmung mit deutscher Lebens- und Wesensart. Hier fühlten sie sich zugehörig wie nirgends in der Welt. So konnten sie zu der Überzeugung kommen, sie seien als Juden verantwortlich für das „eigentlich Deutsche“, entgegen den Anhängern Hitlers, die das wahre Deutschland entehrten.¹⁸

Zugleich war man sich auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Weimarer Republik mit vielen anderen einig, dieser Hitler hält sich nicht lange. Diejenigen, die diesen Wahnsinnigen gewählt haben, würden ihn bald durchschauen. Es zeichnete sich in dieser Einstellung auch das Trugbild einer deutsch-jüdischen Harmonie ab. Die Juden nahmen den durchaus noch vorhandenen Antisemitismus im Volk nicht wahr, auf den die Nazis bauen konnten (s. Kap. Judenhass und Judenfeindschaft in Deutschland).

Die sich nicht täuschen ließen, waren vor allem junge jüdische Männer und Frauen, die den Werbungen der Zionisten Gehör schenkten.¹⁹ Sie

erfuhren ja auch als erste die Verweisung von den Universitäten, bald auch von den Gymnasien und aus dem Beruf. Sie waren nicht bereit, sich länger demütigen zu lassen. Sie ergriffen die Angebote, nach Palästina zu entkommen, und ließen sich dafür in speziellen Lagern der „Alija“ ausbilden.²⁰

Neben den emotionalen Gründen so vieler Juden, in Deutschland zu bleiben, stehen aber die objektiven Verhinderungen zu gehen. Zuerst die einfache Tatsache: Zum Auswandern braucht man Geld. Und bei weitem nicht alle Juden hatten das nötige Geld, entgegen der landläufigen Rede, dass alle Juden reich wären. Geld wollten aber als erstes die Einwanderungsländer sehen. Diese zogen alle Register, dass sie keine „Sozialfälle“ ins Land bekämen, für die der Staat aufkommen müsste. Es waren wirtschaftlich angespannte Jahre, auch in den USA und insbesondere in England. Die Zahl der Arbeitslosen war überall hoch. Darum forderte das Ausland ent-

¹⁸ *In dieser Haltung wird auch die jahrtausendealte Tradition der Thora virulent, – die Verantwortung eines Juden für Recht und Gerechtigkeit im Land. Und sie gilt noch, wo ein Jude sich abgewendet hat von der Religion seiner Väter.*

¹⁹ *„Zionismus“ ist hier die jüdische Nationalbewegung seit Ende des 19. Jahrhunderts, im Unterschied zum religiösen Zionismus. Sie ist verbunden mit dem Namen Theodor Herzl (1860–1904). In der Erkenntnis, dass die Juden in Europa mit seinen erstarkenden Nationalstaaten keine Heimat finden würden, erging sein Ruf an die Juden, sich für die Gründung eines jüdischen Staates einzusetzen. Die Entscheidung fiel sehr bald für Palästina, ihr „Stammland“. Herzl erfuhr begeisterte Zustimmung und strikte Ablehnung vonseiten der unterschiedlichen jüdischen Gruppen.*

²⁰ *„Alija“ heißt Aufstieg. Es waren vor allem die Vertreter der zionistischen Bewegung, die jüdische Jugendliche ab 16 Jahren zu überzeugen suchten, dass ihr Platz in Palästina sei. Dort galt es, ein Land aufzubauen, das einmal Zuflucht bieten sollte für die Juden aus aller Welt. Die Situation in Deutschland forcierte die Bemühungen der Zionisten. Das Land Palästina war zum großen Teil bedeckt von Wüsten und Sümpfen. Es ging um Pionierarbeit. Gebraucht wurden Bauern, Techniker, Ingenieure, Handwerker, Baufachleute – Berufe, die den Juden seit Jahrhunderten verschlossen geblieben waren. Also wurden Ausbildungslager eingerichtet für junge Frauen und Männer. Die Ausbildung betreuten palästina-kundige Juden. Es war ein äußerst hartes Training für das Leben in Palästina in den 20er und 30er Jahren. Wer die Ausbildung erfolgreich abschloss, erhielt ein Zertifikat. Die Engländer als Verwalter der Region kontingentierte streng die Zahl der Einwanderer. Wer nicht ins Land gelassen wurde, musste heimlich die Grenzen überwinden. Die Nazis waren bis Kriegsbeginn einverstanden mit diesen Lagern, sie entsprachen ihrer Zielvorstellung „Juden raus aus Europa“. Für die letzten Jugendlichen, die sich in den Lagern vorbereitet hatten, verschloss sich die Emigration nach Palästina, sie kamen 1943 nach Auschwitz.*

weder den Nachweis über ein ausreichendes Vermögen oder ein Affidavit als Bürgschaft, möglichst von einem nahen Verwandten des Einwanderungswilligen. Immer ging es um die finanzielle Unabhängigkeit von staatlichen Zuwendungen. Wiederum und andererseits wollte das NS-Regime zwar die Juden loswerden, aber ihr Vermögen behalten. Dafür war vorgesorgt durch die entsprechende Rechtslage (siehe das folgende Kapitel).

Hinzu kamen die ausländischen Interessen an bestimmten Berufen. Ein Sprachwissenschaftler hatte daher kaum Chancen, Ingenieure schon eher. So kämpfte z. B. Karl-Heinz Nagel, der mit seiner Familie kurzzeitig in Radebeul-Wahnsdorf Zuflucht gefunden hatte, verzweifelt um die Einreise in die USA und Südamerika. Schließlich erhielt er sie in Ecuador durch den Nachweis seines Berufes als Rundfunkmechaniker.

3. Die Ausraubung der Juden

In der ersten Phase der Judenverfolgung von 1933 bis Herbst 1941 versuchten die Nazis ihre Zielsetzung „Juden raus aus Deutschland!“ durch eine ständige Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen zu erreichen. Dazu wurden zahlreiche antijüdische Gesetze und Anordnungen erlassen, vom Berufsverbot bis zur Ausweisung aus ihren Wohnungen. Begleitet wurden alle diese Maßnahmen von einer seit dem Mittelalter beispiellosen Ausplünderung der Juden, die ebenfalls gesetzlich legitimiert wurde. Die Juden waren unter die Räuber gefallen.

Für die jüdischen Emigranten waren den Nationalsozialisten die bereits bestehenden Regelungen der „Reichsfluchtsteuer“ nicht ausreichend, nach denen Vermögen über 200.000 Reichsmark bei der Auswanderung mit einem Steuersatz von 25 Prozent belegt waren.²¹ Ab 1934 wurden die Zoll- und Devisengesetze Jahr für Jahr drastisch verschärft. 1938 konnten lediglich noch zehn Prozent des Jahreseinkommens nach Steuern ausgeführt werden, ab 1940 schließlich nur noch pro Person 10 RM!²² Das in Deutschland verbleibende Vermögen war auf ein Auswanderer-Sperrkonto

Dresdner Bank		Radebeul - Oberlößnitz, den 27. Jan. 1936	
Wechselstube und Depositenkasse J		Bahnhofstr. 18	
		Soll	
		Wir buchen in Ihr	
25 Fa. Chemische Fabrik von Heyden, A.G. 7134 Radetal	f. beordnete Verg. a. Auswanderer Sperr Konto des Herrn Dr. Rich. Feibelmann, New York, Gegenwert v. § 12.65 zu 2.465 a. Gr. Genehmigung v. LFA. Dresden v. 23.1.36 No. 6910/36 Sachb. I/182/526	val. 25.1. RM	31.18
J 4 v. 30. 3000. Y.		Hochachtungsvoll Dresdner Bank Wechselstube und Depositenkasse J	
Dev. not.		Buchung erledigt Beleg: 1483/183 23. JAN. 1936	

Buchungsbeleg über eine Einzahlung auf das Auswanderer-Sperrkonto von Dr. Richard Feibelmann (s. Kapitel 4.1.)

²¹ Ursprünglicher Zweck der Ende 1931 eingeführten „Reichsfluchtsteuer“ war es, die Auswanderung einzudämmen und der mit ihr verbundenen Kapitalflucht entgegenzuwirken. Da die Auswanderung jüdischer Bürger aus dem nationalsozialistischen Deutschland staatlicherseits gewollt war, kam das Gesetz, das praktisch in über 90 % der Fälle gegen Juden angewandt wurde, nun einer Teilenteignung gleich. 1934 wurde die Freigrenze auf 50.000 RM abgesenkt. Vgl. Verfolgung und Verwaltung. Die Rolle der Finanzbehörden bei der wirtschaftlichen Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung in Berlin. Dokumentation einer Ausstellung im Haus am Kleistpark, herausgegeben von der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin 2003, S.82.

²² Vgl. David Clay Large: Einwanderung abgelehnt. Wie eine deutsche Familie versuchte, den Nazis zu entkommen. München: Karl Blessing Verlag 2004, S.100.

abzuführen, über das nur mit Genehmigung der Finanzbehörden verfügt werden konnte.

Wenn Einrichtungs- oder Kunstgegenstände ausgeführt werden sollten, so war darauf eine Abgabe zu bezahlen, die dem Kaufpreis entsprach. Unter diesen Umständen waren viele Emigranten gezwungen, große Teile ihres Besitzes zurückzulassen. Wurden sie ausgebürgert, „verfiel“ ihr Vermögen dem Reich.²³ Der Raub wurde legitimiert.

Die im Reich verbliebenen Juden mussten massive zusätzliche steuerliche Belastungen in Kauf nehmen. Jüdische Bürger mit Vermögen über RM 5.000,- hatten ihren Besitz bis ins kleinste Detail anzugeben.²⁴ Das ermöglichte einen raschen Zugriff zur Eintreibung der Kontribution von einer Milliarde Reichsmark, die den deutschen Juden am 12. November 1938 auferlegt wurde.²⁵ Diese so genannte „Sühneleistung“, die einer staatlichen Ausplünderung der jüdischen Deutschen gleichkam, wurde offiziell mit dem tödlichen Attentat des Juden Herschel Grynszpan auf den deutschen Legationsrat Ernst von Rath am 7. November 1938 in Paris begründet, das den Nazis auch als Vorwand für die Novemberpogrome diente. 25 Prozent des angemeldeten Vermögens (auch von den Sperrkonten) wurden eingezogen und die Milliarde damit übererfüllt.

Zügig ging es weiter. Mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft“ vom

12. November 1938 wurden den Juden alle noch bestehenden selbständigen Erwerbsmöglichkeiten genommen, was die „Arisierung“ aller verbliebenen jüdischen Betriebe nach sich zog. Die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ vom 3. Dezember 1938 entzog den jüdischen Bürgern die Verfügungsgewalt über ihren noch verbliebenen Besitz. Wertpapiere mussten im Depot einer Devisenbank hinterlegt werden, Schmuck sowie Kunstgegenstände durften weder erworben noch verkauft werden, bis sie im Frühjahr 1939 endgültig abzugeben waren. Um die Einhaltung der Auflagen zu kontrollieren, wurden die jüdischen Wohnungen immer wieder von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) durchsucht.²⁶ Die Juden waren rechtlos geworden und jeder Willkürhandlung ausgeliefert.

Die genannten Maßnahmen führten zu einer zunehmenden Verarmung der jüdischen Bevölkerung. Nur eine geringe Minderheit stand noch in einem „regulären“ Arbeitsverhältnis. In immer stärkerem Maße wurden die Juden zur Zwangsarbeit herangezogen, die im April 1941 auf alle arbeitsfähigen Juden ausgeweitet wurde, vorrangig in der Rüstungsindustrie. Das wenige Geld, das die jüdischen Zwangsarbeiter erhielten, war in den meisten Fällen das einzige Einkommen für ihre Familien.²⁷

²³ Laut „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 14.7.1933 konnte Personen, die nach dem Ersten Weltkrieg zugewandert waren, nachträglich die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt werden. Flüchtlingen, die sich im Ausland aufhielten, konnte neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch das Vermögen entzogen werden.

²⁴ „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“ vom 26.4.1938.

²⁵ „Verordnung über die Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“ vom 12.11.1938.

²⁶ Siehe dazu den im Anhang (Anlage A) wiedergegebenen Auszug aus dem „Bericht des Oberfinanzpräsidenten Dresden vom 24. Juli 1941 an den Herrn Reichwirtschaftsminister in Berlin“.

²⁷ Vgl. *Verfolgung und Verwaltung*. Berlin 2003, S.33.

Mit dem Erlass des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)²⁸ vom 23. Oktober 1941 wurde den Juden die Ausreise aus dem Reich generell untersagt. Damit gab es für sie keine legale Möglichkeit der Rettung mehr. Die zweite Phase der Judenverfolgung begann. Das Ziel „Juden raus aus Deutschland“ genügte nicht mehr. Das neue Ziel hieß: „**Vernichtung der Juden Europas**“.

Nur wenige Tage später, am 4. November 1941, erhielten die Oberfinanzpräsidenten einen geheimen Schnellbrief des Reichsministers für Finanzen,²⁹ dessen Inhalt besagte, dass alle Juden, die nicht in volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben beschäftigt seien, in den nächsten Monaten in eine Stadt in den Ostgebieten abgeschoben würden. Das Vermögen der abzuschubenden Juden werde zugunsten des deutschen Reiches eingezogen, man gestand ihnen lediglich 100 RM Reisegeld und 50 kg Gepäck pro Person zu. Die Gestapo, die die Abschiebung durchführte, war auch „für die erste Sicherstellung des Vermögens“ und die

Versiegelung der jüdischen Wohnungen zuständig. Ihr waren Vermögensverzeichnisse auszuhandigen, in denen der zurückgelassene Besitz bis zum letzten Hemd aufgeführt werden musste.³⁰

Außerdem mussten die Juden noch den Bescheid über die Einziehung ihres Vermögens zu Gunsten des Reiches quittieren. Die Gestapo übergab die Transportlisten und die Vermögensverzeichnisse mit den Einzugsverfügungen an die eigens dazu geschaffenen Vermögensverwertungsstellen bei den Finanzverwaltungen. Die zurückgelassenen Gegenstände wurden exakt inventarisiert, bewertet und dann zu meist öffentlich versteigert.³¹ Für viele Deutsche ein „Schnäppchen“.

Vereinfacht wurde die Vermögenseinziehung durch die „Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 25. November 1941.³² Nach dieser verloren alle sich im Ausland aufhaltenden Juden, also auch die zwangsweise deportierten, ihre deutsche Staatsangehörigkeit. Zugleich verfiel

²⁸ *Das RSHA wurde am 27.9.1939 durch die organisatorische Zusammenfassung der Gestapo, der Kriminalpolizei und des parteiamtlichen Sicherheitsdienstes (SD) der SS gebildet. Damit hatten Heinrich Himmler (Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei) und Reinhard Heydrich (SS-Obergruppenführer und Leiter des SD) das wichtigste Organ der nationalsozialistischen Unterdrückungs- und Terrorherrschaft geschaffen. In einer perversen Mischung von bürokratischer Handlungsweise und hemmungsloser Willkür steuerten die Anweisungen und Befehle des RSHA die gesamte Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des „Dritten Reiches“. Vgl. Reinhard Rürup (Hg.): Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation. 13. Aufl. Berlin: Verlag Willmuth Arenhövel 2001, S.70.*

²⁹ *Vollständig abgedruckt in Léon Poliakov und Josef Wulf (Hg.): Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente. Berlin: Verlag Volk und Welt 1975, S.231ff.*

³⁰ *Zu diesem Zweck wurde die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, die, ursprünglich als Interessenvertretung der Juden gegründet, ab 1939 als weisungsgebundenes Verwaltungsorgan der Nazis unter der Kontrolle des RSHA stand, im Herbst 1941 angewiesen, von ihren Mitgliedern Vermögenserklärungen anfertigen zu lassen. In das 16-seitige Formular war alles bis zum letzten Taschentuch einzutragen.*

³¹ *Vgl. Verfolgung und Verwaltung. Berlin 2003, S.87. – Allein im Hamburger Freihafen lagerten zeitweise 60.000 Tonnen Hausrat aus jüdischem Besitz, vom Taschentuch bis zur kompletten Schlafzimmereinrichtung.*

³² *Siehe Anlage B.*

**Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz.
Vom 25. November 1941.**

Auf Grund des § 3 des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) wird folgendes verordnet:

§ 1

Ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, kann nicht deutscher Staatsangehöriger sein. Der gewöhnliche Aufenthalt im Ausland ist dann gegeben, wenn sich ein Jude im Ausland unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, daß er dort nicht nur vorübergehend verweilt.

§ 2

Ein Jude verliert die deutsche Staatsangehörigkeit

- a) wenn er beim Inkrafttreten dieser Verordnung seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, mit dem Inkrafttreten der Verordnung,
- b) wenn er seinen gewöhnlichen Aufenthalt später im Ausland nimmt, mit der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland.

§ 3

(1) Das Vermögen des Juden, der die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund dieser Verordnung verliert, verfällt mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich. Dem Reich verfällt ferner das Vermögen der Juden, die bei dem Inkrafttreten dieser Verordnung staatenlos sind und zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben oder nehmen.

(2) Das verfallene Vermögen soll zur Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage im Zusammenhang stehenden Zwecke dienen.

ihr gesamtes Vermögen dem Deutschen Reich. Nun konnten auch die „Auswanderer-Sperrkonten“ legal abgeräumt werden. „Das verfallene Vermögen“ sollte laut § 3,2 „zur Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage im Zusammenhang stehenden Zwecke dienen.“

Anfang des Jahres 1943 ordnete das RSHA den Abtransport der letzten „volljüdischen“ Rüstungsarbeiter in das KZ Auschwitz an. In den Melderegistern war nicht der Zielort, sondern nur „unbekannt verzogen“ einzutragen. In der Richtlinie vom 20. Februar 1943, die die technische Durchführung dieser so genannten „Fabrik-Aktion“ regelte, war genau festgelegt, was sie mitzunehmen hatten und was nicht. An Wertsachen blieb ihnen nur der Ehering.³³

Auch über das Restvermögen der wenigen Juden, die in so genannten „Mischehen“ noch in Deutschland lebten, wurde verfügt. Die „Dreizehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ von 1. Juli 1943 regelte in § 2,1: „Nach dem Tode eines Juden verfällt sein Vermögen dem Reich.“ Es wurde nichts ausgelassen.

³³ Ein Auszug der Richtlinie des RSHA vom 20.2.1943 ist abgedruckt in Helmut Eschwege (Hg.): Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1966, S.177.

4. Die nationalsozialistische Politik und ihre Folgen für die Juden in Radebeul

Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 begannen die Nationalsozialisten mit der Machteroberung auf Landesebene. Im Rausch, nunmehr offiziell an die Macht gekommen zu sein und den Staat erobert zu haben, begann die Zeit der „nationalen Revolution“, der als erste die politischen Gegner zum Opfer fielen. Willkürlich griffen lokale NSDAP- und SA-Führer in Verwaltung und Wirtschaft ein. Dabei machten sich Parteiangehörige insbesondere auch die bedrängte Lage der Juden zu nutze.

Die NS-Regierung sah sich gezwungen, ihre Autorität als „demokratisch“ gewählte Staatsmacht durchzusetzen. Sie ließ nunmehr im Sinne ihrer Zielsetzung der Diskriminierung der Juden die entsprechenden Gesetze formulieren. Schritt für Schritt wurden die Juden „legal“ entrechtet durch ständig sich verschärfende Gesetze. „Pflichtgemäß“ durchgeführt, gab es dabei persönliche Übergriffe, vereinzelt aber auch Unterstützung für die Verfolgten.

Im folgenden Kapitel wird dargestellt, welche Folgen die Judenpolitik des NS-Regimes für die Bürger Radebeuls hatte, die jüdischen Glaubens waren oder nach den NS-Gesetzen als Juden beziehungsweise „jüdische Mischlinge“ galten. Die Untergliederung in drei Abschnitte ergibt sich daraus, dass sich die Behandlung der Juden in so genannten „Mischehen“ mit Nichtjuden und der aus solchen Ehen hervorgegangenen „Mischlinge“ in der Konsequenz von der dem System schutzlos ausgelieferten jüdischen Bürger unterschied.

4.1. „Juden“

Am 1. April 1933 inszenierte die NSDAP unter der Losung „Abwehr der jüdischen Greuelhetze gegen das neue Deutschland“ reichsweit einen so genannten „Judenboykott“. Boykottiert wurden jüdische Geschäfte, Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien sowie auch die Vorlesungen jüdischer Hochschullehrer. Deutschlandweit zogen vor jüdischen Geschäften uniformierte SA-, HJ- und Stahlhelm-Posten auf, die Schilder mit antisemitischen Losungen mitführten („Deutsche! Wehrt euch! Kauft nicht beim Juden!“) und Kunden am Betreten zu hindern suchten.



Auch in der Lößnitz gab es entsprechende Aktionen. So postierten sich im damals noch selbständigen Kötzschenbroda SA-Männer vor dem „Esco“-Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung von **Siegbert Cohn**, Moritzburger Straße 13. Einige Kötzschenbrodaer Bürger fanden trotzdem den Mut, das Geschäft zu betreten – als Zeichen ihres Mitgefühls und Protestes. Große Auseinandersetzungen gab es dabei jedoch nicht, denn Grundstückseigentümer war der im gleichen Haus wohnende SA-Sturmführer Erich Bauer. – Die SA war also nicht nur vor dem jüdischen Geschäft, sondern zugleich auch vor dem Haus ihres Sturmführers aufgezogen. Am 3. April 1933 wurde der Boykott „ausgesetzt“. Er hatte nicht das erhoffte Ergebnis gebracht; die Bevölkerung war lediglich verärgert über die eingeschränkten Einkaufsmöglichkeiten. Man kaufte erfahrungsgemäß gut bei Juden. Der Mietvertrag zwischen Erich Bauer und Siegbert Cohn wurde beendet, und Cohn zog nach Dresden um. Er heiratete 1935 **Frieda geb. Estlein**. Die Trauung erfolgte in der Synagoge. Mit ihrem am 21. April 1936 geborenen Sohn emigrierten sie nach Südamerika. Vom Boykott jüdischer Hochschullehrer und insbesondere vom eine Woche später, am 7. April 1933, erlassenen „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das in § 3 („Arierparagraph“) die Entlassung aller Beamten „nicht arischer Ab-

stammung“ anordnete,³⁴ war in Radebeul unter anderem der renommierte Bakteriologe Medizinalrat **Prof. Dr. med. Heinrich Wilhelm Conradi**, Arndtstraße 8 (heute Augustusweg 3), betroffen. Conradi war Anfang des 20. Jahrhunderts in Berlin Mitarbeiter von Robert Koch gewesen, arbeitete im Sächsischen Landesgesundheitsamt und lehrte daneben seit 1913 als Privatdozent an der Technischen Hochschule Dresden.³⁵ Er verlor seine Beamtenstellung und seinen Lehrauftrag. 1938 schließlich erfolgte das Berufsverbot für jüdische Ärzte. Ihre Approbationen erloschen zum 30. September, und Conradi durfte als so genannter „Krankenbehandler“ nur noch jüdische Patienten betreuen. Auch Geheimrat **Dr. jur. Felix Wach**, Augustusweg 62, musste nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ als „Nichtarier“ aus dem Staatsdienst ausscheiden, weil ein Großelternanteil jüdischen Glaubens war. Er wurde am 13. August 1933 im Alter von 62 Jahren in den Ruhestand versetzt.

Fast alle Vereine und Organisationen übernahmen freiwillig den „Arierparagraphen“, vom Sport- bis zum Kleingartenverein, vielfach von den Dachverbänden dazu angeregt. So erklärte z. B. der Dresdner Hauptausschuss für Leibesübungen bereits am 28. April 1933 die Erwartung, dass alle angeschlossenen Verbände den Arierparagraphen annehmen.

³⁴ Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ beinhaltete die Entlassung oder Zwangspensionierung politisch „unzuverlässiger Elemente“ und von Beamten „nicht arischer“ Herkunft. Die 1. Durchführungsverordnung vom 11.4.1933 regelte, dass alle Beamten mit mindestens einem jüdischen Großelternanteil zu entlassen seien. Mit der 2. Durchführungsverordnung vom 4.5.1933 folgte eine analoge Regelung für Arbeiter und Angestellte im Öffentlichen Dienst.

³⁵ Vgl. u. a. Jaqueline Hippe: *Der Hygieniker und Bakteriologe Heinrich Wilhelm Conradi (1876 bis 1943). Leben und Wirken unter besonderer Berücksichtigung des Schicksals in der Zeit des Faschismus. Unveröffentlichte Dissertation TU Dresden (Med. Fak.) 1994.* – Caris-Petra Heidel und Jaqueline Hippe: *Der Hygieniker und Bakteriologe Heinrich Wilhelm Conradi (1876 bis 1943). Sein Schicksal in der Zeit des Nationalsozialismus.* In: *Zeitschrift für ärztliche Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen* 91 (1997) 6, S.569-576. – Volker Hofmann: *Der Schachtisch. Zur Erinnerung an Heinrich Wilhelm Conradi.* In: *Ärztblatt Sachsen* 18 (2007) 12, S.631-633.

Betroffen von einem willkürlichen Eingriff in ihr Wirtschaftsunternehmen waren die Brüder **Wilhelm** und **Albert Sondhelm**. Sie waren Juden, Eigentümer und zugleich Geschäftsführer der Waffelfabrik Haubold & Richter GmbH in Radebeul. Der für sie tätige Handelsvertreter Friedrich Riesch, ein NSDAP-Mitglied, der es später noch bis zum Standartenführer des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) in Meißen brachte, sah seine Chance gekommen. Als die Brüder Sondhelm sein Ansinnen ablehnten, ihm die Geschäftsführung zu übertragen, ließ er sich am 6. Mai 1933 ohne Rechtsgrundlage von einem „Treuhänder“ als Prokurist einsetzen und der Belegschaft als neuer Betriebsführer vorstellen.³⁶ Wilhelm Sondhelm zog die Konsequenz und beendete am gleichen Tag seine Vertretungsbefugnis. Er gab sich keiner Illusion hin und emigrierte mit Frau und Töchtern nach Amsterdam. Am 21. August 1933 legte auch



Die Töchter von Wilhelm Sondhelm im Mai 1933



Albert Sondhelm seine Tätigkeit als Geschäftsführer nieder.³⁷ Er wanderte 1938 mit seiner Frau Hilda geb. Wertheim nach Haifa/Palästina aus.

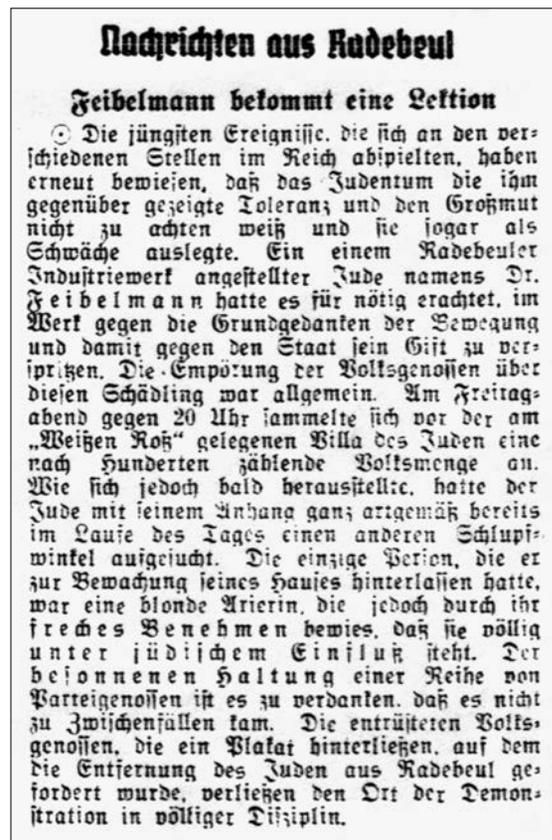
Wie in anderen Städten praktiziert, hing auch am Ortseingang von Dresden nach Radebeul an der Meißner Straße ein großes Transparent „Juden unerwünscht“. 1934 suchte ein junges jüdisches Ehepaar aus Berlin, **Edith und Karl-Heinz Nagel**, eine Arbeitsmöglichkeit und Unterkommen in Radebeul-Wahnsdorf. Sie fanden beides bei freundlichen Menschen. Aber als ihr erstes Kind geboren war, standen Sprüche am Haus wie „Wer mit Juden verkehrt, ist der Verachtung wert!“ und „Juden geht zu Hölle!“. Eines Tages erschienen Nachbarskinder und wollten das Baby sehen. Leute hatten ihnen erzählt, dass bei jüdischen Babys Hörner wachsen.

Über eine spektakuläre antijüdische Aktion am 19. Juli 1935 berichtete „Der Freiheitskampf“, die in Dresden erscheinende amtliche Gauzeitung der NSDAP, einen Tag später in der Rubrik „Nachrichten aus Radebeul“. Unter dem Titel „Feibelmann bekommt eine Lektion“, wird dort ausgeführt, „daß das Judentum die ihm gegenüber gezeigte Toleranz und den Großmut nicht zu achten“ wisse:

³⁶ *Stadtarchiv Radebeul, DDR 742.*

³⁷ *Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Signatur 11088 (Amtsgericht Radebeul Nr. 57).*

„Ein einem Radebeuler Industriewerk angestellter Jude namens Dr. Feibelman hatte es für notwendig erachtet, im Werk gegen die Grundgedanken der Bewegung und damit gegen den Staat sein Gift zu verspritzen. Die Empörung der Volksgenossen über diesen Schädling war allgemein. Am Freitagabend gegen 20 Uhr sammelte sich vor der am ‚Weißen Roß‘ gelegenen Villa des Juden eine nach Hunderten zählende Volksmenge an. [...] Die entrüsteten Volksgenossen [hinterließen] ein Plakat [...], auf dem die Entfernung des Juden aus Radebeul gefordert wurde.“



Im Tagebuch von Dr. Wilhelm Brunner, der bis Ende 1934 Bürgermeister von Kötzschenbroda gewesen war, findet sich dazu eine Notiz vom 20. Juli 1935: „In Radebeul, Criegernstraße hat gestern eine Menschenmenge vor dem Haus eines Juden gestanden und ein Schild aufgehängt: Dieser Jude hat das Gastrecht verletzt, er ist daher in Radebeul unerwünscht.“³⁸

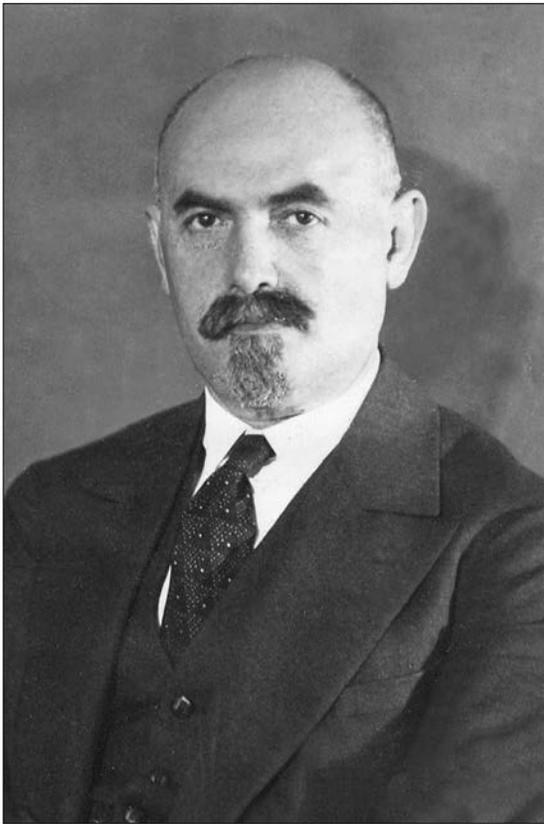


Das „Albertschlösschen“, heute Gohliser Straße 1, als Sitz der „Pyrgos“ GmbH

Adressat dieser offensichtlich inszenierten Protestkundgebung war der Chemiker **Dr. phil. Richard Feibelman**, der seit 1911 bei der Chemischen Fabrik von Heyden arbeitete und ab 1922 als Geschäftsführer deren Tochterfirma, die Chemische Fabrik „Pyrgos“ GmbH, Eisoldstraße 1 (jetzt Gohliser Straße), leitete. Dr. Feibelman, der als befähigter Wissenschaftler mehrere für die Firma bedeutsame internationale Patente innehatte, war außerdem kaufmännischer Prokurist der Chemischen Fabrik von Heyden AG. Im

³⁸ Die Quelle wurde uns freundlicherweise von Familie Dr. Brunner zur Verfügung gestellt.

August 1934 war er mit seiner Frau **Carla Feibelm**mann geb. Haas von der Wasastrasse 49 nach der Criegernstrasse 59 (jetzt Strasse des Friedens) umgezogen.³⁹ Im Herbst 1935 verließ Dr. Richard Feibelmann die Stadt und emigrierte in die USA, seine Frau folgte ihm Anfang 1936 nach New York. Auch Tochter Susanne, die 1932 in Radebeul Dr. Julius Grawi geheiratet hatte, emigrierte in die USA.



Dr. Richard Feibelmann

Die Stimmungsmache gegen Feibelmann war kein Einzelfall. Ebenfalls am 20. Juli 1935 notierte Dr. Brunner: „unterwegs traf ich den früheren Stadtrat [Alfred] Haller, der mir gratulierte [offenbar zur Wahl als Oberbürgermeister von Pirna] und dann erzählt, dass er nach entsprechendem Umbau in das neben ihm gelegene Kolonialwarengeschäft ziehe. Die Inhaberin dieses Geschäftes sei von [Grundstücksbesitzer Rudolf] Körte]l auf Räumung verklagt worden, doch habe das Amtsgericht die Klage abgewiesen. Da das Verfahren vor dem Landgericht zu lange dauere, habe Körte]l die Wände durchhacken lassen. Dadurch sei viel Staub und Schmutz entstanden und deshalb habe die Polizei das Geschäft aus gesundheitlichen Gründen geschlossen. Die Inhaberin des Geschäfts ist eine Jüdin.“ Eingeklebt dazu ist ein Ausschnitt aus einer Tageszeitung – offensichtlich aus der Dresdner Morgenzeitung „Der Freiheitskampf“ –, in dem es unter der Überschrift „Jüdin sabotiert das Arbeitsbeschaffungsprogramm“ heißt:

„Das Hotel Goldene Weintraube, das einem alten Parteigenossen gehört, der als erster Wirt sein Lokal in der Kampfzeit der Bewegung zur Verfügung stellte, soll zum Zweck der Arbeitsbeschaffung und aus baulichen Gründen umgebaut werden. Viele fleißige Hände finden dadurch Brot. Alle darin wohnenden Mieter erklärten sich bereit, die Läden und Wohnungen zu räumen, da der Wirt ihnen gegenüber jedes Entgegenkommen zeigte. Nur die Jüdin Ida Schaye, die ebenfalls einen Laden nebst Wohnung innehat, weigerte sich zu räumen, obwohl ihr PG Körte]l durch einen Vermittler einen Laden mit Woh-

³⁹ Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V. Leipzig, Signatur 432 /AWD (vH.) 127 PA.

nung in einer noch besseren Lage anbieten ließ. Die Jüdin sabotiert die Arbeitsbeschaffung und macht unserem Parteigenossen die größten Schwierigkeiten, nur weil er Nationalsozialist ist. Nach der Räumungsklage fanden sich Judenknechte bereit, als sich die Stellung nicht länger halten ließ, die Waren der Jüdin mit Kraftwagen bei Nacht und Nebel abzufahren. Daß in dem Kolonialwarengeschäft der Jüdin schon immer Unsauberkeit herrschte und daß sich schon vor Jahren die Polizei mit dieser Unsauberkeit beschäftigen mußte, weil die Waren teilweise durch Katzendreck verunreinigt waren, hielt instinktlose Volksgenossen nicht ab, weiterhin ihr Geld fleißig zum Juden zu tragen. Zuletzt ergriffen sie noch, durch die Jüdin verhetzt, für diese Partei und forderten die in der Nähe wohnenden Volksgenossen auf, einen im gleichen Grundstück sein Lebensmittelgeschäft betreibenden Parteigenossen zu boykottieren. Sie beschuldigten ihn, daß er der Jüdin die Existenz raube. So verdreht die jüdische Rabulistik auch heute noch deutschen Volksgenossen den Kopf! Wahrlich, Aufklärung ist heute nötiger denn je.“

Ida Schaye wohnte danach in der Kötzschenbrodaer Straße 139. 1940 musste sie zwangsweise in eines der in Dresden eingerichteten „Judenhäuser“⁴⁰ umziehen; zuerst wohnte sie Zeughausstraße 1 (jetzt Hasenberg), später in der Güntz-

straße 24. Am 8. September 1942 wurde Ida Schaye nach Theresienstadt deportiert.⁴¹ Dort verstarb sie kurze Zeit später, am 24. Dezember 1942, im Alter von 71 Jahren.

Aufschlussreich sind auch die Protokolle zweier Radebeuler Stadtratssitzungen aus dieser Zeit. Zur Sitzung vom 8. August 1935 wird vermerkt:

„Nachdem schon einige Zeit von der Straße herauf Rufe ‚Wir wollen keine Juden mehr in Radebeul! Raus mit den Juden!‘ erklungen sind, erscheint 6.55 Uhr [18.55 Uhr, d. Verf.] eine Abordnung aus 4 Radebeuler Gemeindegürgern, die folgendes anbringen: Soweit bekannt geworden ist, erfolgt demnächst der Zuzug einer **Jüdin Mannheimer** nach Radebeul. Gegen ihren Zuzug und auch gegen den Grundstückserwerb in Radebeul wird schärfster Protest erhoben. Pg. Stadtrat [Herbert] Goldschmidt gibt hierzu bekannt, dass das Grundstück (Radebeul-West, Franz-Seldte-Straße [jetzt Heirich-Zille-Straße, d. Verf.]) von den Vereinigten Strohstoffabriken in Coswig an Frau Wally Elly Mannheimer, geborene Döring (evang.-luth. Glaubensangehörige) in Dresden-A., Ostra-Allee 26, veräußert worden ist. Pg. Goldschmidt nimmt den Protest entgegen und beschließt, die Angelegenheit der Kreishauptmannschaft als Aufsichtsbehörde weiterzuleiten, das Amtsgericht Radebeul zu bitten, die Eintragung des Eigentumswechsels im Grundbuch abzulehnen und

⁴⁰ Schon am 24.11.1938 war in der SS-Zeitung „Schwarzes Korps“ Hermann Görings Satz zu lesen: „Es kann keinem Deutschen zugemutet werden, daß er länger mit einem Juden unter einem Dach lebt.“ Bis zum 1.4.1940 hatten alle Juden Dresdens ihre Wohnungen zu räumen und in eines der dafür vorgesehenen „Judenhäuser“ zu ziehen. 1940 gab es in Dresden 32 „Judenhäuser“. Mit den Deportationen sank ihre Zahl bis 1945 auf acht. Aus Radebeul wurden die bereits in Dresden wohnenden Frauen Anna Maria Artzt, Ida Schaye und Katharina Aronade in „Judenhäuser“ eingewiesen.

⁴¹ Das Theresienstädter Getto, ein Konzentrationslager für Juden, entstand im November 1941. Es war nicht nur Transitlager, sondern diente auch der Dezimierung der Häftlinge, von denen fast ein Fünftel dort umkam. Bis zum 20. April 1945 wurden etwa 140.000 Männer, Frauen und Kinder nach Theresienstadt deportiert. Ab Juni 1942 gingen die Transporte mit insgesamt 87.000 Gefangenen von Theresienstadt in die Vernichtungslager im Osten, vor allem in die Gaskammern des KZ Auschwitz-Birkenau. Von ihnen überlebten knapp 4.000 den Krieg.

der Gauleitung Sachsen der NSDAP Kenntnis zu geben. Die Abordnung verlässt hierauf befriedigt den Sitzungsraum.“

Im Protokoll der Stadtratssitzung vom 30. September 1935 heißt es zur gleichen Angelegenheit „Der Jude Mannheimer hat unter dem 17. 8. d. J. mitgeteilt, daß die Vereinigten Strohstoff-Fabriken Coswig den seinerzeit abgeschlossenen Vertrag über den Verkauf des Grundstückes (Franz-Seldt-Straße 44) rückgängig gemacht und das Grundstück wieder übernommen haben.“⁴²

Diesem Stil entsprechen auch die folgenden Maßnahmen der Radebeuler Stadtverwaltung. Am 1. April 1939 beschloss die Finanzverwaltung Radebeul zum Grundstück Ringstraße 47: „Das Grundstück gehört der Jüdin Artzt; es ist politisch unmöglich, daß Parteigenosse Högel weiter in diesem Grundstück verbleibt“.⁴³ Wenig später musste **Anna Maria Artzt** ihre Wohnung (und ihr Grundstückseigentum) aufgeben und nach Dresden in das Judenhaus Kurfürstenstraße 11 (jetzt Hoyerswerdaer Straße) ziehen. Mit erheblichem Untergewicht wurde sie am 28. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Sie ist dort nach weni-

gen Monaten im Alter von 66 Jahren verstorben. Geheimrat **Dr. jur. Felix Wach** wohnte mit seiner Ehefrau **Katharina geb. von Mendelssohn-Bartholdy** in dem ihr gehörenden Grundstück Augustusweg 62 (Wach'sche Villa). Um der drohenden Enteignung zu entgehen, versuchte Katharina Wach im Sommer 1938, den Besitz auf ihren Mann zu übertragen.⁴⁴ Auf Grundlage der inzwischen erlassenen „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ vom 3. Dezember 1938 versagte der Kreishauptmann zu Dresden-Bautzen am 30. Dezember 1938 die erforderliche Genehmigung, weil Dr. Felix Wach „Mischling ersten Grades und mit einer Jüdin verheiratet ist und somit gemäß § 5 der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 als Jude

Der Kreishauptmann zu Dresden-Bautzen
Trennsch-Steinfall Nr. 25851
Sprechzeit und Rufstunden: 9 bis 13 Uhr

Amtshilfe: Auftragsausstellung
der Kreis- und Amtshauptmannschaft Dresden
Hilfsbank Dresden
Städtische Staatsbank Dresden 1516
Postfach-Konto Dresden 331
Postfach-Konto Dresden 249

Dresden A I, den 30. Dezember 1938
König-Johann-Straße 21
(Postfach)

An
den Herrn Oberbürgermeister
Radebeul

Geschäftsbuch-Nr. W M VII W 7/38.
(Bitte bei d. Antw. angeben)

Zu dem zwischen Frau Katharina W a c h geb. von Mendelssohn - Bartholdy und Herrn Geheimrat Dr. Felix W a c h in Radebeul, Augustusweg 62, abgeschlossenen Grundstücksveräußerungsvertrag betr. das Grundstück Bl.68 des Grundbuchs für Oberlößnitz wird nach § 7 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 versagt, da der Erwerber Mischling ersten Grades und mit einer Jüdin verheiratet ist und somit gemäß § 5 der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.35 als Jude gilt.

I.A.
[Signature]

⁴² Zit. nach Wolfgang Zimmermann und Eberhard Gehrt: *Das sollten wir nie vergessen. In: Vorschau und Rückblick, Monatsheft für Radebeul und Umgebung (1998) H.12, S.21.*

⁴³ Stadtarchiv Radebeul, A 4222, Bl.38.

⁴⁴ Stadtarchiv Radebeul, A 4321.

gilt.“ Diese Entscheidung musste aber wieder aufgehoben werden, weil Dr. Felix Wach „nur Mischling 2. Grades, also Vierteljude“ war.

Blanke Willkür in der nunmehr ausführlichen, vom Radebeuler Oberbürgermeister Heinrich Severit unterschriebenen Stellungnahme der Stadt vom 15. April 1939: Dr. Wach habe zwar nur einen „volljüdischen“ Großelternanteil, trage aber außerdem noch anderes „artfremdes“ (französisches) Blut in sich. Er sei somit kein Deutscher und habe durch sein Verhalten bewiesen, wie stark sein jüdisches Blut überwiege. Severit verließ sich nicht allein auf die „rassische“ Argumentation, die ihm selbst offenbar als juristisch nicht tragfähig erschien, sondern hatte darüber hinaus akribisch eine Sammlung von belastendem Material über Wach zusammengetragen. Als Beleg für dessen undeutsche Gesinnung führte er unter anderem an, dass Wach im Namen der Familie gegen den Ende 1936 erfolgten Abriss des Mendelssohndenkmals in Leipzig protestiert hatte. Der Übertragung des Eigentums am Grundstück stehe, so Severits Fazit, ein erhebliches öffentliches Interesse entgegen. Maßgebend für eine Gesetzauslegung seien die politischen nationalsozialistischen Grundsätze im Programm der NSDAP. In der endgültigen Entscheidung des Regierungspräsidiums Dresden-Bautzen wurde die Schenkung am 16. Juni 1939 für unwirksam



Die Wach'sche Villa nach der „Arisierung“, um 1940

erklärt.⁴⁵ Das Grundstück wurde „arisiert“, d. h. enteignet. Die Eheleute Wach mussten ihre Wohnung verlassen und zogen nach Dresden, Karcher-Allee. Die Wach'sche Villa, an deren Ziergiebel ein Reichsadler mit Hakenkreuz angebracht wurde, diente ab 1940 als „Landesführerschule“ des DRK. **Dr. Felix Wach** verstarb am 21. August 1943 in Dresden. **Katharina Wach** wurde am 11. Januar 1944 nach Theresienstadt deportiert. Sie konnte aber von schwedischen Verwandten „ausgekauft“ werden, wie SS-Obersturmführer Henry Schmidt als Leiter des Judenreferates der Dresdner Polizeileitstelle in den Unterlagen vermerkte.⁴⁶ Frau Wach lebte bis zu ihrem Tod 1953 in der Schweiz.

⁴⁵ *Stadtarchiv Radebeul, A 4321.*

⁴⁶ *Vgl. das Protokoll des Strafprozesses gegen Schmidt vor dem Bezirksgericht Dresden 1987 im Archiv der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.*



Katharina Wach mit Tochter Susanne Heigl-Wach um 1950

Zurück zum Jahr 1935. Am 15. September 1935 wurden die so genannten „Nürnberger Gesetze“ erlassen. Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verbot Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes und stellte auch außerehelichen Verkehr unter Strafe. Das „Reichsbürgergesetz“ unterschied die mit weniger Rechten ausgestatteten bloßen „Staatsbürger“, die dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehörten, von den „Reichsbürgern“ als alleinigen Trägern der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze. Mit der ersten Verordnung

dazu vom 14. November 1935 wurde geregelt, dass ein Jude kein Reichsbürger sein konnte. Die durch die Weimarer Verfassung erreichte Emanzipation der Juden als gleichberechtigte Bürger war damit annulliert. Weiter wurde auf Grund der Religionszugehörigkeit der Großeltern definiert, wer Jude ist oder als Jude gilt bzw. als Mischling 1. und 2. Grades. Alle folgenden rechtlichen Regelungen richteten sich nach diesen Festlegungen.

Mit dem „Reichsbürgergesetz“ verloren auch die ehemaligen jüdischen „Frontkämpfer“ des Ersten Weltkrieges die letzten ihnen noch gewährten Vergünstigungen und damit die eventuell verbliebenen Illusionen. Das führte im Herbst 1935 bei den jüdischen Eigentümern der Otto E. Weber GmbH in Radebeul zu dem Entschluss, Deutschland zu verlassen.

Alleingesellschafter und Eigentümer der Firma waren Fabrikdirektor **Hans Gerstle** und seine Schwester **Grete verh. Salzburg**. Gerstle und sein Schwager Dr. Friedrich Salzburg waren 1914 als Freiwillige für ihr Vaterland in den Krieg gezogen und als mehrfach ausgezeichnete Offiziere bis Kriegsende an der Front gewesen. Gerstles Bruder Fritz war 1916 als Fliegerleutnant gefallen. Drastisch erfuhren sie nun, dass darauf keine Rücksicht mehr genommen wurde. Dr. Salzburg hatte noch am 13. Juni 1935 „im Namen des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler zur Erinnerung an den Weltkrieg 1914–1918 das Ehrenkreuz für Frontkämpfer“ erhalten. Am 1. Oktober 1935 aber wurde ihm, gestützt auf das Reichsbürgergesetz, mit sofortiger Wirkung seine Tätigkeit als Notar untersagt.⁴⁷

⁴⁷ Vgl. Friedrich Salzburg: *Mein Leben in Dresden vor und nach dem 30. Januar 1933. Lebensbericht eines jüdischen Rechtsanwaltes aus dem amerikanischen Exil im Jahr 1940. Bearbeitet und eingeleitet von Sabine Wenzel. Dresden: Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer Politischer Gewaltherrschaft 2001 (Lebenszeugnisse – Leidenswege, H.13), S.72.*

Hans Gerstle, seit 1906 im Betrieb, hatte diesen über die schwere Zeit der Inflation geführt und zu einem modernen sozialen Betrieb entwickelt. Um sein Lebenswerk zu retten und die Schwierigkeiten für das Fortbestehen des Betriebes aus dem Weg zu räumen, entschied er sich 1935 zum Verkauf. Im Bemühen, die Arbeitsplätze zu erhalten und die Zukunft des Betriebes zu sichern, war die Suche nach geeigneten Nachfolgern nicht leicht. Die Verhandlungen zogen sich dadurch bis 1937 hin. Unmittelbar nach dem Verkauf verließen die Familien Gerstle und Dr. Salzburg Deutschland (siehe Kapitel 7.1.). Bis Ende 1937 hatten 129.000 Juden das Reich verlassen. Das waren aber nur ein Viertel der 1933 in Deutschland lebenden Konfessionsjuden,⁴⁸ zu denen noch die „Volljuden nichtjüdischer Bekenntnisse“ hinzugerechnet werden müssen. Deren Zahl schätzte der Direktor des statistischen Reichsamtes Berlin (offenbar 1937) auf 120.000.⁴⁹ – Ein für die Nationalsozialisten völlig unbefriedigendes Auswanderungstempo. Deshalb wurde eine verschärfte Vertreibungs politik vorbereitet und die Repressionen 1938 erheblich verstärkt. Die Kriegsplanungen liefen, Juden im Inland wurden als Unsicherheits-

faktor angesehen. Und schließlich sollten die Juden aus den letzten ihnen verbliebenen wirtschaftlichen Positionen verdrängt werden.⁵⁰

Ende Oktober 1938 wurden rund 17.000 polnische Juden, die zum Teil seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland lebten, brutal ausgewiesen. Herschel Grynszpan schoss am 7. November in der Deutschen Botschaft in Paris einen Legationssekretär nieder. Er wollte damit gegen diese Aktion protestieren, die auch seine Familie betraf.⁵¹ Das war ein willkommener Anlass für den Reichspropagandaminister Goebbels, reichsweite „spontane“ Ausschreitungen zu inszenieren.

In der **Pogromnacht vom 9. November 1938** wurden in Deutschland die Synagogen niedergebrannt, jüdische Geschäfte geplündert, Juden gedemütigt, erniedrigt, geschlagen und fast 100 ermordet. Etwa 26.000 Juden wurden in die Konzentrationslager gebracht,⁵² 600 von ihnen kamen in den Lagern um. Die letzten aus dieser Aktion wurden im Februar 1939 entlassen.⁵³ Mit einer Verordnung vom 12. November 1938 wurde den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit zudem als „Sühneleistung“ die Zahlung einer

⁴⁸ Vgl. John V.H. Dippel: *Die große Illusion. Warum deutsche Juden ihre Heimat nicht verlassen wollten*. Weinheim und Berlin: Beltz Quadriga Verlag 1997, S.368.

⁴⁹ Vgl. Kurt Pätzold (Hg.): *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942*. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun. 1983, S.140.

⁵⁰ Vgl. ebenda, S.144f.

⁵¹ Grynszpan hatte erfahren, dass seine Eltern völlig mittellos im Niemandsland jenseits der Grenze zu Polen vegetierten.

⁵² Es wurden vorwiegend wohlhabende Juden zwischen 18 und 55 Jahren verhaftet. Ihre Entlassung wurde vielfach von der Unterschrift unter „Arisierungs“-Verträge oder Abwicklungsdekrete, aber auch von größeren Bargeldspenden abhängig gemacht. Waren sie im Besitz von Auswanderungspapieren oder erhielten diese während ihrer Schutzhaft, konnten sie zum Zwecke der Auswanderung entlassen werden. Gleichzeitig wurde ihnen aber im Falle einer unerlaubten Rückkehr eine lebenslängliche Überführung in ein Konzentrationslager angedroht. Vgl. ebenda, S.217.

⁵³ Vgl. Drobisch u.a.: *Juden unterm Hakenkreuz*. Berlin 1973, S.207.

Konzentrationslager Buchenwald
Kommandantur

Weimar-Buchenwald, den 1. Dez. 1938

Entlassungsschein

Der Schubhäftling Wilhelm Schaye,
Vernehmungshäftling
geb. am 3. 11. 91, in Wurzen hat vom 13. 11. 38
bis zum heutigen Tage im Konzentrationslager Buchenwald erbeten
Auf Anordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin vom 28. 11. 38
wurde er nach Dresden entlassen.

Der Lagerkommandant
H. Löffler
Stabsattaché
Hauptstaatsarchiv

REPRODUCTION SÄCHSISCHES HAUPTSTAATSARCHIV DRESDEN
SÄCHSISCHES HAUPTSTAATSARCHIV DRESDEN



H. Burkmann, Weimar



Kontribution von einer Milliarde Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt.⁵⁴

Unter den 151 Juden aus dem Regierungsbezirk Dresden, die in ein Sonderlager innerhalb des Konzentrationslagers Buchenwald gebracht wurden, befand sich auch **Wilhelm Schaye** aus Radebeul, Sohn der bereits erwähnten Ida Schaye. Er wurde im Anschluss an die Pogromnacht am 12. November 1938 verhaftet und nach einem Tag im Polizeigewahrsam am 13. November 1938 in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert. Von dort wurde er bereits am 1. Dezember 1938 wieder entlassen. Seine bevorzugte Entlassung führte er selbst, wie er später niederschrieb, darauf zurück, dass er Frontkämpfer und Inhaber des Ehrenkreuzes war.⁵⁵ Das und seine im Krieg erlittenen Verwundungen schützte ihn später aber nicht mehr.

Die Situation der Juden verschlechterte sich nach der Pogromnacht von 1938 drastisch. Jüdische Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, Heilpraktiker, Dentisten, Zahntechniker, Krankenpfleger und selbst Hebammen durften ihre Berufe nicht mehr ausüben. Untersagt wurde Juden das Führen von Einzelhandelsgeschäften und selbständigen Handwerksbetrieben. In Wirtschaftsunternehmen durften sie keine leitenden Funktionen mehr ausüben. Es folgte die Liquidierung ihres gewerblichen Eigentums in Industrie, Handel, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft und dessen „Arisierung“ zu einem Bruchteil des Wertes. Im Zusammenhang mit der ihnen auferlegten Kontributionszahlung mussten sie ihr Vermögen angeben, auch das des nichtjüdischen Ehepartners. Jüdische Kinder durften deutsche Schulen nicht mehr besuchen,

⁵⁴ Das Ausland reagierte lediglich mit einer „diplomatischen Missbilligung“ auf diese barbarische Aktion. England erhöhte danach wenigstens die Zahl der Transporte jüdischer Kinder.

⁵⁵ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Signatur 11435, Aktennummer 8254.

hilfsbedürftigen Juden wurde die öffentliche Fürsorge entzogen. Aus Genossenschaften einschließlich der Wohnungsbaugenossenschaften mussten Juden zum 31. Dezember 1938 ausscheiden. Das Gesetz über die Mietverhältnisse regelte, dass sie nur noch in bestimmten Häusern wohnen durften.

Die Juden mussten **Kennkarten** beantragen, die mit einem „J“ versehen waren, und die **Zwangsvornamen Israel bzw. Sara** annehmen; ihre Reisepässe wurden eingezogen und bei einer Neuauflage ebenfalls mit „J“ gekennzeichnet. Der Besuch jeglicher Kulturveranstaltungen bis hin zum Kinobesuch wurde ihnen untersagt. Sportveranstaltungen und Freibäder blieben ihnen verschlossen. Eine Polizeiverordnung ermöglichte es, Juden zu verbieten, bestimmte Straßen, Plätze, Anlagen und Gebäude zu betreten. Zulassungen für ihre Autos und Führerscheine wurden eingezogen.

Mit der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft“ vom 12. November 1938 und der Verordnung vom 3. Dezember 1938 über den „Einsatz des jüdischen Vermögens“ war nunmehr auch die Rechtsgrundlage für die zwangsweise „Arisierung“ der Waffelfabrik Haubold & Richter in Radebeul gegeben. Die **Brüder Sondhelm** hatten zwar ihre Vertretungsbefugnis niedergelegt, waren aber Gesellschafter der GmbH geblieben.

„Arisiert“ wurde 1938 auch das ausgedehnte Villengrundstück Lange Straße 25 (heute Dr.-Rudolf-Friedrichs-Straße) in Radebeul-Niederlöbnitz, das dem Berliner Bankier **Dr. jur. Curt Goldschmidt** gehörte. Dieser war mit seiner Familie schon vorher nach Frankreich emigriert, ihr Vermögen in Deutschland wurde eingezogen.⁵⁶

⁵⁶ Auskunft des Landesarchiv Berlin vom 12.12.2006.



Buntglasfenster im Treppenhaus der Grundschule Niederlöbnitz, 1908 gestiftet von Dr. Curt Goldschmidt

Obwohl Goldschmidt die von einem parkartigen Garten umgebene Villa lediglich als Sommerwohnung genutzt hatte, fühlte er sich der Lößnitz verbunden und war bei verschiedenen Anlässen als Stifter aufgetreten. So hatte er 1908 eines der vier Buntglasfenster für das Treppenhaus der Volksschule Niederlößnitz gespendet. Auch daran wollte man sich während der NS-Zeit nicht mehr erinnern; der Name des Stifters wurde 1936 entfernt. Nach der Enteignung diente die Goldschmidt-Villa als Studentenheim der nationalsozialistischen Langemarck-Stiftung.⁵⁷

Ida Leonhardt geb. Miesel hatte am 2. Januar 1892 in Dresden Clemens Leonhardt geheiratet, beide waren evangelisch-lutherischer Religion. 1918, im letzten Kriegsjahr, verloren sie ihren damals 25-jährigen Sohn. Inzwischen in ihrem Grundstück in Kötzschenbroda, Meißner Straße 9 (heute Meißner Straße 167) wohnend, adoptierte das Paar ein 1919 geborenes Kind. Nach den nazistischen Gesetzen war Ida Leonhardt Jüdin. Die Eheleute Leonhardt besaßen in Dresden, Alaunstraße 70, eine Filzschuh- und Pantoffelfabrik, die sie zum 17. Mai 1935 auflösten. Wenige Wochen zuvor hatten sie auch das Eigentum an ihrem Grundstück aufgegeben, blieben aber in dem Haus wohnen. Ida Leonhardt war zu dieser Zeit 66 und ihr Mann 67 Jahre alt. Clemens Leonhardt verunglückte am 13. Juni 1936 in Radebeul tödlich. Am 6. Januar 1939 starb Ida Leonhardt in ihrer Wohnung an „Herzmuskelentartung“. Das heißt wohl, sie hatte die zuneh-

mend diskriminierenden Bestimmungen der letzten Zeit nicht mehr ertragen.

Die Hoffnung schwand, die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland zu überstehen. Aber gerade in dieser Zeit begannen sich in Übersee die Tore für jüdische Einwanderer zu schließen.⁵⁸ Anfang 1939 war Shanghai der einzige Ort auf der Welt, der noch keine Hürden gegen die Einreise jüdischer Flüchtlinge errichtet hatte.⁵⁹ Schon zuvor hatte sich das Ausland weithin für mittellose Flüchtlinge verschlossen. Für alte und kranke Juden gab es kein Entkommen.

Aber auch für viele, die Deutschland verlassen konnten, war es nur ein zeitlicher Aufschub. Sie fanden den Tod durch die Judenverfolgungen in den später besetzten Ländern Europas, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Etlichen, zumeist jüngeren, gelang es unterzutau-chen, viele beteiligten sich am Widerstand. Besonders hoch war der Anteil von Juden und Halbjuden in der französischen Resistance. Ihre Verhaftung bedeutete den Tod.

Dieses Schicksal traf den ehemaligen Radebeuler **Günther Aronade**. Die Eltern **Dr. jur. Berthold Aronade und Katharina geb. Sachs** wohnten in der Sedanstraße 5 (jetzt Clara-Zetkin-Straße). Der Vater verstarb 1938, die Mutter verzog nach Dresden. Den beiden Söhnen gelang es, Deutschland zu verlassen. **Kurt Aronade** kam 1939 über Dänemark nach Schweden. Er lebte seit 1949 in Israel und starb dort 1993 im Alter von 77 Jahren. **Günther Aronade** gelangte in die

⁵⁷ In ihrer wechselvollen Geschichte wurde sie später von 1945 bis 1950 als Haus der Kunst bekannt, beherbergte danach jahrzehntelang eine Gewerkschaftsschule des FDGB und wurde nach 1990 restituiert.

⁵⁸ Vgl. Dippel: *Die große Illusion*. Weinheim, Berlin 1997, S.334.

⁵⁹ Vgl. Large: *Einwanderung abgelehnt*. München 2004, S.180.

Niederlande, ging dort nach der Besetzung in den Widerstand, wurde verhaftet und nach Auschwitz deportiert. Dort starb er am 13. Februar 1944 im Alter von 25 Jahren. Sein Name steht im Gedenkbuch der Amsterdamer Juden.⁶⁰ Katharina Aronade musste 1942 in Dresden von der Mozartstraße 3 in das „Judenhaus“ Altenzeller Straße 41 ziehen. Über das „Judenlager Hellerberg“⁶¹ kam sie am 3. März 1943 nach Auschwitz und wurde dort ermordet.



Der Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde von einer weiteren Verschärfung der für die Juden geltenden Bestimmungen begleitet. Am 23. September 1939 mussten sie ihre Rundfunkgeräte entschädigungslos abliefern. Mit Kriegsausbruch wurden Ausgangssperren über die Juden verhängt und streng kontrolliert. Bei Nichtbefolgung von Anordnungen oder „staatsabträglichem“ Verhalten erfolgte die sofortige Festnahme und Einweisung in ein Konzentrationslager.

Für alle in Konzentrationslagern inhaftierten jüdischen „Schutzhäftlinge“ wurde eine allgemeine Entlassungssperre für die Dauer des Krieges angeordnet.⁶²

Judenlager Hellerberg „... alles in allem Gefangenschaft und qualvolles Dahinvegetieren“ (Victor Klemperer, Tagebuch 24.11.1942)

⁶⁰ *In Memoriam. Mit einem Vorwort von Hans Bloemendal. Den Haag: Sdu Uitgeverij Koninginnegracht 1995.*

⁶¹ *Zeiss Ikon hatte an der Radeburger Straße (damals Dr.-Todt-Straße) ein in Baracken untergebrachtes Betriebswarenlager und stellte dieses zur Verfügung, als die Stadt eine Sammelunterkunft für die noch nicht deportierten Dresdner Juden suchte. Bei der Verlegung der Juden dorthin am 23./24.11.1942 ging es der Gestapo und den Parteiorganen vorrangig um Wohnraumgewinnung – samt Einrichtung! – und zugleich um Ausgrenzung und Kontrolle der Juden. Am frühen Morgen des 2.3.1943 wurden die 293 Insassen des Lagers – Männer, Frauen und Kinder – nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort fast alle sofort vergast. Vgl. Marcus Gryglewski: *Zur Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945*. In: Norbert Haase, Steffi Jersch-Wenzel und Hermann Simon (Hg.): *Die Erinnerung hat ein Gesicht. Fotografien und Dokumente zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945*, bearbeitet von Marcus Gryglewski. Leipzig: Gustav Kiepenheuer Verlag 1998 (= Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Bd.4), S.87–150, hier S.89. – In diesem Band ist das „Judenlager Hellerberg“ auf Grund eines spät aufgetauchten Films ausführlich dokumentiert. Die Namen der „Hellerberger Juden“ sind erfasst, darunter der von Katharina Aronade.*

⁶² *Durch Erlass des RSHA vom 11.3.1943 wurde angeordnet, dass Juden, die aus einer Vollzugsanstalt der Justiz entlassen werden, auf Lebenszeit den Konzentrationslagern Auschwitz bzw. Lublin zuzuführen sind, vgl. Poliakov/Wulf: *Das dritte Reich und seine Diener*. Berlin 1975, S.245.*



Gepäckstück von „Käthe Sara Aronade aus Dresden“

Ende Januar 1940 wurde Juden die Zuteilung von Bohnenkaffee, Milch, Geflügel, Reis, Hülsenfrüchten, Obstkonserven und anderen Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs entzogen, ein Jahr später auch die für Eier, Fleisch und Fleischwaren, Weißbrot und Weizenerzeugnisse. Seit dem 6. Februar 1940 erhielten Juden keine Kleiderkarten und Bezugsscheine für Textilien mehr. Im gleichen Jahr erfolgte, neben weiteren Maßnahmen, die Kündigung ihrer Fernsprechanchlüsse. Juden wurde fast alles verboten – Bücher aus Bibliotheken zu entleihen, Bücher, Zeitungen oder Zeitschriften zu kaufen, öffentliche Fernsprecher zu benutzen. Selbst Blumen zu kaufen war ihnen untersagt.

Mit der Polizeiverordnung vom 1. September 1941 wurde der **Judenstern** eingeführt. Ein handtellergroßer sechseckiger gelber Stern mit der Inschrift „Jude“ musste fortan deutlich sichtbar auf

der Kleidung festgenäht getragen werden (der „gelbe Fleck“ der Juden im Mittelalter). Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet hatten, war es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne ihn zu zeigen. Auch die Wohnungen mussten später mit einem Stern gekennzeichnet werden. Ihre Wohngemeinde durften Juden nur mit Erlaubnis der Ortspolizeibehörde verlassen, aber selbst im Ort waren sie in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Im Stadt- und Landkreis Dresden durften Sternträger keine öffentlichen Verkehrsmittel be-

nutzen, es sei denn, ihr Arbeitsweg betrug mehr als sieben Kilometer. Stigmatisiert mit dem Judenstern, trauten sie sich ohnehin nur noch für die dringendsten Wege auf die Straße.

Ab dem 14. Lebensjahr wurden die Juden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Sie standen in einem Beschäftigungsverhältnis eigener Art, Arbeits-



schutzbestimmungen galten für sie nicht. Sie hatten keinen Anspruch auf bezahlten Urlaub, Überstundenzuschläge oder Sozialleistungen wie etwa Krankengeld, obwohl sie 15 Prozent ihres Lohnes als zusätzliche „Sozialausgleichsabgabe“ abführen mussten.

Die Liste dessen, was den Juden versagt wurde, ließe sich fast beliebig fortsetzen. Was ihnen blieb, reichte kaum zum Vegetieren. Sie erhielten ja keinerlei Lebensmittel mit Nährwert, geschweige denn Genussmittel. Ihnen wurde alles genommen, was nur den Schimmer von Lebensfreude bedeuten konnte: Haustiere, Blumen, Spaziergänge im Park, Museumsbesuche. Schließlich durften sie auch keine Leistungen „arischer“ Handwerker mehr in Anspruch nehmen. Die ihnen verliehenen Titel durften sie nicht mehr führen, Zeugnisse und Kriegsauszeichnungen waren im Büro der jüdischen Gemeinde abzugeben. Im Oktober 1941 mussten sie alle Metallgegenstände vom Küchenmesser bis zum Kronleuchter abliefern, 1942 alle Pelzsachen sowie elektrische und mechanische Geräte von der Kochplatte bis zur Schreibmaschine. Zum 30. Juni 1942 wurden die **jüdischen Schulen**⁶³ geschlossen und am 24. August 1942 der Gottesdienst untersagt. Nichts wurde ausgelassen.

„...damit kein Licht uns bliebe“, lautet eine Gedichtzeile von Rose Ausländer (1901–1988).

Für den 20. Januar 1942 lud SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich 14 Spitzenvertreter der obersten Reichs- und Parteibehörden zu einer streng geheimen Konferenz an den Berliner Wannsee ein. Sie ist nach dem Tagungsort als



Wannseekonferenz in die Geschichte eingegangen. Gegenstand war die Organisation und Koordinierung der „Endlösung der europäischen Judenfrage“, die die Ermordung von elf Millionen

⁶³ In Dresden hatte die jüdische Gemeinde am 23.3.1935 ihre Schule auf der Zeughausstraße 1, nahe der Synagoge, mit 100 Schülern eröffnet. 1942 verboten die Nazis auch diese Schulen. Alle Versuche, jüdische Kinder privat zu unterrichten, wurden unter Strafe gestellt.

Menschen vorsah und im von Deutschland besetzten Osteuropa bereits im Gang war. Die Anwesenden wurden über die industrielle Ermordung jüdischer Männer, Frauen und Kinder informiert, soweit sie es noch nicht wussten. Die von einzelnen Teilnehmern erwartete Klärung zur Mischehen- und Mischlingsfrage wurde zurückgestellt.

Nach der Statistik der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland lebten am 1. Oktober 1941 noch 163.696, am 1. Januar 1943 nur noch 51.257 Juden in den deutschen Gebieten nach den Grenzen von 1937 (Altreich). Das heißt, in den fünf großen Deportationswellen der Jahre 1941 und 1942 waren mehr als 100.000 deutsche Juden verschleppt worden, etwa 12.000 starben oder suchten selbst den Tod.⁶⁴

Hatte Hitler schon am 30. Januar 1939 vor dem Reichstag für den Fall eines neuen Weltkriegs die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ angedroht,⁶⁵ war nun offen von der **Zielsetzung der Ausrottung der Juden** die Rede. Wie in allen Tageszeitungen, wurde auch im Dresdner „Freiheitskampf“ als Spitzenmeldung Hitlers Botschaft aus dem Führerhauptquartier an seine Alte Garde vom 24. Februar 1942 veröffentlicht, in der er ausführt: „meine Prophezeiung wird ihre Erfüllung finden, daß durch diesen Krieg [...] der Jude ausgerottet werden wird. Was immer auch der Kampf mit sich bringen oder wie lange er dauern mag – dies wird sein endgültiges Ergebnis sein.“⁶⁶



Es wurde also nichts verschwiegen; auch wenn das Wie der „Endlösung“ nicht öffentlich thematisiert wurde, konnte an ihrem Ziel kein Zweifel aufkommen. Die Frage ist allerdings, wie viele Deutsche sich dafür interessierten, was den Juden geschah. Müde von den Entbehrungen und den Verlusten durch den Krieg, sparte man die Energie auf zur Bewältigung des eigenen Alltags. „Selbstaufgelegte Kommunikationsbeschränkung“ nennt Peter Longerich diese Haltung.⁶⁷ – Und man hatte Angst.

Am 24. Oktober 1941 wird in einem Erlass des Reichssicherheitshauptamtes an die Staatspolizeistellen „betr. KZ-Haft bei Aufrechterhaltung von freundschaftlichen Beziehungen zu Juden“ ausgeführt:

⁶⁴ Vgl. Drobisch u.a.: *Juden unterm Hakenkreuz*. Berlin 1973, S.313f.

⁶⁵ „Völkischer Beobachter“ (*Münchener Ausgabe*) vom 31.1.1939.

⁶⁶ „Der Freiheitskampf“ vom 25.2.1942.

⁶⁷ Peter Longerich: *„Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945*. München: Siedler Verlag 2006, S.201.

*„Wie hier in der letzten Zeit wiederholt bekannt geworden ist, unterhalten deutschblütige Personen nach wie vor freundschaftliche Beziehungen zu Juden [...] Da die betreffenden Deutschblütigen auch heute noch den elementarsten Grundbegriffen des Nationalsozialismus verständnislos gegenüberzustehen scheinen und ihr Verhalten als Mißachtung der staatlichen Maßnahmen anzusehen ist, ordne ich an, daß bei derartigen Vorkommnissen der deutschblütige Teil aus erzieherischen Gründen vorübergehend in Schutzhaft zu nehmen bzw. in schwerwiegenden Fällen bis zur Dauer von drei Monaten in ein Konzentrationslager, Stufe I, einzuweisen ist. Der jüdische Teil ist in jedem Falle bis auf weiteres unter Einweisung in ein Konzentrationslager in Schutzhaft zu nehmen“.*⁶⁸

Kleine Zeichen, dass nicht alle Deutschen sich gemein machen wollten mit den Nazis, – es gab sie auch in Radebeul. Wir erinnern an den Zeitungsausschnitt in Dr. Brunners Tagebuch vom 20. Juli 1935, wo von „Judenknechten“ die Rede ist, die der Jüdin Ida Schaye geholfen hatten. Auch im „Generalanzeiger für die Lößnitz“ wird am 18. Juli 1935 „beklagt“, „daß es noch immer Unbelehrbare gibt, die sich nicht schämen, weiter Umgang mit Juden zu pflegen und sogar für sie eintreten.“⁶⁹

Aber es gab auch genügend Menschen, die dem nazistischen Geist entsprechend schon kleinste Verstöße meldeten. Das wurde **Prof. Dr. Heinrich Conradi** zum Verhängnis, der in einer so genannten „Mischehe“ lebte, nach 1938 mit seiner Ehefrau von Radebeul nach Dresden verzogen und zur Zwangsarbeit in Dresdner Fabriken verpflichtet worden war. Am 23. April 1943 hatte er in der Markthalle am Antonsplatz Radieschen eingekauft – ein dreifaches Vergehen: Radieschen zu kaufen war für Juden verboten, außerdem durften sie die Markthalle nicht betreten und zudem habe Conradi versucht, seinen Judenstern zu verdecken. Er wurde verhaftet und ins Polizeipräsidium Dresden eingeliefert. Drei Tage später fand man ihn tot in seiner Gefängniszelle. Als Todesursache wurde Vergiftung angegeben.⁷⁰

Mit welcher Willkür und Brutalität mit Juden umgegangen wurde, wird aus einem Tagebucheintrag von Victor Klemperer über einen Vorfall am 6. August 1942 deutlich. Dieser betrifft **Katharina Aronade**, die nach ihrem Umzug nach Dresden im „Judenhaus“ Altenzeller Straße 41 wohnte. Klemperer notiert: Frau Aronade „geht vorgestern nachmittag zur erlaubten Einkaufszeit“⁷¹ in einen Laden, um ein Uhrarmband, ein billiges Band für 1 M zu kaufen.

⁶⁸ Vgl. Pätzold: *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung*. Leipzig 1983, S.311.

⁶⁹ Auch der Kontext des Zitats spricht Bände: „Von amtlicher Seite gehen uns folgende Ausführungen zu: [...] Man sollte meinen, daß die Volksgenossen endlich begriffen haben, daß der wirtschaftliche oder gesellschaftliche Umgang mit Juden ein für allemal aufhören muß. Leider beweist die Erfahrung, daß es noch immer Unbelehrbare gibt, die sich vor den Volksgenossen nicht schämen, teils heimlich, teils in aller Öffentlichkeit weiteren Umgang mit Juden zu pflegen und sogar für sie einzutreten. Diese Unbelehrbaren und Pflichtvergessenen mögen bedenken, daß unser Staat nationalsozialistisch ist und daß sich jeder, der in diesem Staate wohnt, seinen auf dem nationalsozialistischen Programm beruhenden Anschauungen und Gesetzen unterzuordnen hat.“

⁷⁰ Vgl. Albrecht Scholz: *Jüdische Ärzte in Dresden im 20. Jahrhundert*. In: *Zwischen Integration und Vernichtung. Jüdisches Leben in Dresden im 19. und 20. Jahrhundert*. Dresdner Hefte, Heft 45 (14.Jg., 1996, H. 1), S.63-71, hier S.68.

⁷¹ Durch Polizeiverordnung war festgelegt, dass Juden nur zu bestimmten Zeiten einkaufen durften.

Da tauchen hinter ihr zwei von den bekannten Gestapomännern auf [...], duzen sie, beschimpfen sie. ‚In fünfundzwanzig Minuten bist Du auf der Gestapo‘. Am Bismarckplatz wird sie unflätig behandelt und geprügelt; sie dürfte nichts kaufen außer dem auf Marken Abgegebenen. ‚Für deine Uhr ist ein Strick gut genug – uns etwas wegzukaufen!‘ Und Prügel. Die Frau war zwei Tage krank.⁷²

Von den ehemaligen jüdischen Bürgern in Radebeul haben wir in den meisten Fällen wenig mehr als ihre Namen und die Daten ihres Lebens, kaum Persönliches. Die konkreten Erinnerungen fehlen. Das ist anders bei Familie Freund, Moritzburger Straße 1. Wir verdanken persönliche Erinnerungen an sie Frau Irmgard Zeitler geb. Otto, die im Hinterhaus der Moritzburger Straße 1 wohnte und bei Familie Freund als Kind täglich ein- und ausging, bis zum letzten Abend.



Historische Postkarte, links das „Wettin-Haus“, Moritzburger Straße 1

Die Eheleute **Max und Charlotte Freund** und deren Mutter **Martha Ury** zogen 1920 nach Kötzschenbroda. Sie kamen aus Schneidemühl in Westpreußen. Sie waren Juden und Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Dresden. Max Freund war ein Fachmann in der Lederbranche. Über die ersten Jahre im Ort wissen wir wenig. Es waren die wirtschaftlich schwierigen Nachkriegsjahre. Ende der 20er Jahre hatte Max Freund in Kötzschenbroda ein kleines Geschäft für Lederwaren und Schuhbedarfsartikel. Vermutlich stellte er auch Taschen aus Lederresten her, die er von der Lederabfallgroßhandlung Hartmann, von-Otto-Straße 28 (heute Wilhelm-Eichler-Straße), bezog. Diese Firma hat ihn dann offensichtlich angestellt, als die Nazis sein Geschäft kaputt gemacht hatten. Er konnte bei „Leder-Hartmann“ bis zuletzt arbeiten und so zumindest den Unterhalt der Familie verdienen.

1921 wurde die **Tochter Ilse** geboren. Sie besuchte ab 1928 die Volksschule Niederlöbnitz. Freunds wohnten damals noch im Haus Moritzburger Straße 41. 1929 bezogen sie die Wohnung Moritzburger Straße 1, 2. Etage, eine schöne große Wohnung, zentral gelegen und – das wurde bald besonders wichtig – mit freundlichen Nachbarn. 1930 kam **Tochter Marion** zur Welt. Von den Mitbewohnern ist manchem älteren Radebeuler noch der Dentist Georg Welzel bekannt. Er wohnte und praktizierte im 1. Stock. Seine Tochter Ingeburg, später verh. Wagenknecht, half in der Praxis und ließ den jüdischen Nachbarn manche Hilfe zukommen, als jede menschliche Geste schwer wog.

⁷² Victor Klemperer: *Tagebücher 1942*. 2. Aufl. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag 1999, S.199f., Eintrag vom 8. August 1942.

Im Hinterhaus wohnte Familie Otto mit Tochter Irmgard. Sie und Marion waren gleichaltrig und beste Freundinnen. Franziska Klotzsche, die Enkelin von Dentist Welzel hat uns dieses Foto vom fröhlichen Kinderspiel im Haus Moritzburger Straße 1 aus dem Sommer 1935 überlassen.



Zweite von rechts Ilse Freund, das Mädchen mit den Zöpfen

Ilse Freund konnte die Volksschule beenden. Marion Freund kam mit Irmgard Otto 1936 in die Volksschule Kötzschenbroda. Aber schon nach zwei Jahren wurde sie als jüdisches Kind von der Schule verwiesen.⁷³ Sie hätte die jüdische Schule in Dresden besuchen können, aber die Eltern wollten wohl einem so kleinen Mädchen den weiten Schulweg nicht zumuten. Wie hätte sie auch zur Zeughausstraße in Dresden gelangen können. Marion blieb zu Hause – und hatte ihre Freundin

Irmgard, die getreulich jeden Nachmittag klingelte, mit den Schulsachen unter dem Arm. Sie übten, was Irmgard in der Schule gelernt hatte. Irmgard Zeitler geb. Otto erinnert sich:

„Familie Freund war meine zweite Familie, sie haben mich betreut. Marion war meine beste Freundin, wir haben uns alles anvertraut. Wir waren zusammen bis zu ihrem letzten Abend.

Ich habe von der Oma von Marion vieles gelernt, vor allem stricken und nähen. Oma Ury hat viele schöne Decken gestrickt, und von Frau Freund (Tante Lotte) habe ich kochen und backen gelernt.

Als Marion nicht mehr mit mir in die Schule gehen durfte, habe ich am Nachmittag mit ihr gelernt.

Ich habe ihnen in ihren schwersten Zeiten Obst, Gemüse und ab und zu etwas Süßes gebracht. Marions Geburtstag am 7.6. haben wir immer gemeinsam verbracht. Manchesmal mußte ich mich in der Speisekammer verstecken, wenn Kontrolle kam, denn sie durften keinen Besuch mehr bekommen.“

Über die ältere Schwester Ilse wissen wir, dass sie 1939 nach Kriegsausbruch zur Arbeit im Goehle-Werk der Zeiss Ikon AG in Dresden-Pieschen zwangsverpflichtet wurde. In diesem Werk an der Großenhainer-, Ecke Heidestraße gab es eine „Judenabteilung“. Dort wurden Uhrwerkszänder für die Marine hergestellt. Es war Juden nur in Ausnahmefällen erlaubt, die Straßenbahn zu benutzen. Möglicherweise war der weite Arbeitsweg der Grund dafür, dass sie aus der elterlichen Wohnung nach Dresden zog. Ob sie in einem „Judenhaus“ unterkam, ist nicht bekannt.

⁷³ Mit dem 14.11.1938 wurden alle jüdischen Kinder von den Volksschulen verwiesen. Die Gymnasien waren ihnen schon seit 1935 verschlossen. Ihnen blieb die jüdische Schule, sofern eine in erreichbarer Nähe lag.

Unter den verschärften Bedingungen seit Kriegsbeginn war es ein selten glücklicher Umstand, dass Max Freund seine Beschäftigung bei Leder-Hartmann behielt. Er hatte wohl auch gehofft, dass sein Status als „Frontkämpfer“ mit dem Eisernen Kreuz II. und I. Klasse – das war damals eine hohe Auszeichnung –, ihn und seine Familie schützen würde vor noch schlimmeren Verfolgungen. Aber sie erfuhren wie alle Juden die drastische Verkürzung der Lebensmittel. Der kleine Garten hinter dem Haus war der Ort, wo Nachbarn Nahrungsmittel über den Zaun reichen konnten. Im Haus konnte man einen Topf Suppe vor die Tür stellen oder ein Brot unter der Abgrenzung in den Toiletten durchschieben. Heimlich alles! Man könnte von „aktivem Anstand“ sprechen.

Irmgard Zeitler erinnert sich:

„Wir haben trotz allem viel Schönes erlebt. Iلسes Verlobung haben wir zwei, Marion und ich, heimlich gefeiert“.

Zwei Kinder hielten zusammen, was immer Schule und Öffentlichkeit dagegen sagen mochten.

Doch Marion blieb „gezeichnet“. Ihre Kennkarte trug seit dem 1. September 1939 das groß aufgedruckte „J“, und sie hieß fortan Marion „Sara“ Freund. Wo sie sich auch ausweisen musste, war jeder gewarnt – „Jüdin“! Ab 1. September 1941 durfte sie nur noch mit dem Stern auf der Kleidung, sichtbar angenäht, auf die Straße. Jeder konnte sie vom Bürgersteig stoßen und Schlimmeres ihr antun. So etwas ist in unserer Stadt wohl nicht vorgekommen. Doch mancher erinnert sich an das kleine Mädchen, das sich mit abgewendetem Gesicht an den Hauswänden entlang schlich, um den Stern zu verbergen.



Da in Radebeul, anders als in den meisten deutschen Städten, mangels Bedarf kein „Judenhaus“ eingerichtet wurde, konnten Freunds in ihrer Wohnung bleiben. Sie konnten sich auch darauf verlassen, dass ihnen bei Krankheiten und Zahnschmerzen Hilfe zuteil wurde. Entgegen der Vorschrift, dass sich Juden nur von einem jüdischen „Krankenbehandler“ helfen lassen durften – den es aber in Radebeul nicht gab –, galt die Absprache mit Dentist Welzel und dem praktischen Arzt Dr. Hellmut Schiffner von der West- bzw. Gneisenaustraße (heute Heinrich-Heine-Straße). Ein Anruf genügte, dann kam Dr. Schiffner nachts zu Fuß ins Haus. Wenn nötig, agierte der Dentist nächtlicherweise, und seine Tochter hielt die Kerze, um auffälliges Licht zu vermeiden.

Solange Freunds in Radebeul wohnten, waren sie nicht „von Gott und aller Welt verlassen“. Sie waren Juden und also Menschen. Aber keiner konnte ihnen die Angst nehmen, keiner konnte sie bewahren vor der fortschreitenden Verarmung des Lebens. Es blieb bei den „geheimen Kundgebungen“ (Ruth Klüger).

Ende Juli 1942 erhielt die Familie Freund die knappe Mitteilung, dass sie sich für den 28. Juli 1942 bereitzuhalten hat zur Umsiedlung in das Getto Theresienstadt. Was und wie viel für den persönlichen Bedarf mitgenommen werden durfte, war genau vorgegeben. Ihr sonstiger Besitz musste genau aufgelistet und in Pakete verschnürt werden. Aller drei Stunden kamen Polizeibeamte und kontrollierten, dass auch nicht das kleinste Stück weggegeben wurde.⁷⁴ Am nächsten Morgen waren Max, Charlotte und Marion Freund nicht mehr da. Keiner im Haus hatte etwas gehört...

Irmgard Zeitler erinnert sich:

„Der 27.7.1942 war mein schlimmster Tag, denn es war der letzte, den ich mit meiner Marion und ihrer Familie erleben durfte. Am 28.7.1942 früh wurden sie abgeholt.

Ich werde die schöne und auch schwere Zeit nie vergessen, nie habe ich wieder eine Freundin gehabt. Sie hat etwas von mir mitgenommen.“

Familie Freund wurde zur Sammelstelle an der Dresdner Zeughausstraße gebracht und von dort zusammen mit anderen Dresdner Juden per Lkw nach Theresienstadt transportiert. Vierzehn Tage später wurde auch die Großmutter Martha Ury nach Theresienstadt abgeholt. Sie war 67 Jahre alt. In der Lagerkartei von Theresienstadt ist nachzulesen, dass Martha Ury am 14. Juni 1943 starb, ihre Tochter Charlotte am 14. Februar 1944.

Aus der Schülerliste der deutschen Schule in Theresienstadt⁷⁵ und der Gedenktafel an die Schüler wissen wir, dass Marion diese Schule besucht hat. Marion und ihr Vater kamen, in Güterwagen verladen wie Vieh, im Oktober 1944 mit dem vorletzten Transport von Theresienstadt nach Auschwitz und dort offenbar sofort in die Gaskammer. Sie konnten nicht wissen, dass ihre Tochter und Schwester Ilse bereits anderthalb Jahre vorher am gleichen Ort ermordet worden war.

Ilse Freund hatte im Goehle-Werk Fritz Eisner kennen gelernt, verfehmt wie sie. Am 12. September 1941 verlobten sich die beiden jungen Leute und heirateten am 2. September 1942. Da war schon keiner mehr von Iلس Familie erreichbar. Ende November 1942 wurden alle Arbeiter der „Judenabteilung“ bei Zeiss Ikon zusammen mit den noch in Dresden verbliebenen Juden – Männer, Frauen und Kinder – in das „Judenlager Hellerberg“ eingewiesen, ein Barackenlager ohne befestigte Wege. Auf einem Fotodokument aus dem Lager hat Irmgard Zeitler die Schwester ihrer Freundin wieder erkannt:

„Ilse Elsner ist die schmale Frau mit Kapuze, denn ich habe mit Marion zusammen die Kapuze an den Pelz genäht. Das war unser Geburtstagsgeschenk für Ilse, und das ging so schwer.“

In der Nacht vom 2. zum 3. März 1943 mussten alle Insassen das Lager Hellerberg verlassen. Sie

⁷⁴ Irmgard Zeitler weiß, dass am darauf folgenden Tag das verschnürte Eigentum abgeholt wurde. Die Möbel blieben stehen für eine Familie aus Aachen, vermutlich Ausgebombte, die bis 1946 in Radebeul wohnte.

⁷⁵ In ihrer Autobiographie berichtet Ruth Klüger, ein Jahr jünger als Marion Freund, vom Unterricht an dieser Schule, der unter strenger Geheimhaltung stattfinden musste. Wer den Kindern etwas von seinem Wissen vermitteln konnte, tat es; es waren genug Schul- und Universitätslehrer am Ort. „Wir wußten, dass viele von ihnen sterben würden, aber sie sollten als Menschen sterben“, sagte einer ihrer Lehrer. (Vgl. Ruth Klüger: *weiter leben. Eine Jugend*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1994, S.100ff.).



Ankunft im Lager Hellerberg



gingen „auf Transport“, das Ziel war Auschwitz. Fast alle Hellerberger Juden wurden sofort ins Gas getrieben. Ilse und Fritz Elsner waren unter ihnen. Seit dem 26. Juli 2005 liegen vor dem Eingang zum „Wettin-Haus“, Moritzburger Straße 1, fünf Stolpersteine für Max, Charlotte und Marion Freund, Ilse Eisner und Martha Ury. – Keiner von

ihnen hat ein Grab gefunden, ihre Asche wurde verstreut. Mit den Stolpersteinen wollten wir ihnen und allen Radebeuler Juden, die in der NS-Zeit diskriminiert, verfolgt und ermordet wurden, einen Ort der Erinnerung geben und uns nicht entlassen aus der Pflicht der Heimholung in unsere Stadt.



In der Liste der Pass- und Meldepolizei über die am 31. Oktober 1941 in Radebeul lebenden Juden⁷⁶ wird eine staatenlose frühere Polin Bayla Hofmann erwähnt, wohnhaft in der Löbnitzgrundstraße 25 bei Köckritz. In den Deportationslisten aus dem Raum Dresden ist ihr Name nicht enthalten. Ihr Schicksal bleibt unbekannt.

4.2. Juden in „Mischehen“

Eine „Mischehe“ im NS-Jargon war die Ehe zwischen einem/einer nichtjüdischen (arischen) und einem/einer jüdischen Partner/Partnerin. Es gab diese Ehen seit Ende des 19. Jahrhunderts schon recht häufig, vermehrt aber in der Zeit der Weimarer Republik, deren Verfassung 1919 die Gleichheit aller Religionen vor dem Gesetz festgeschrieben hatte. Zu dieser Zeit hatte eine nicht geringe Zahl jüdischer Bürger ihre Bindung an die Synagoge gelöst, viele davon waren Glieder christlicher Gemeinden geworden. Der Anlass war häufig eine Eheschließung.

Mit den „Nürnberger Gesetzen“ waren ab 1935 Eheschließungen zwischen „Deutschblütigen“ und Juden „nach dem Blut“ verboten.⁷⁷ Die Konfession spielte keine Rolle. Mit ihnen wurde auch festgelegt, wer als „jüdischer Mischling“ galt.⁷⁸ Der Nachweis war mit Hilfe des Ahnenpasses zu erbringen. Der Vermerk „mosaischen Glaubens“

hieß jüdische Herkunft. Vier und drei jüdische Großeltern bedeuteten „Volljude“, zwei „Mischling 1. Grades“ („Halbjude“), ein jüdischer Großelternanteil „Mischling 2. Grades“ („Vierteljude“). Von 1933 bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft gab es für die Behandlung der „Mischlinge“ und „Mischehen“ ständig wechselnde Konstellationen. Radikale NSDAP-Mitglieder, Repräsentanten der NSDAP, insbesondere die Parteikanzlei mit dem Stellvertreter des Führers, SS und Gestapo forderten, die Mischlinge wie Juden zu behandeln, eine Gleichstellung, wie sie in den später besetzten Ostgebieten auch erfolgte. Teilweise mäßigend verhielt sich das Innenministerium. Da die meisten als Mischehen eingestuften Familien der Mittelschicht, etliche auch der Oberschicht angehörten und teilweise über eine weit verzweigte Verwandtschaft bis in wirtschaftliche und militärische Eliten hinein verfügten, sahen sich die Nationalsozialisten in dieser Frage zu innenpolitischer Zurückhaltung gezwungen.⁷⁹ Unruhe in den arischen Verwandten- und Bekanntenkreisen sollte in den Anfangsjahren möglichst vermieden werden. Später erzwang der Kriegsverlauf andere als die vorgesehenen Prioritäten. Hitler wich einer definitiven Handlungsanweisung immer wieder aus.⁸⁰ Die Entwicklung war aber nie vorauszusehen. Aus dieser Konstellation heraus wurde der nichtjüdische Partner zur Überlebenschance für den jüdischen – so lange der arische Partner lebte.

⁷⁶ Siehe Anlage C.

⁷⁷ „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15.9.1935.

⁷⁸ Diese Definition erfolgte mit der „Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 14.11.1935.

⁷⁹ Vgl. Beate Meyer: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945. Hamburg: Döling und Galitz Verlag 1999, S.27.

⁸⁰ Vgl. ebenda, S.99f.

Man sprach von den **privilegierten Ehen**. Wenn aus der Ehe Kinder hervorgegangen waren, war der jüdische Partner vom Tragen des Judensterns befreit, ebenso die kinderlose jüdische Ehefrau, solange die Ehe bestand. Gleichzeitig wurden die nichtjüdischen Partner massiv bedrängt, die Ehe aufzulösen. Zur Enttäuschung der Nazis fanden sich jedoch nur wenige dazu bereit.

Auf der zweiten Folgesitzung der Wannseekonferenz über die Endlösung der Judenfrage am 27. Oktober 1942 im Reichssicherheitshauptamt wurde eine Zwangsscheidung der Mischehen vorgeschlagen. In der Besprechungsniederschrift steht darüber:

*„Bei Ehen zwischen Deutschblütigen und Volljuden ist, wie bereits früher festgelegt, eine zwangsweise Scheidung der Ehe für den Fall vorzusehen, daß der deutschblütige Eheteil sich innerhalb einer bestimmten Frist nicht entschließt, selbst die Scheidung zu beantragen. Die Zwangsscheidung erscheint deswegen angebracht, weil mit Rücksicht auf die Abschiebung der Juden klare Rechtsverhältnisse auf diesem Gebiet geschaffen werden müssen.“*⁸¹

Dazu kam es nicht mehr, weil von verschiedenen Amtsstellen Bedenken geäußert wurden über die Folgen und weil es Hitler widerstrebte, die Angelegenheit in Kriegszeiten anzupacken.⁸² Im Oktober 1944 begann jedoch die

Deportation der jüdischen Ehepartner. Am 12. Februar 1945 erhielten die letzten noch im Raum Dresden lebenden Juden⁸³ die Aufforderung, sich am 16. Februar mit Reisegepäck und Proviant für den Abtransport im Gebäude der jüdischen Gemeinde, Zeughausstraße 3 (jetzt Hasenberg), einzufinden. Die Bombenangriffe der Alliierten auf Dresden am 13./14. Februar 1945 machten diese Pläne zunichte. Sie retteten etlichen Dresdner Juden das Leben.

In Radebeul fielen unter die Zuordnung „Mischehen“ nach dem Stand der Volkszählung von 1939 noch acht Ehepaare:

Bendix, Paul

mit seiner Ehefrau Helene geb. Kulitzscher

Haake, Marta geb. Ledermann

mit ihrem Ehemann Martin

Kohlmann, Brunhilde geb. Weich

mit ihrem Ehemann Johannes

Mohr, Gertrud geb. Langer

mit ihrem Ehemann Karl

Rölke, Mahle geb. Michelsohn

mit ihrem Ehemann August

Schaye, Wilhelm

mit seiner Ehefrau Gertrud geb. Benedict

Tarnowski, Johannes

mit seiner Ehefrau Helene geb. Hennl

Weise, Ita geb. Milich

mit ihrem Ehemann Curt Adolf

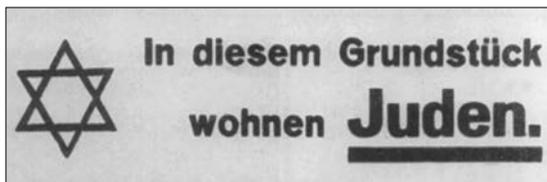
⁸¹ Die Besprechungsniederschrift ist abgedruckt in Eschwege (Hg.): Kennzeichen „J“. Berlin 1966, S.235ff.

⁸² Vgl. Mark Roseman: Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte. München: Ullstein Taschenbuchverlag 2002, S.144.

⁸³ Zu dieser Zeit lebten in Dresden noch 170 Juden und 24 im Regierungsbezirk Dresden. Vgl. Nora Goldenbogen: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Dresden seit 1938 – ein Überblick. In: Zwischen Integration und Vernichtung. Jüdisches Leben in Dresden im 19. und 20. Jahrhundert. Dresdner Hefte, Heft 45 (14.Jg., 1996, H.1), S.76-84, hier S.83.

Wir beschreiben kurz, was wir von ihrem Leben unter der Schutzklausel für Mischehen in der NS Zeit in Erfahrung bringen konnten.

Paul Bendix (geb. am 27.3.1873 in Magdeburg) war bis zum 1. Juli 1938 Prokurist in der Rositzer Zuckerraffinerie und Zucker Vertriebsgesellschaft AG. Er gibt an, gekündigt zu haben, um nicht wegen der Rassengesetze entlassen zu werden. Mit seiner Frau Helene zog er zu deren Schwester Marie Kulitzscher nach Radebeul, die Eigentümerin des Grundstücks Bismarckstraße 7 (jetzt Karl-Marx-Straße) war. Er musste den Judenstern tragen und ab April 1942 musste auch die Wohnung damit gekennzeichnet werden.⁸⁴ Marie Kulitzscher schildert, dass schon zuvor seit Ende 1938 große Plakate vor ihrem Grundstück angebracht wurden mit der Aufschrift „Hier wohnen Juden“. 1943 mussten sie ihre Wohnung räumen. Sie zogen zur Schwester bzw. Schwägerin, die sie betreute und versorgte. Paul Bendix schreibt, er selbst habe an Lebensmitteln auf Marken fast nur noch Brot und Kartoffeln bekommen.⁸⁵



Marta Haake geb. Ledermann (geb. am 31.5.1895 in Steinach) war seit 1920 mit Oberlandesgerichtsrat Franz Martin Haake verheiratet. Sie wohnten in Dresden, Anton-Graff-Straße 21, und hatten offensichtlich eine Zweit- bzw. Sommerwohnung in Radebeul, Jagdweg 1. Dort sind sie bei der Volkszählung 1939 erfasst worden. Martin Haake traf für sich und seine Frau die glückliche Entscheidung, sich 1937 mit 61 Jahren in den vorzeitigen Ruhestand versetzen zu lassen. Das bedeutete für das Ehepaar eine geschützte Zeit, – erleichtert dadurch, dass Marta Haake keinen Judenstern tragen musste und ihre Wohngemeinde ohne Erlaubnis der Polizeibehörde verlassen durfte.⁸⁶ Mit Sicherheit hat Marta Haake wie alle noch im Raum Dresden wohnenden Juden am 12. Februar 1945 den „Gestellungsbefehl“ erhalten für den 16. Februar zum Abtransport in ein Lager. Im Mai 1945 hielt sich das Ehepaar Haake in der „Kohlmann’schen Villa“, Carolastraße 16, auf. Martin Haake starb dort am 13. Mai 1945 an einer Blutvergiftung und ist am 17. Mai 1945 auf dem Friedhof Radebeul-West beigesetzt worden. Die Bestattungsmeldung hat Marta Haake unterschrieben. Seitdem wissen wir nichts mehr von ihr.

Brunhilde Kohlmann geb. Weich (geb. am 13.8.1897 in Lemberg) kam 1907 nach dem Tod ihrer Mutter mit zehn Jahren nach Dresden zu ihrer Großmutter. 1921 heiratete sie Dr. med. An-

⁸⁴ In Erweiterung der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung von Juden vom 1.9.1941 (Reichsgesetzblatt Jg. 1941, Teil I, S.547) wurde vom RSHA angeordnet, dass jüdische Wohnungsinhaber, die zum Tragen der Kennzeichnung „Jude“ verpflichtet waren, bis spätestens 15.4.1942 neben dem Namensschild an der Tür einen Judenstern anzubringen hatten.

⁸⁵ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Signatur 11435, Aktennummer 364.

⁸⁶ Nach der Polizeiverordnung über die „Kennzeichnung der Juden“ vom 1.9.1941 waren jüdische Ehefrauen bei kinderloser „Mischehe“ während der Dauer der Ehe davon befreit, die jüdischen Ehemänner in einer kinderlosen „Mischehe“ dagegen nicht. Deshalb mussten Paul Bendix und Wilhelm Schaye den „Judenstern“ tragen.

ton Johannes Kohlmann (geb. am 26.7.1886 in Dresden, gest. am 1.9.1949 in Radebeul). Aus der Ehe gingen die **Kinder Ursula**, geboren am 18.7.1922, und **Alexander**, geboren am 19.4.1925, hervor. Ihr Mann hatte eine Arztpraxis in Großenhain. Seit 1932 lebten sie in Radebeul, Carolastraße 16 (jetzt Zinzendorfstraße). In dem Haus, bekannt als „Kohlmann’sche Villa“, befanden sich neben der Wohnung der Familie auch die Praxis- und Klinikräume. Dr. Johannes Kohlmann durfte zwar weiterarbeiten und die Klinik betreiben. Seiner Frau wurde aber untersagt, die Praxisräume und Klinik zu betreten. Am 7. März 1941 wurde für alle arbeitsfähigen Juden (soweit noch nicht geschehen) die Zwangsarbeitspflicht eingeführt. Brunhilde Kohlmann wurde in eine Kartonagenfabrik verpflichtet, in eine jüdische Abteilung mit gelben Armbinden. In ihrer Kurzbiografie⁸⁷ führt sie aus, dass sie eine Erklärung unterschreiben musste, keine öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, da es Ariern nicht zugemutet werden könne, neben einer Jüdin zu sitzen. Ihr Sohn kam 1944 zur Zwangsarbeit. Ihre in Polen lebende Schwester wurde mit ihren beiden Kindern ermordet. Brunhilde Kohlmann starb am 6. Juli 1984 in Altbach, Baden-Württemberg.

Gertrud Mohr geb. Langer (geb. am 6.2.1898 in Dresden) lernte und arbeitete bis zu ihrer Heirat mit Karl Mohr als Angestellte im Dresdner Bankhaus Arnhold. Seitdem half sie bis Kriegsbeginn im Elektro- und Rundfunkgeschäft ihres Mannes. Sie hatten einen Sohn, Moritz (geb. am 30.11.1926), und wohnten in Kötzschenbroda, Grüne Straße 14 (jetzt Dr.-Külz-Straße). Schon in

den ersten Tagen der nazistischen Gewaltherrschaft begann die Verfolgung wegen ihrer jüdischen Abstammung und der antinazistischen Einstellung der Eheleute. „Trotz Haussuchungen ist es den SA- und Gestapoleuten nicht gelungen, die bei uns versteckten Mitgliederlisten der KPD sowie Waffen und Musikinstrumente zu finden. Wegen Mangel an Beweisen mussten wir nach Verhören immer wieder freigelassen werden“, schrieb Gertrud Mohr später in ihrer Biografie.⁸⁸ Nach Ausbruch des Krieges wurde Karl Mohr sofort zur Marine eingezogen. Schon nach acht Tagen seiner Abwesenheit wurde das Geschäftsinventar (Rundfunkgeräte, Prüfgeräte usw.) beschlagnahmt. Dann wurde ihnen aus der Wohnung der Rundfunkapparat entzogen. Gertrud Mohr wurden die Lebensmittelzuteilungen gekürzt. 1939 erhielt sie die Kennkarte J und musste den Zusatznamen Sara tragen. 1942 wurde ihr Mann wegen seiner Ehe mit einer Jüdin aus der Marine entlassen und dann dienstverpflichtet. Karl Mohr verstarb am 23. Mai 1949 in Radebeul an Tuberkulose. Gertrud Mohr hatte sich in der Nazizeit durch die jahrelang fehlende ärztliche Behandlung eine schwere Unterleibserkrankung zugezogen, die später zum Pflegefall führte. Sie starb am 12. Mai 1960 in Radebeul.

Über das Schicksal von **Mahle Rölke geb. Michelsohn** (geb. am 14.3.1894 in Zabeln/Lettland) und das ihres Sohnes **Leopold Rölke** (geb. am 29.3.1920 in Radebeul) wussten wir bisher nur folgendes: Mahle Rölke, von Beruf Schneiderin, war verheiratet mit dem Former August Rölke. Die Familie wohnte in Radebeul, Seestraße 9. Am

⁸⁷ *Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Signatur 11435, Aktennummer 4008.*

⁸⁸ *Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Signatur 11435, Aktennummer 5273.*

13. März 1941 verstarb August Rölke. Zur Beisetzung war der Sohn noch in Radebeul. Weitere Recherchen ergaben, dass er in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert worden war. Mit einem Transport von 405 Juden kam er am 17. Oktober 1942 nach Auschwitz. Dort ist er am 24. Januar 1943 umgekommen.⁸⁹ Bei seiner Überstellung nach Auschwitz wusste er nicht, dass seine Mutter wenige Tage zuvor in Auschwitz verstorben war. Was war mit ihr geschehen? Mahle Rölke wurde am 31. Oktober 1941 noch von der Pass- und Meldepolizei Radebeul als Jüdin erfasst. Dann verlor sich jede Spur. Kurz vor Drucklegung erhielten wir nach langen Recherchen weitere Informationen. Der Internationale Suchdienst Bad Arolsen konnte uns am 17. April 2008 mitteilen:

**Leopold RÖLKE,
geboren am 29.3.1920 in Radebeul**

- wurde am 22.5.1942 durch die Staatspolizei Halle verhaftet;
- am 18.7.1942 durch die Staatspolizei Halle in das KL Buchenwald eingeliefert, Häftlingsnummer: 7501; Kategorie: „Arbeitsscheu“, Haftartänderung: wird ab 5.8.1942 „Rassenschänder Jude“
- am 17.10.1942 zum KL Auschwitz überstellt, Häftlingsnummer: 68636; Kategorie: „Sch. Jude“ („Sch“ = Schutzhaft)
- ist dort am 24.1.1943 verstorben, Todesursache: Bauchfellentzündung

**Mahle RÖLKE geborene MICHELSONN,
geboren am 14.3.1894 in Zabeln (Lettland)**

- wurde am 1.8.1942 in das KL Ravensburg eingeliefert, Häftlingsnummer: 12789; (Überstellung nicht angeführt)
- ist am 12.10.1942 im KL Auschwitz verstorben, Todesursache: Akuter Magen-Darmkatarrh

Sie werden beide am Typhus zugrunde gegangen sein.

Das Konzentrationslager Ravensburg lag in der Nähe des Bodensees. Dass Mahle Rölke dort eingeliefert wurde, legt die Vermutung nahe, dass sie bei dem Versuch, aus Deutschland zu fliehen, verhaftet wurde. Sie wird sicherlich kaum Zweifel daran gehabt haben, was ihr bevorstand.⁹⁰ Hoffte sie, in die Schweiz zu entkommen?

Wilhelm Schaye, über den wir schon berichtet haben, war von allen gegen die Juden gerichteten Einschränkungen, Kürzungen und Verboten voll betroffen. Als Jude verlor er 1935 seine Arbeit beim Elektrizitätsverband Gröba, Hauptverwaltung Radebeul. Seine Ehefrau Gertrud geb. Benedict wurde am 15. April 1937 aus der Reichsmusikkammer ausgeschlossen, weil sie mit einem Juden verheiratet war. Damit war ihr keine Möglichkeit mehr gegeben, ihren Beruf als Cellistin auszuüben. Da ihr Ehemann seit 1935 arbeitslos war, versuchte sie einen Seifenhandel aufzubauen, der Gewerbeschein wurde ihr aber wieder entzogen. Nachdem Wilhelm Schaye einige Zeit als Landschaftsgärtner gearbeitet hatte, wurde er

⁸⁹ *Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, NS 4 Bu, Häftlingsnummernkartei Buchenwald (Auskunft der Gedenkstätte Buchenwald vom 28.11.2007).*

⁹⁰ *Im Dezember 1943 gab SS-Gruppenführer Heinrich Müller vom Reichssicherheitshauptamt einen Erlass heraus, mit der Deportation bisher „privilegierter“ jüdischer Frauen zu beginnen, deren Ehemänner verstorben waren. Vgl. Roseman: Die Wannsee-Konferenz. München 2002, S.145.*

nach Kriegsausbruch zur Arbeit in Rüstungswerken zwangsverpflichtet. Er war Sternträger, denn die Ehe war kinderlos. Auch die Wohnungstür musste mit dem Judenstern gekennzeichnet werden. Auf Anordnung der Staatspolizeistelle Dresden musste er mit seiner Frau 1944 von Radebeul nach Dresden ziehen. Dort wurden sie am 13. Februar 1945 ausgebombt. Am gleichen Tag vormittags hatte er die Aufforderung erhalten, sich am 16. Februar 1945 mit einem Stück Reisegepäck und Proviant für drei Reisetage zum Abtransport im Gebäude Zeughausstraße 3 einzufinden.⁹¹ Der Bombenangriff hat ihn gerettet.

Johannes Tarnowski (geb. am 6.1.1862 in Lenz, Kreis Saazig) war verheiratet mit Helene geb. Hennl. Sie hatten zwei **Söhne Joachim** (geb. 22.3.1920) und **Wolfgang** (geb. 18.9.1922). Johannes Tarnowski verstarb am 11. Dezember 1940 im Stadtkrankenhaus Löbtauer Straße in Dresden. Mit viel Mühe hatte seine Ehefrau Helene die durchaus nicht mehr selbstverständliche Aufnahme im Krankenhaus am 6. Dezember 1940 noch durchzusetzen vermocht. Joachim wurde Ende 1940 als Mischling 1. Grades aus der Wehrmacht entlassen und später von seiner Arbeitsstelle in einem Dresdner Rüstungsbetrieb dienstverpflichtet. Wolfgang kam im April 1944 zur Zwangsarbeit nach Nordfrankreich (s. das Kapitel „Als Halbjuden in Nazideutschland“).

Ita Weise geb. Milich (geb. am 14.8.1893 in Lodz) war verheiratet mit Adolf Weise. Sie wohnen Brühlstraße 3 (jetzt Prof.-Wilhelm-Ring). Sie hatten zwei Söhne, Wolfgang (geb. am 4.4.

1926) und Hans-Joachim (geb. 4.11.1929). Ita Weise erhielt die Kennkarte J und musste den Zwangsvornamen Sara annehmen. Sohn Wolfgang kam 1944 zur Zwangsarbeit nach Osterode. Ita Weise hat überlebt.⁹²

Von den ehemals in Radebeul lebenden Juden, die nicht emigriert waren, überlebten nur sechs die nazistischen Verfolgungen: Paul Bendix, Martha Haake, Brunhilde Kohlmann, Gertrud Mohr, Wilhelm Schaye und Ita Weise. Sie alle hatten in „Mischehen“ gelebt.

Es kamen um
im Polizeigefängnis Dresden
Prof. Dr. med. Heinrich Conradi
am 26.4.1943 im Alter von 67 Jahren

in Theresienstadt
Anna Maria Artzt
am 31.3.1943 im Alter von 66 Jahren
Charlotte Freund
am 24.2.1944 im Alter von 44 Jahren
Ida Schaye
am 24.12.1942 im Alter von 71 Jahren
Martha Ury
am 14.7.1943 im Alter von 67 Jahren
in Auschwitz
Katharina Aronade
am 3.3.1943 im Alter von 59 Jahren
Günther Aronade
am 13.2.1944 im Alter von 25 Jahren
Ilse Eisner
am 3.3.1943 im Alter von 21 Jahren

⁹¹ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Signatur 11435, Aktennummer 8254.

⁹² Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Signatur 11435, Aktennummer 9561.

Marion Freund

im Oktober 1944 im Alter von 14 Jahren

Max Freund

im Oktober 1944 im Alter von 60 Jahren

Mahle Rölke

am 12.10.1942 im Alter von 48 Jahren

Leopold Rölke

am 24.1.1943 im Alter von 22 Jahren

4.3. „Jüdische Mischlinge“

Hinsichtlich der „Mischlinge“ wurden immer wieder nur Zwischenlösungen gefunden und die Endlösung auf die Zeit nach Kriegsende verschoben. Diesem Umstand ist zu verdanken, dass das Schicksal der „Halbjuden“ mit dem schrecklichen der Juden nicht vergleichbar ist. Die Tendenz war aber eine ständige Verschlechterung ihrer Situation. Vom „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (7.4.1933) waren sie als „Nichtarier“ gleichermaßen betroffen. Zu dem Verbot von Rassenmischehen untersagte die „Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 14. November 1935 „Mischlingen“ 1. Grades („Halbjuden“) die Eheschließung mit „Deutschblütigen“ oder mit „Mischlingen“ 2. Grades („Vierteljuden“). Selbst freundschaftliche Beziehungen konnten zur Schutzhaft führen mit der Einweisung in ein Konzentrationslager, wie es bei Leopold Rölke geschah. Auf Grund der Unübersichtlichkeit der Maßnahmen entwickelte sich eine chaotische Praxis der

Berufsbeschränkungen. Durch den fehlenden Überblick und weil Vorschriften oft geändert wurden, wenn „Mischlinge“ noch bestehende Rechte in Anspruch nehmen wollten, entstand ein widersprüchliches Nebeneinander von „Großzügigkeiten“ auf der einen und rigidesten Auslegungen auf der anderen Seite.⁹³

Nach Einführung der Wehrpflicht im Jahre 1935 wurden auch „Mischlinge“ eingezogen. 1940 wurden sie auf Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht entlassen. Bei Musterungen wurden sie fortan mit dem Vermerk n.z.V. (nicht zu verwenden) ausgesondert. So paradox es erscheint, aber manchem rettete es das Leben.

Durch einen Runderlass des Volksbildungsministeriums vom 20. Juli 1942 wurden die „Mischlinge“ 1. Grades vom Besuch der Haupt- und weiterführenden Schulen ausgeschlossen, wenig später auch von Abendkursen und von Berufsfach- und technischen Schulen. „Mischlinge“ 2. Grades durften Schulen besuchen, wenn Platz vorhanden war.

Gefährlich wurde es für „Mischlinge“, wenn sie in Haft gerieten. Um sämtliche im Reich gelegene Konzentrationslager judenfrei zu machen, wies das Reichssicherheitshauptamt am 5. November 1942 an, sämtliche Juden (soweit noch nicht geschehen) in die Konzentrationslager Auschwitz oder Lublin zu überstellen. Einen Monat später erfolgte der Zusatz, dass zu den jüdischen Häftlingen auch „Mischlinge“ 1. Grades zu rechnen sind.

1941 verstärkten die Parteiradikalen ihre Bemühungen, die Kompromisse zu beseitigen. Auf der Wannsee-Konferenz über die Endlösung der Ju-

⁹³ Vgl. Meyer: „Jüdische Mischlinge“. Hamburg 1999, S.202f.

denfrage am 20. Januar 1942⁹⁴ sollten auch die verschiedenen Auffassungen zwischen den Ministerien und dem Reichssicherheitshauptamt über die Behandlung der „Mischlinge und Mischehen“ geklärt und die Kompetenz des Reichssicherheitshauptamtes durchgesetzt werden. Ziel war, die „Mischlinge“ 1. Grades im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage den Juden gleichzustellen und die „Mischehen“ aufzulösen. Es kam zu keiner Entscheidung, noch nicht.

Bei der bereits erwähnten Folgebesprechung am 27. Oktober 1942 im Reichssicherheitshauptamt bestand noch die Erwartung, die „Mischlinge“ 1. Grades sterilisieren zu können. In der Niederschrift wird dazu ausgeführt:

„Eingangs der Besprechung wurde mitgeteilt, daß neue Erkenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der Unfruchtbarmachung es wahrscheinlich ermöglichen werden, die Sterilisation in vereinfachter Form und in einem verkürzten Verfahren schon während des Krieges durchzuführen. Mit Rücksicht hierauf wurde dem Vorschlag, sämtliche fortpflanzungsfähigen Mischlinge ersten Grades unfruchtbar zu machen, zugestimmt. Die Sterilisierung soll freiwillig erfolgen. Sie ist aber Voraussetzung des Verbleibens im Reichsgebiet und stellt sich somit als eine freiwillige Gegenleistung des Mischlings ersten Grades für seine gnadenweise Belassung im Reichsgebiet dar.“⁹⁵

In dem weiteren Text wird zynisch dargelegt, dass die Unfruchtbarmachung als eine gnadenweise Vergünstigung zu bewerten sei, gegenüber der „Abschiebung“ als der schärferen Maßnahme, und sich nahezu sämtliche „Mischlinge“ 1. Grades für das kleinere Übel der Sterilisierung entscheiden würden.

Die Hoffnungen beruhten vor allem auf Entwicklungsarbeiten zu neuen Sterilisationsmethoden, bei denen auch die Firma Dr. Madaus & Co in Radebeul mit Forschungen an einem Medikament beteiligt war. Die sich hinziehenden Versuche in Radebeul wurden Mitte 1944 abgebrochen,⁹⁶ auch weil sie an aktueller Bedeutung verloren hatten.

Am 13. Oktober 1943 hatte Göring entschieden, „Mischlinge“ 1. Grades und die arischen Männer, die mit Jüdinnen verheiratet waren („jüdisch Versippte“), zu Arbeitsbataillonen der Organisation Todt (OT) einzuberufen. Die Umsetzung erfolgte am 31. März 1944 mit der Information der zuständigen Stellen über den gemeinsamen Einsatz Wehrunwürdiger, Mischlinge 1. Grades, jüdisch Versippter und Zigeuner beim Ausbau der Stellungen in Nordfrankreich. Sie wurde zügig durchgeführt. Etliche Betriebsleiter kriegswichtiger Betriebe hatten gegen die Einberufungen erfolgreiche Befreiungsanträge gestellt. Ein geheimes Fernschreiben des Reichsführers SS stoppte die Befreiungen:

⁹⁴ Das vollständige Besprechungsprotokoll ist u.a. abgedruckt bei Rosemann: *Die Wannsee-Konferenz*. München 2002, S.170ff.

⁹⁵ Zit. nach Eschwege (Hg.): *Kennzeichen „J“*. Berlin 1966, S.237.

⁹⁶ Vgl. Drobisch u.a.: *Juden unterm Hakenkreuz*. Berlin 1973, S.356.

„Der im November v.J. auf Weisung höchster Stelle vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz angeordnete geschlossene Einsatz jüdischer Mischlinge 1. Grades ist nur unvollständig durchgeführt. Außer einer großen Anzahl von den Arbeitsämtern wegen Krankheit und aus sonstigen Gründen zurückgestellter jüdischer Mischlinge 1. Grades und jüdisch Versippter sind noch viele von diesen in geschützten Betrieben in verantwortlicher Stelle beschäftigt. Dieser Zustand ist aus Sicherheits- und abwehrpolizeilichen Gründen nicht länger tragbar. Der Reichsführer SS hat daher angeordnet, die männlichen einsatzfähigen jüdischen Mischlinge 1. Grades und jüdisch Versippten nunmehr ausnahmslos binnen drei Tagen aus den Betrieben herauszuziehen und der OT zum geschlossenen Arbeitseinsatz in Baubataillonen zu übergeben [...] Die für den Einsatz bei der OT wegen körperlicher Ungeeignetheit (Krankheit) nicht in Frage kommenden jüdischen Mischlinge 1. Grades und jüdisch Versippten sowie die weiblichen sind möglichst innerhalb ihres Wohnbereiches in geschlossenen Gruppen zu manueller Arbeit heranzuziehen. Eine Weiterbeschäftigung am Arbeitsplatz ist nur zugelassen, wenn es sich bereits um körperliche Arbeit handelt.“⁹⁷

Die Zwangsarbeitslager befanden sich in Deutschland und im besetzten Frankreich. Die Behandlung war unterschiedlich; teilweise herrschten haftähnliche Bedingungen.

Die Parteikanzlei der NSDAP hielt alle Parteidienststellen dazu an, das Ziel, die „Mischlinge“ wie Juden zu behandeln, nicht aus den Augen zu verlieren. „Dadurch, daß eine gesetzliche Regelung in einem bestimmten Sinne erfolgte (oder bis heute noch nicht erfolgt ist) darf für die Partei nicht der Schluß gezogen werden, der augenblickliche Rechtszustand gebe das wieder, was politisch notwendig und erwünscht sei.“⁹⁸

Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1939 lebten in Radebeul 25 „Mischlinge“ 1. Grades, davon 14 männlich und 11 weiblich, sowie 14 „Mischlinge“ 2. Grades. Von den noch 13 männlichen „Halbjuden“ (Leopold Rölke kam 1943 in Auschwitz um) waren 1944 neun im Alter von 18 bis 27 Jahren, die anderen 15, 35, 49 und 53 Jahre alt. Fast alle wurden zur Zwangsarbeit herangezogen, aber sie überlebten.

Ein Beispiel dafür, wie sich die Lebensbedingungen für „Halbjuden“ in Radebeul gestalteten, liefert der Zeitzeugenbericht in Kapitel 6.

⁹⁷ Zit. nach Meyer: „Jüdische Mischlinge“. Hamburg 1999, S.238f.

⁹⁸ Zit. nach ebenda, S.100, dort mit Bezug auf Akten der Partei-Kanzlei, Verfilmungs-Nr. 107 00382-427, Reichsführer SS an SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt vom 26.7.1944, Behandlung von Mischlingsangelegenheiten S.17.

5. Juden in Radebeul 1933-1945 – ihre Namen und Daten

Es gibt keine zuverlässigen Unterlagen darüber, wie viele Juden während der NS-Zeit im heutigen Stadtgebiet von Radebeul lebten, denn die kommunalen Akten über „Judenangelegenheiten“ und das Melderegister wurden kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs bewusst vernichtet.⁹⁹ Ihre Zahl dürfte zwischen 40 und 50 gelegen haben.¹⁰⁰ In jahrelangen Recherchen konnten wir die Namen von 30 Menschen ermitteln, die in der NS-Terminologie als „Volljuden“ galten und in den Jahren zwischen 1933 und 1945 einen Wohnsitz in Radebeul hatten. In der folgenden Übersicht, die durch künftige Forschungen hoffentlich noch ergänzt werden kann, sind ihre persönlichen Daten und Angaben über ihr Schicksal zusammengestellt. Aufgenommen ist auch ein so genannter „Mischling ersten Grades“, der Opfer des Holocaust wurde.

Aronade, Berthold, Dr. jur.

Wohnung in Radebeul: bis 1938 Sedanstraße 5 (jetzt Clara-Zetkin-Straße)

Geboren am 4.1.1871 in Antonienhütte, Kreis Kattowitz, Oberschlesien

Verheiratet mit Katharina geb. Sachs, zwei Söhne (Kurt und Günther)

Gestorben am 20.3.1938 in Dresden

Aronade, Katharina Henriette geb. Sachs

Wohnung in Radebeul: bis 1938 Sedanstraße 5 (jetzt Clara-Zetkin-Straße), dann Dresden

Geboren am 24.7.1883 in Hirschberg

Verheiratet mit Berthold Aronade, zwei Söhne (Kurt und Günther)

Ermordet am 3.3.1943 in Auschwitz

Aronade, Kurt

Wohnung in Radebeul: bis 1938 Sedanstraße 5 (jetzt Clara-Zetkin-Straße)

Geboren 27.1.1915

Sohn von Berthold und Katharina Aronade

Emigrierte 1939 über Dänemark nach Schweden, lebte seit 1949 in Israel

Verheiratet, ein Sohn und eine Tochter

Gestorben am 16.1.1993 in Israel

⁹⁹ Am 13. April 1945 forderte der Reichsstatthalter in Sachsen die Landräte und Oberbürgermeister durch einen geheimen Erlass dazu auf, „sofort alles Schriftgut der Behörden zu verbrennen, was dem Feind etwa von Nutzen sein könnte oder geeignet ist, ihm Material zur Verfolgung der deutschen Bevölkerung zu liefern.“ Ausdrücklich wurden dazu auch die Akten über „Judenangelegenheiten“ gezählt. (zit. nach Landesnachrichtendienst [des Landesnachrichtenamtes Sachsen], Ausgabe 1 vom 5.9.1945, Bl.9). Dass diese Anweisung auch in Radebeul sofort umgesetzt wurde, wird durch einen Zeitzeugenbericht bestätigt, der die Aktenvernichtung in Radebeul-West beschreibt: „Eine Genesungskompanie verwundeter Soldaten, die im Heiteren Blick einquartiert waren, marschierte jeden Tag mit Gesang zum Schützenplatz [...] Etwa Mitte April stapelten sie eine zwei Meter hohe Pyramide mit Akten auf der Wiese auf, die sie mit Handwagen angefahren hatten, und begannen sie zu verbrennen. [...] es war ein riesiges Feuer über mehrere Stunden. Gegen 16 Uhr packten die Soldaten zusammen und wir Kinder begannen im Haufen zu stochern und stellten fest, dass im Inneren die Aktenbündel noch unversehrt waren, woraufhin die Soldaten in aller Eile wieder auspackten und den Brandhaufen umwälzten. Meine Eltern meinten, ‚jetzt geht es langsam zu Ende!‘“ (Erinnerungen von Gottfried Müller, Jg.1933, Manuskript im Stadtarchiv Radebeul, S 16–27.)

¹⁰⁰ Siehe dazu Anlage C.

Aronade, Günther Ernst

Wohnung in Radebeul: bis 1938 Sedanstraße 5
(jetzt Clara-Zetkin-Straße)
Geboren am 19.3.1918 in Kattowitz,
Oberschlesien
Sohn von Berthold und Katharina Aronade
Umgekommen am 13.2.1944 in Auschwitz

Artzt, Anna Maria geb. Fanta

Wohnung in Radebeul: bis 1939 An den Brun-
nen 9 (= Ringstraße 47)
Geboren am 12.9.1876 in Postelberg
Verheiratet mit Franz Artzt (gestorben vor 1938)
Umgekommen am 31.3.1943 in Theresienstadt

Bendix, Paul

Wohnung in Radebeul: ab 1939 Bismarckstraße 7
(jetzt Karl-Marx-Straße)
Geboren am 27.3.1873 in Magdeburg
Verheiratet mit Helene geb. Kulitzscher
Gestorben am 31.1.1956 in Radebeul

Cohn, Siegbert

Wohnung in Radebeul: bis 1933, Moritzburger
Straße 13, dann Dresden
Geboren am 9.4.1900 in Somotschin/Polen
Verheiratet mit Frieda geb. Estlein, ein Sohn
Gestorben in Südamerika

Conradi, Heinrich Wilhelm, Prof. Dr. med.

Wohnungen in Radebeul: 1933 Arndtstr. 8 (jetzt
Augustusweg 3), 1935 Riesestraße 6, 1938 Ben-
nostraße 5, ab 1940 in Dresden
Geboren am 22.3.1876 in Frankfurt/Main als
H. W. Cohn, 1892 Taufe und Namensänderung
Verheiratet mit Margarete geb. Naumann
Freitod am 26.4.1943 im Polizeigefängnis Dres-
den

Eisner, Ilse geb. Freund

Wohnung in Radebeul: Moritzburger Straße 1,
seit 1942 Dresden
Geboren am 29.8.1921 in Niederlößnitz
Tochter von Charlotte und Max Freund
Verheiratet mit Fritz Eisner
Ermordet am 3.3.1943 in Auschwitz

Feibermann, Richard, Dr. phil.

Wohnungen in Radebeul: Wasastraße 49, ab 1934
Criegernstraße 59 (jetzt Straße des Friedens)
Geboren am 8.5.1883 in Kandel/Pfalz
Verheiratet mit Carla geb. Haas, ein Sohn und
eine Tochter
Emigrierte 1935 in die USA
Gestorben 1948 in New York

Feibermann, Carla geb. Haas

Wohnungen in Radebeul: Wasastraße 49, ab
1934 Criegernstraße 59
Lebensdaten unbekannt
Verheiratet mit Dr. Richard Feibermann, ein Sohn
und eine Tochter
Emigrierte 1936 in die USA

Freund, Charlotte geb. Ury

Wohnung in Radebeul: Moritzburger Straße 1
Geboren am 3.11.1899 in Deutsch-Krone
Verheiratet mit Max Freund, zwei Töchter (Ilse
und Marion)
Umgekommen am 24.2.1944 in Theresienstadt

Freund, Max

Wohnung in Radebeul: Moritzburger Straße 1
Geboren am 29.7.1884 in Deutsch-Krone
Verheiratet mit Charlotte geb. Ury, zwei Töchter
(Ilse und Marion)
Ermordet im Oktober 1944 in Auschwitz

Freund, Marion Anita

Wohnung in Radebeul: Moritzburger Straße 1

Geboren am 7.6.1930 in Dresden

Tochter von Charlotte und Max Freund

Ermordet im Oktober 1944 in Auschwitz

Haake, Marta geb. Ledermann

Wohnung in Radebeul: bis 1939 Jagdweg 1,
dann Dresden

Geboren am 31.3.1895 in Steinach

Verheiratet mit Franz Martin Haake
überlebte

Todestag und Sterbeort unbekannt

Hofmann, Bayla

Wohnung in Radebeul: bis 1942 Lößnitzgrund-
straße 25, II bei Köckritz

Geboren am 2.1.1901 in Noworadomsk, Kreis Lodz

Verschollen seit 1942

Kohlmann, Brunhilde geb. Weich

Wohnung in Radebeul: Carolastraße 16 (jetzt
Zinzendorfstraße)

Geboren am 13.8.1897 in Lemberg

Verheiratet mit Dr. med. Johannes Kohlmann,
eine Tochter und ein Sohn

Gestorben am 6.7.1984 in Altbach (Baden-Würt-
temberg)

Leonhardt, Ida Lina geb. Miesel

Wohnung in Radebeul: Meißner Straße 167

Geboren am 2.5.1869 in Roßwein

Verheiratet mit Clemens Franz Leonhardt
(1868–1936), ein Sohn und ein Adoptivsohn

Gestorben am 6.1.1939 in Radebeul

Mohr, Gertrud geb. Langer

Wohnung in Radebeul: Grüne bzw. Erich-Kunz-

Straße 14 (jetzt Dr.-Külz-Straße)

Geboren am 6.2.1898 in Dresden

Verheiratet mit Karl Mohr, ein Sohn

Gestorben am 12.5.1960 in Radebeul

Rölke, Mahle geb. Michelsohn

Wohnung in Radebeul: Seestraße 9

Geboren am 14.3.1894 in Zabeln

Verheiratet mit August Rölke, ein Sohn (Leopold)

Umgekommen am 22.10.1942 in Auschwitz

Rölke, Leopold

Wohnung in Radebeul: Seestraße 9,
zuletzt Dresden

Geboren am 29.3.1920 in Radebeul

Sohn von Mahle und August Rölke

Umgekommen am 24.1.1943 in Auschwitz

Schaye, Ida geb. Langstein

Wohnungen in Radebeul: Meißner Straße 6 (ab
1935 = Nr. 152, Goldene Weintraube), ab 1935

Kötzschenbrodaer Straße 159, zuletzt Dresden

Geboren am 4.1.1871 in Soborten

Geschieden, eine Tochter und ein Sohn

Umgekommen am 24.12.1942 in Theresien-
stadt.

Schaye, Wilhelm

Wohnungen in Radebeul: 1933 Mathildenstraße
4, später Augustusweg 1, seit 1944 Dresden

Geboren am 3.11.1891 in Dresden (Sohn von
Ida Schaye)

Verheiratet mit Gertrud geb. Benedict

Gestorben am 4.9.1974 in Dresden

Sondhelm, Albert

Wohnung in Radebeul: 1933 Bismarckstraße 1
(heute Karl-Marx-Straße)

Verheiratet mit Hilda geb. Wertheim, eine Tochter (Else)
nach den USA ausgewandert.

Sondhelm, Hilda geb. Wertheim

Wohnung in Radebeul: 1933 Bismarckstraße 1
(heute Karl-Marx-Straße)

Geboren 13.1.1893

Verheiratet mit Albert Sondhelm, eine Tochter (Else)

Gestorben 1981 in den USA

Sondhelm, Else verh. Bloch

Wohnung in Radebeul: 1933 Bismarckstraße 1
(heute Karl-Marx-Straße)

Geboren 23.11.1915 in Dresden

Tochter von Albert und Hilda Sondhelm

Sondhelm, Wilhelm

Wohnung in Radebeul: Leipziger Straße 85 (jetzt
Meißner Straße 59)

Geboren am 18.2.1882 in Würzburg

Verheiratet, zwei Töchter

Im Mai 1933 mit Frau und Kindern in die Niederlande ausgewandert, später USA

Gestorben 1952 in den USA

Tarnowski, Johannes Simon

Wohnungen in Radebeul: Weststraße 14 (jetzt
Heinrich-Heine-Straße), Blücherstraße 19 (jetzt
Bernhard-Voß-Straße)

Geboren am 6.1.1862 in Lenz, Kreis Saazig,
Westpreußen

Verheiratet mit Helene geb. Hennl, zwei Söhne

Gestorben am 11.12.1940 in Dresden (Stadtkrankenhaus Löbtauer Straße)

Wach, Katharina Marie Albertina geb. von Mendelssohn-Bartholdy

Wohnung in Radebeul: bis 1939 Augustusweg
62, dann Dresden

Geboren am 24.9.1876 in Berlin-Charlottenburg
Verheiratet mit Dr. jur. Felix Wach, zwei Söhne,
eine Tochter

Gestorben 1953 in Locarno (Schweiz)

Weise, Ita geb. Milich

Wohnungen in Radebeul: 1933 Auenweg 4, später
Brühlstraße 3 (jetzt Prof.-Wilhelm-Ring)

Geboren am 14.8.1893 in Lodz

Verheiratet mit Curt Adolf Weise, zwei Söhne

Gestorben am 12.9.1975 in Radebeul

Ury, Martha geb. Edel

Wohnung in Radebeul: Moritzburger Straße 1

Geboren am 28.11.1875 in Schneidemühl

Verwitwet, Mutter von Charlotte Freund

Umgekommen am 14.7.1943 in Theresienstadt

6. Wolfgang Tarnowski: Als Halbjude im Nazideutschland

Ich kann in einer kurzen Abhandlung nicht darlegen, wie ich die Zeit von 1933 bis 1945 erlebte, sondern muss mich im wesentlichen auf die Auswirkungen beschränken, die der Status „Mischling 1. Grades“ – wie es in den „Nürnberger Gesetzen“ heißt – mit sich brachte. Um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich auf die Ausführungen im Kapitel 4.3. Dort ist dargelegt, wie schmal der Grat war, dass die Halbjuden das Schicksal der Juden nicht teilen mussten.

Meine Eltern waren beide evangelisch-lutherischer Konfession. Mein Bruder Joachim und ich nahmen am Religionsunterricht in der Volksschule teil und wurden auch konfirmiert. Religion spielte in unserer Familie aber keine große Rolle. Mein Vater war eher Atheist und in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg auch Redner bei Jugendweihen. Von jüdischer Religion und Kultur hatten ich und mein Bruder keine Ahnung. Mein Vater galt aber unter den nazistischen Gesetzen als Jude, weil seine Eltern mosaischer (jüdischer) Religion waren.

Mein Vater war seit seiner Jugend Mitglied der SPD und zwischenzeitlich der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens ASPS. Auch die Angehörigen mütterlicherseits und unser Bekanntenkreis waren antinazistisch eingestellt. Mit zehn Jahren, am 20. März 1933, musste ich erleben, wie die SA als offizielle sächsische Hilfspolizei in

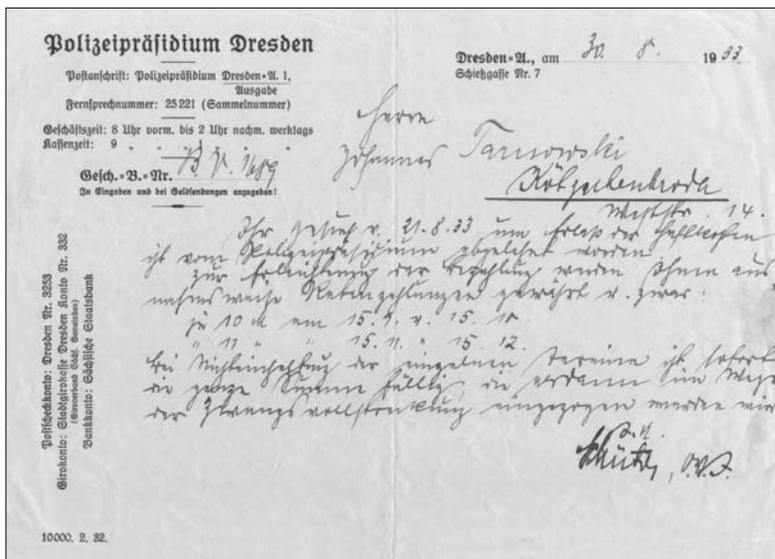


Johannes und Helene Tarnowski

Begleitung eines Polizeibeamten unsere Wohnung durchsuchte, dabei auch den Bücherschrank leerte und meinen Vater in „Schutzhaft“ nahm.¹⁰¹ Ob dies wegen seiner langjährigen poli-

¹⁰¹ Schreiben des Bürgermeisters von Kötzschenbroda vom 22.3.1933 an das Ministerium des Inneren, Nachrichtenstelle (Stadtarchiv Radebeul, A 2924): „Auf Anordnung des unterzeichneten Bürgermeisters wurden am 20. ds. Mts. in den Morgenstunden durch hiesige Polizeibeamte mit Unterstützung von etwa 50 S.A.-Leuten 17 Personen, die teilweise der K.P.D. und S.P.D. angehören, zur Verhinderung weiterer marxistischer Bestrebungen festgenommen und noch am selben Vormittag dem Polizeipräsidium Dresden zugeführt.“

tischen Aktivitäten, zuletzt auch in der „Eisernen Front“,¹⁰² oder aus rassistischen Gründen geschah, weiß ich nicht, wahrscheinlich kam beides zusammen. Mein Vater verblieb trotz seiner 71 Jahre etliche Wochen in der Justizhaftanstalt „Mathilde“ in der Dresdner Mathildenstraße in „Schutzhaft“. Abwechselnd durften mein Bruder und ich mit meiner Mutter ihn besuchen. Die Schutzhaftkosten musste mein Vater später bis zum letzten Pfennig von seiner geringen Rente von monatlich 57,- RM abstottern.



Auch der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 blieb in meinem Gedächtnis haften. Vor dem Spezialhaus für Herren- und Knabenbe-

kleidung „Esco“ im damaligen Kötzschenbroda, Moritzburger Straße 13, mit dessen Inhaber Siegbert Cohn wir befreundet waren, stand ein SA-Posten. Trotzdem ging unsere Mutter mit meinem Bruder und mir in das Geschäft.

Die Ausgrenzung als „Nichtarier“ – diese Bezeichnung umfasste alle Personen mit mindestens einem Großeltern teil jüdischer Herkunft – nahm rasch zu. Die Diffamierung geschah nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der

Schule. Im Oktober 1935 hatten die Eltern einen Fragebogen auszufüllen mit Angaben über ihre Religionszugehörigkeit und die der Großeltern des Schülers. Fortan hatten die Schulen in ihren jährlichen Erhebungsbögen die Zahl der Schulkinder nach ihrer rassistischen Zugehörigkeit auszuweisen. Die diskriminierende Gegenüberstellung von Arien und Juden und die Vermittlung nationalsozialistischen Gedankengutes gehörte zum Schulalltag (s. Anlage D).

Außerhalb der Schule wurde der Freundeskreis kleiner, weil etliche Eltern befürchteten, beim Umgang ihrer Kinder mit uns Nachteile erleiden zu können, wie beispielsweise

¹⁰² Die „Eiserne Front“ war ein antifaschistischer Zusammenschluss von SPD, Reichsbanner, Allgemeinem Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), Allgemeinem freien Angestelltenbund (Afa-Bund) und Arbeitersportorganisationen, der am 16.12.1931 auf Betreiben des Reichsbanners gegen den Rechtsradikalismus gegründet wurde. Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wurde 1924 auf der Basis der Weimarer Koalition (SPD, Deutsche Demokratische Partei und Zentrum) als Wehrverband gegründet und war in der Praxis von den Sozialdemokraten dominiert.

den Verlust ihres Arbeitsplatzes. An Drohungen in der Presse fehlte es nicht.

Die Jugendverbände wurden aufgelöst, es gab nur noch die Hitlerjugend, die Sportverbände nahmen den Arierparagraphen auf und wurden schließlich im Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen zusammengefasst.

1935 bekamen wir einen neuen NS Schuldirektor. Auf der Klassenliste stand nun bei meinem Namen mit Rotstift geschrieben „Vater Jude“

(Schularchiv Niederlöbnitz). Der Name des Stif- ters eines der vier Glasfester im Neubau, Dr. Curt Goldschmidt, wurde entfernt (er war Jude) und der Fensterteil durch eine grüne Glasscheibe ohne Namen ersetzt.¹⁰³

Am 5. Juni 1936 erfolgte die feierliche Hissung der Flagge der Hitlerjugend an der Volksschule Niederlöbnitz, inzwischen umbenannt in Ri- chard-Wagner-Schule, „da 99 % der Schüler und Schülerinnen ihr angehörten“.¹⁰⁴



Abschiedsbild von unserem Lieblingslehrer Rudolf Hempel, der 1936 nach der „Wiederherstellung der Wehrpflicht“ zur Wehrmacht einberufen wurde. 1. Reihe links W. Tarnowski

¹⁰³ Das war unserem Klassenlehrer offensichtlich peinlich. Auf unsere Frage, weshalb der Name fehle, antwortete er, die Glasscheibe sei beschädigt gewesen und hätte ersetzt werden müssen. Wir wussten, dass es nicht stimmte, aber wir mussten uns mit der Antwort zufrieden geben.

¹⁰⁴ Generalanzeiger für die Löbnitzortschaften vom 5.6.1936.



Klassenfoto zur Schulentlassung im März 1937, 1. Reihe Fünfter von links NS-Schulleiter Hertlich, 2. Reihe rechts W. Tarnowski

Nach Abschluss der Volksschule besuchte ich die Öffentliche Höhere Handelsschule Radebeul. Deren Direktor Hans Pohle war „Alter Kämpfer“ mit dem Goldenen Parteiabzeichen der NSDAP und Antisemit. Ihm genügte nicht, dass vom Reichserziehungsministerium im November 1938 allen jüdischen Kindern der Besuch öffentlicher Schulen untersagt wurde. So warf er mich Ostern 1939 bereits aus der Schule. Studienrat Friedrich Arthur Hauswald, der sich dagegen nicht wehren konnte, erklärte mir nach meiner Heimkehr 1946, wie das für mich unerwartete Geschehen von dem Direktor arrangiert wurde. Übrigens, später, mit Erlass vom 2. Juli 1942, wurden auch „Mischlinge“ vom Besuch der Haupt- und weiterführenden Schulen ausgeschlossen.

Eine Lehrstelle zu finden, war schwierig. Einen „Mischling“ als Lehrling einzustellen, wollten oder getrauten sich die Betriebe nicht. Schließlich gelang es mir doch, eine Lehrstelle in einem kleineren Betrieb zu finden. Dazu eine kleine Episode: Als ich den Führerschein erwerben sollte, um Ersatzfahrer für die Zugmaschinen zu werden, wurde mir der Führerschein versagt, obwohl ich „nur“ Mischling 1. Grades war. Eingeschaltet hatte sich unser beim Landrat zu Dresden beschäftigter Nachbar Aurel Kretschmar, auf den ich später noch zurückkommen muss. Bei den gewohnten Ausgrenzungen und Diffamierungen störte mich das weniger, wohl aber den Betrieb.

Zu dieser Zeit, im Sommer 1943, legte ich auch die Prüfungen für das Reichssportabzeichen ab, dreimal war in der Leichtathletik Käthe Krauß Abnahmeprüferin, die bei den Olympischen Spielen 1936 eine Bronzemedaille gewonnen hatte. Ihr „Autogramm“ musste mir reichen. Das Urkundenheft einzureichen, konnte ich mir sparen. Eindeutig stand darin: „Das

Radebeul, den 1. September 1946

Zu dem Ostern 1939 erfolgten völlig unerwarteten Schulabgang des damaligen Schülers der Klasse 5 Wolfgang T a r n o w s k i mache ich folgende Angaben.

Dem judenwütigen Direktor und alten Kämpfer Hans Pohle war der Aufenthalt eines Halbjuden auf seiner Schule schon lange ein unerträglicher Zustand, den er auf jeder Konferenz mit allen Mitteln abzuändern bestrebt war. Da gesetzliche Handhaben dies nicht zuließen und auch die schulischen Leistungen stets eine Versetzung gewährleisten, griff er zu dem Gewaltmittel, die Zensuren für Ostern 1939 so zu gestalten, daß eine Versetzung unmöglich war.

Sei es, daß einige Lehrer ihm hierin willfährig waren und die Zensuren senkten bzw. Ausgleichszensuren beseitigten, es ergab sich jedenfalls, daß völlig willkürlich, denn lt. Verordnung hätte ein gefährdeter Schüler mit Einschreibebrief lange zuvor gewarnt werden müssen, innerhalb von wenigen Stunden über das Schicksal eines Jungen nachteilig entschieden wurde, eben nur, weil er ein Halbjude war.

Felix Janssen
Schlichter
Kauß 9

Der Landrat zu Dresden
 Schriftsch.-Rinfoluß Nr. 25851
 Sprechzeit und Rufnummern:
 9 bis 13 Uhr

Zustellen!
 Herrn
 Wolfgang T a r n o w s k i
 R a d e b e u l 2
 Blücherstraße 31

Dresden R 1, am
 König-Johann-Straße 23
 (Postfach)
 Dresden-R.1. Den 28. April 1943
 Johann-Georgen-Platz 1
 Schriftschreber: 217 44 u. 269 66

Rechtsakts:
 Der Regierungspräsident zu Dresden - Bautzen
 — Polizeiverwaltung —
 Tschernbach Dresden
 Südliche Staatsbank Dresden 1516
 Städtische Kasse Dresden 331
 Postfach - Konto Dresden 2478

Geführtsbuch-Nr. 55/43
 (Bei Beantwortung bitte angeben!)

Ich versage Ihnen hiermit gemäß § 3 der St.V.Z.O. vom 13.11.1937 den Führerschein Klasse 2 für Kraftfahrzeuge und untersage Ihnen gleichzeitig das Führen von Kraftfahrzeugen jeder Art. Gegen Sie liegen Tatsachen vor, die die Annahme rechtfertigen, daß Sie sich zum Führen von Kraftfahrzeugen nicht eignen.

Gegen diesen Entscheid steht Ihnen binnen 14 Tagen, vom Tage der Zustellung ab gerechnet, das Rechtsmittel des Rekurses an den Herrn Regierungspräsidenten zu Dresden - Bautzen in Dresden zu. Einem etwaigen Rechtsmittel versage ich die aufschiebende Wirkung.

Die Gebühren für diesen Entscheid betragen 4,00 RM. Zum Ausgleich dieses Betrages habe ich Ihre Zahlung vom 23. Februar 1943 verwendet.

Der Landrat zu Dresden
 - Zulassungsbehörde -
 I.A.
 gez.: Gosinsky

Ausgefertigt:
 Dresden, am 28. April 1943
Wolfgang Tarnowski

K.-V.
 4,00 RM 34 D 3 G.V.
 1 Lichtbild.



Reichssportabzeichen kann erwerben, wer unbescholten und deutschen oder artverwandten Blutes ist.“ Ich hätte es ohnehin nicht getragen, auf ihm prangte das Hakenkreuz.

Im Hinblick auf die „Nürnberger Gesetze“ vermieden mein Bruder und ich es bis zum Ende des Nazireichs, Kontakte zu Mädchen aufzunehmen.

Da mein Vater nur eine geringe Rente erhielt und meine Mutter fast allein für den Familienunterhalt sorgen musste, war die Wohnungsmiete zu hoch, und es war außerdem unsicher geworden, wie lange noch an Juden vermietet werden würde. Unsere Eltern gaben deshalb die Wohnung in der Weststraße 14 (jetzt Heinrich-Heine Straße) auf. Meine Mutter zog mit uns Kindern zu ihrer Schwester in der Blücherstraße 31 (jetzt

Bernhard-Voß-Straße). Meinem Vater war das nicht möglich, weil der im Nachbargrundstück wohnende antisemitische Nazi Aurel Kretschmar und seine Frau es nicht duldeten, dass ein Jude neben ihnen wohnte oder sich auch nur aufhielt. Dem zu trotzen, hätte meinen Vater gefährdet. Nach einer kurzen Zwischenmietzeit in der Wilhelmstraße brachte meine Mutter meinen Vater im Grundstück ihres Onkels, Blücherstraße 19, nur wenige Häuser entfernt, unter. Zur größeren Sicherheit schloss meine Mutter mit ihrem betagten Onkel einen Kaufvertrag über sein ihm gehörendes Grundstück ab. Da wir kein Geld

zum Kauf besaßen, wurde der Kaufpreis gestundet und zur Sicherung eine Hypothekeneintragung von RM 10.000,- vereinbart. Die Genehmigung des Kaufvertrages wurde jedoch wegen „ihres jüdischen Ehemannes“ versagt, obwohl die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ die „arischen“ Ehepartner nicht mit erfasste.

Problematisch wurde es, als mein Vater ständiger Betreuung bedurfte, meine Mutter aber durch ihre Tätigkeit als Handelsvertreterin tagsüber außerhalb Radebeuls unterwegs war. Im Februar 1940 brachte sie meinen Vater deshalb in der jüdischen Pension Peisser in Dresden, Kurfürstenstraße 22 (jetzt Hoyerswerdaer Straße) unter (nicht zu verwechseln mit dem kurze Zeit später eingerichteten „Judenhaus“ Kurfürstenstraße 11). Sie bezahlte die Pensionskosten, sie und ich brachten ihm frische Wäsche und zusätzliche Nahrungsmittel (Mehl, Obst u. a.), auch für die anderen Mitbewohner. Mein Bruder war zu dieser Zeit bereits zum Arbeitsdienst und danach zur Wehrmacht eingezogen worden. Nachdem meine Mutter wiederholt von der Gestapo vernommen worden war (dort auch das ihr gestellte Ansinnen ablehnte, die Ehe aufzulösen), konnte sie einmal bei einer gerade stattfindenden Kontrolle noch rechtzeitig im Treppenhaus gewarnt werden. Wir wurden vorsichtiger. War einer von uns allein, stellten wir die Lebensmittel in dem in unmittelbarer Nähe gelegenen Parfümerie- und Seifen-

Der Regierungspräsident zu Dresden-Baußen

Jernsee-Ringhauß Nr. 25851
Sprechzeit und Höflichkeit:
9 bis 13 Uhr

Reichsbank Dresden
Sächsische Staatsbank Dresden 1516
Sparbank-Konto Dresden 331
Postfach-Konto Dresden 2478

W M VII T 3/40

Gefühlsbuch-Nr.
(Bei Beantragung bitte angeben)

Mit Postzustellungsurkunde!

Frau
Helene Tarnowski
in Radebeul 2
Blücherstraße Nr. 31

Betr.: Erwerb des Grundstückes Blücherstraße 19 in Radebeul 2,
eingetragen im Grundbuch von Kötzschenbroda Bd.16 Bl.1121.

Auf Grund des Artikel III § 3 Absatz 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 18. Januar 1940 (RGBl. I S. 188) weise ich Ihre Beschwerde vom 23. Juni 1940 gegen die Entscheidung des Herrn Oberbürgermeisters in Radebeul vom 17. Juni 1940 - 301/03/X1/3 - zurück.

G r ü n d e:

Die Erteilung einer Genehmigung zum Erwerb des obengenannten Grundstückes ist nicht angängig, da Sie zur Zeit noch mit einem Volljuden verheiratet sind und es grundsätzlich geboten ist, einen etwaigen Einfluß Ihres jüdischen Ehemannes im Falle des Besitzerwerbes des Grundstückes durch Sie darauf auszu-schalten.

Im Auftrage:



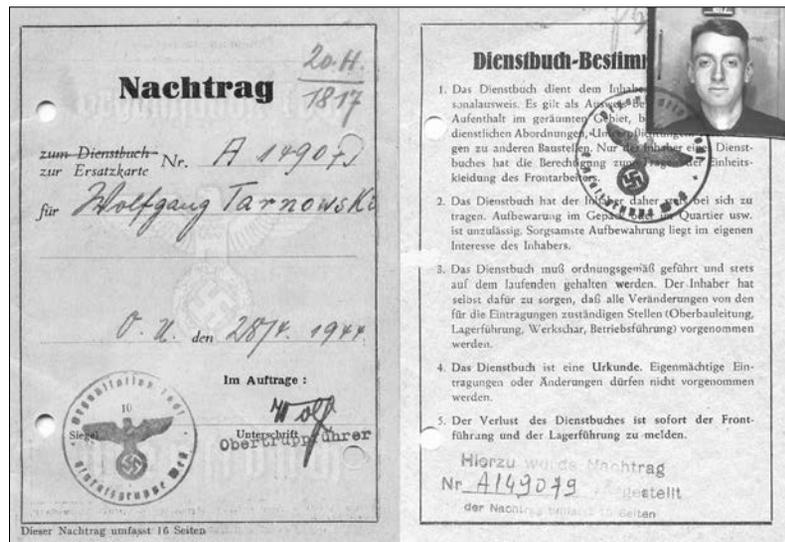


Dresden R 1, am 15. Juli 1940
König-Johann-Straße 23
(Postfach)

geschäft der Frau Goldbach (Rothenburger Straße 1) ab, einer Freundin meiner Mutter. Von dort wurden sie dann geholt. Als mein Vater erkrankte, hatte sie große Mühe, ihn im Stadt-krankenhaus Löbtauer Straße unterzubringen. Dort verstarb er am 11. Dezember 1940. Am Tag nach der Beisetzung traf mein Bruder aus Belgien ein zur Entlassung aus der Wehrmacht. Natürlich reagierten wir sensibel auf die Geschehnisse um uns. Die Einführung des Judensterns im September 1941 war ein Schock. Die jüdische Familie Freund musste den Judenstern tragen. Wenn meine Mutter oder Großmutter mich mit Obst, frischen Eiern oder anderen Lebensmitteln zu ihrer Wohnung schickten, war ich froh, wenn ich sie unbemerkt abgeben konnte. Sonst nutzten wir den Umstand, dass der Garten meines Onkels an den im Hintergelände liegenden schmalen Gartenstreifen grenzte, der zur Wohnung der Familie Freund gehörte. Im Juli 1942 verschwand die Familie Freund plötzlich aus Radebeul. Ähnlich erging es auch meinem Berliner Cousin Hans-Ludwig Tarnowski, der mit seiner Frau Lucie nach Paris emigriert war. Von ihnen erhielten wir noch eine kurze Mitteilung aus einem französischen Zwischenlager, in dem sie sich mit ihrem Kleinkind befanden. Dann brach jegliche Verbindung ab. Es überstieg unsere damaligen Vorstellungen, dass sie alle ermordet werden sollten. Meine Tante Antonie, die mit Dr. jur. Oscar Herzfeld, einem jü-

dischen Rechtsanwalt, verheiratet war und in Berlin lebte – ihr Sohn war bereits nach England emigriert –, hatte dagegen das Glück, dass sie noch im Mai 1941 über die Sowjetunion ausreisen konnten, wenn auch nur nach Shanghai, dem letzten offenen Fluchtort. Aus dem „vorläufigen“ Zwischenaufenthalt wurden jedoch fast sieben Jahre. Erst im März 1948 gelangten sie mit dem Schiff zu ihrem Zielort Kalifornien.

In dieser Zeit 1942 war es auch, als ich einen großen Korb Obst in ein jüdisches Altersheim in Berlin, Schönhauser Allee, bringen wollte, in dem eine kurz vorher verstorbene Tante zuletzt gewohnt hatte. Ein Posten hielt mich auf und sagte zu mir, hier gebe es kein Altersheim. Da ich aber von meinem Vorhaben nicht Abstand nehmen wollte, vertrieb er mich mit Erheben seines Gewehrkolbens. Erst später verstand ich sein Verhalten. Der Posten stand da, weil die Insassen des Heims gerade abtransportiert wurden. Hätte er mich durchgelassen, hätte ich diesen Weg viel-



leicht mitgehen müssen. Davor wollte er mich bewahren.

Immun gegen das „Dritte Reich“, erschütterte uns die Vollstreckung eines Todesurteils gegen einen Radebeuler, dessen Töchter mit uns zur Schule gegangen waren, und die Zuchthausstrafe gegen ihre Mutter sowie andere Gefängnisstrafen wegen unbedachter Äußerungen anders und stärker. Wir wussten nicht, was mit uns geschehen würde, nahmen aber an, dass es zu einer Lösung kommen würde. Von der Wehrmacht wurde ich mit dem Vermerk „n.z.V“ (nicht zu verwenden) am 17. Oktober 1940 ausgemustert, mein Bruder wenige Wochen danach im Dezember aus ihr entlassen. Die ersten Schulkameraden fielen, wir dagegen hofften auf die Kriegsniederlage. Heimlich hörten wir die „Feindsender“, trotz Kenntnis der Androhung der Todesstrafe. Da ich früh als erster im Betrieb sein musste, um im Büro zu heizen, nutzte ich diese Gelegenheit, weil ich mich dort um diese Zeit sicher fühlte.

Nachdem die Entscheidung gefallen war, Mischlinge und jüdisch Versippte zu Arbeitsbataillonen der Organisation Todt (OT) dienstzuverpflichten, kam es ab April 1944 zum gemeinsamen Einsatz Wehrunwürdiger, Mischlinge 1. Grades, jüdisch Versippter und Zigeuner in Nordfrankreich (OT Aktion B Haase). Am 26. April 1944 musste ich mich auf dem Neustädter Bahnhof stellen. Dort wurden wir von baltischen SS-Leuten empfangen und unter Bewachung abtransportiert. In der Pariser Mortier-Kaserne wur-

den wir in Hundertschaften eingeteilt (Bild). Weshalb dort der verantwortliche SS-Obersturmbannführer Müller unsere 20. Hundertschaft nur bis zu einem Alter von 27 Jahren aufstellen ließ, haben wir nicht erfahren. Dadurch waren wir in unserer Hundertschaft bis auf einen „Zigeuner“ alles Halbjuden. Als Bekleidung bekamen wir lediglich einen so genannten Sackdrillich-Arbeitsanzug und Holzzweischnaller (Arbeitsschuhe mit Holzsohle).

Unser Standort war Mantes. Dort und in der Normandie waren wir eingesetzt, zerstörte Gleisanlagen instand zu setzen. Das Essen war ausreichend, geschlagen wurden wir nicht. Die Wachmannschaft bestand aus älteren OT-Leuten, fast ausschließlich Arbeiter, die kaum Zweifel hatten, dass der Krieg verloren war, und nur heil nach Hause kommen wollten.

Die Arbeitsbedingungen waren hart, die Arbeitszeit betrug in der Regel 60 Stunden pro Woche zuzüglich An- und Abmarsch zum Einsatzort, im Notfall gab es aber auch Arbeitseinsätze von bis zu 26 Stunden am Stück.



Arbeitskommando in Frankreich, links W. Tarnowski

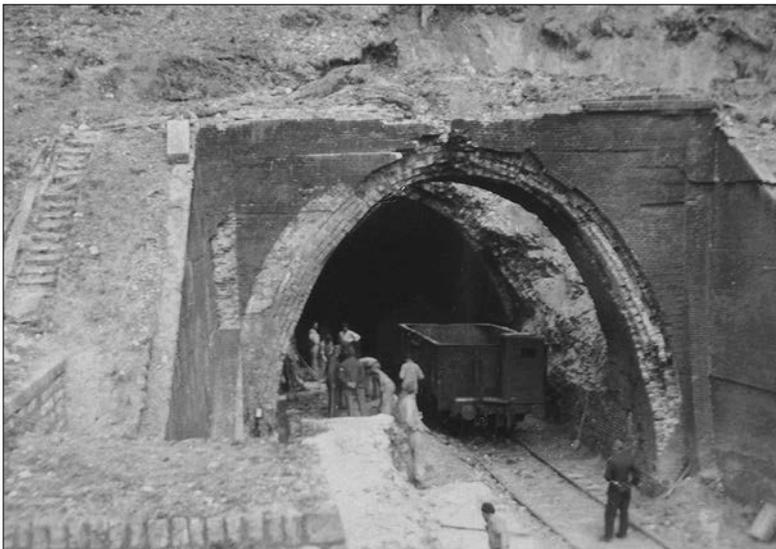
Wir erhielten auch Lohnabrechnungen. Das Geld, das nach Hause überwiesen werden sollte, ist aber nie angekommen. Rücksicht auf Gefährdungen wurde nicht genommen, sei es beim Abkoppeln und Entladen eines brennenden Munitionszuges oder bei Arbeiten neben Bomben, ungewiss ob sie Zeitzünder hatten oder Blindgänger waren. Wenn Flugzeuge auftauchten, durften wir uns erst von der Arbeitsstelle entfernen, wenn diese als feindliche erkannt waren. Dann war es aber zu spät. Vielfach wurde Jagd auf uns gemacht, weil man uns für Pioniere hielt. Erkannte man uns als bewachte Häftlinge, wurde das Feuer eingestellt. Nachdem Wachposten in ihren braunen Uniformen herausgeschossen worden waren, zogen sie Binden über ihr Hakenkreuz am Ärmel und begaben sich möglichst in sichere Entfernung. Für mich war es ein erhebendes Gefühl, als ich einmal hinter einem Gebüsch lag, sicher von oben deutlich in meinem weißen Drillhosenzeug

zu erkennen, und der Flieger das Feuer einstellte, im Tiefflug auf mich zukam und mir zuwinkte.

Die Rücksichtnahme hatte aber ihre Grenzen bei militärisch erforderlichen Operationen. Durch unsere Kontakte zum französischen Widerstand waren wir gewarnt worden, dass unser Quartier bombardiert werden sollte, mussten es aber geheim halten. Der angekündigte Angriff verschob sich. Wir hofften schon, es sei eine Falschinformation gewesen. Aber er kam dann doch. Ich hatte Nachtschicht gehabt und lag dadurch im Quartier, als die Flugzeuge einen „Bombenteppich“ legten. Ich konnte nur noch rasch in den Gemüsekeller springen und hatte wieder Glück. Die Bombe wenige Meter vor uns explodierte nicht. Die anderen Kameraden, die in einer Grotte Schutz gesucht hatten, waren mitsamt dem französischen Küchenpersonal durch Volltreffer völlig zerfetzt worden. Wir mussten abziehen und gerieten nach dem Frontdurchbruch der rasch vorrückenden

alliierten Streitkräfte in die Turbulenzen des schon fluchtartigen militärischen Rückzuges. Eingesetzt zu unsinnig gewordenen Arbeiten wie der Errichtung von Straßensperren, wurde uns von Franzosen Fluchthilfe angeboten.

Von Anfang an war uns aber eindeutig von der Einsatzleitung gesagt worden, dass man sich bei einer Flucht an unsere Angehörigen halten würde, bei mir also meine Mutter. Mein Bruder Joachim lebte auch noch in Radebeul. (Als er zum Transport kom-



men sollte, hatte er eine schwere Nierenkolik. Ob er aus Versehen auf der Krankenliste verblieb oder jemand absichtlich es dabei beließ, wir wissen es nicht. Es blieb bei seiner Zwangsverpflichtung in einem Dresdner Rüstungsbetrieb, er erhielt keine erneute Aufforderung.) Ich musste also eine Gelegenheit abwarten, wo mein Schicksal ungewiss blieb. Die bot sich am 24. August 1944 in einem Pariser Außenbezirk. In den chaotischen Verhältnissen waren bei einem Nachkommando unsere Namen nicht festgehalten worden. Das nutzte ich zur unbemerkten Flucht. Nach einigen Tagen bei der französischen Resistance wurde ich schließlich interniert.

Meine Mutter holte in den letzten Kriegstagen aus einem durch Radebeul ziehenden Zug von Häftlingen einen Jugendlichen heraus, der mit seinen Kräften fast am Ende war. Sie pflegte ihn gesund und hoffte, mir würde auch geholfen. Leider war die Zeit der Internierung in Frankreich nicht erfreulich und die Rückkehr in die sowjetisch besetzte Zone nicht einfach. Das gehört aber zu einem anderen Kapitel meiner Erlebnisse. So war ich erst Ende Juni 1946 wieder in Radebeul.

Dass selbst längst verstorbene „Halbjuden“ im Radebeul der NS-Zeit zum Politikum werden konnten, belegt eine Episode aus dem Jahr 1942, die der Karl-May-Forscher Hans-Dieter Steinmetz ausführlich dokumentiert hat.¹⁰⁵ Im Rahmen der Feierlichkeiten aus Anlass des 100. Geburtstages von Karl May am 25. Februar 1942 hatte der Radebeuler NS-Oberbürgermeister Heinrich Severit auch eine Ehrung an dessen

Grabmal vorgesehen und dazu zahlreiche Gäste aus Staat und Partei eingeladen. Etwa zwei Wochen vor der Feier erhielt Severit jedoch von einem eifrigen Nationalsozialisten „aus der Einwohnerschaft“ einen Hinweis darauf, dass in Mays Mausoleum auf dem Friedhof in Radebeul-Serkowitz neben dem Schriftsteller auch der „Halbjude Kaufmann Plöhn“ beigesetzt sei. In der Tat war die Grabstätte ursprünglich für Karl Mays 1901 verstorbenen Freund Richard Plöhn errichtet worden, dessen Witwe Klara Karl May später in zweiter Ehe geheiratet hatte. Richard Plöhns Mutter Henriette geb. Danziger war Jüdin gewesen. 1940 hatte Klara May die Grabinschriften für ihren ersten Ehemann und ihre ebenfalls hier beigesetzte Mutter Wilhelmine Beibler entfernen lassen. Das wurde ihr nun als „Irreführung der Öffentlichkeit, wenn nicht gar arglistige Täuschung“ angekreidet. Um die Feierlichkeiten zu retten, wandte sich Klara May am 16. Februar 1942 an das Kreiskirchenamt: „Da es sich nicht mit den nationalsozialistischen Anschauungen verträgt bitte ich um die Genehmigung meinen ersten Mann Richard Alexander Plöhn, dessen Mutter Jüdin war, aus der mit meinem zweiten Mann Karl May belegten Gruft herausnehmen zu dürfen, da sonst die 100 Jahrfest, die von der Partei veranlaßt werden soll nicht stattfinden könnte, was ich bedauern müßte.“¹⁰⁶ Diese Bitte wurde unter Verweis auf einen Runderlass des Reichsministers des Innern vom 29. Dezember 1941 abgelehnt, dem zufolge Umbettungen wegen der Kriegslage generell nicht genehmigungsfähig wären. Nach Rück-

¹⁰⁵ Hans-Dieter Steinmetz: *Karl Mays Grabmal in Radebeul*. In: *Jahrbuch der Karl-May-Gesellschaft* 1995, S.12–92.

¹⁰⁶ *Ebenda*, S.47.

sprache mit dem Büro von Reichsstatthalter Martin Mutschmann und einer Beratung mit den Ratsherren und Beigeordneten der Stadt Radebeul sagte Oberbürgermeister Severit die Ehrung daraufhin am 19. Februar 1942 „unvorhergesehener Umstände wegen“ ab. In der internen Begründung heißt es: „Ich kann es aber mit meiner nationalsozialistischen Einstellung zum Judenproblem und mit meiner Stellung als Oberbürgermeister der Stadt Radebeul nicht

vereinbaren, eine Ehrung Karl May's an einer Grabstätte durchzuführen, in der sich gleichzeitig noch die Leiche eines Halbjuden befindet. Ebenso wenig kann ich das den übrigen Vertretern von Partei und Staat zumuten.“¹⁰⁷ Der Grund der Absage wurde nicht veröffentlicht, es darf aber bezweifelt werden, dass sich dagegen Protest erhoben hätte. Juden und „jüdische Mischlinge“ – auch tote – waren in Radebeul unerwünscht.¹⁰⁸

¹⁰⁷ *Ebenda*, S.49.

¹⁰⁸ *Für die 77-jährige Klara May, die die Erinnerung an ihre beiden Ehemänner bis zuletzt in Ehren hielt, waren die geschilderten Ereignisse nach eigener Aussage „gänzlich unfassbar“. Sie brach zusammen und erlitt einen Schlaganfall. Trotz des offiziellen Umbettungsverbots erreichte sie durch ihre guten Beziehungen zu Hitlers Halbschwester Angela Hammitzsch und Gauleiter Mutschmann im April 1942 schließlich doch die Genehmigung zur Wiederaushebung und Einäscherung der anstößigen Leichen, deren Überreste daraufhin in Dresden-Tolkewitz anonym beigesetzt wurden.*

7. Die „Arisierung“ Radebeuler Betriebe

Radebeul ist zu Recht stolz auf seine Industrie, der die Gemeinde in den Jahren nach 1870 wesentliche Wachstumsimpulse verdankte. Dass die Erfolgsgeschichte der Radebeuler Industrie auch von Unternehmern, leitenden Mitarbeitern und Wissenschaftlern jüdischen Glaubens mitgestaltet wurde, ist freilich kaum bekannt. Mit der Verdrängung von ihren Leitungsposten¹⁰⁹ und der „Arisierung“ ihrer Betriebe wurden diese Spuren unter der Naziherrschaft verwischt. In Radebeul befanden sich 1933 nach jetzigem Kenntnisstand zwei mittelständische Unternehmen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in jüdischem Eigentum. In diesem Kapitel sollen diese Betriebe kurz vorgestellt und die Umstände ihres Verkaufs, der in beiden Fällen de facto einer Enteignung gleichkam, beleuchtet werden.

7.1. Otto E. Weber GmbH (Meißner Straße 47)

1873 gründete der aus Hoheneck im Erzgebirge stammende Otto Ernst Weber (1840–1914) in Berlin ein kleines Unternehmen für Herstellung und Vertrieb von Feigenkaffee, einer ursprünglich

österreichischen Spezialität aus gerösteten Feigen zur geschmacklichen Verfeinerung des Bohnenkaffees. Die zur Produktion erforderlichen Maschinen hatte Weber selbst entwickelt und durch Patente schützen lassen. 1881 nach Radebeul verlegt, beschäftigte die Fabrik bald mehr als fünfzig Mitarbeiter. Die international preisgekrönten Fabrikate „Weber’s Prima Feigen-Kaffee“ und „Weber’s Carlsbader Kaffeegewürz“ wurden bis in die USA, nach Russland und Südafrika exportiert. Berühmt war auch der von Weber erfundene „Würfel-Thee“, der Ende des 19. Jahrhunderts unter anderem in Größenordnungen von der deutschen Armee bezogen wurde.¹¹⁰

Mit 54 Jahren beabsichtigte Otto Weber sich zur Ruhe zu setzen und suchte einen geeigneten Nachfolger. Diesen fand er während eines Urlaubs im Sommer 1894 in August Gerstle, dem Inhaber eines Augsburger Bank-geschäftes. Zum 1. Januar 1895 wurde die Firma unter Beibehaltung des eingeführten Namens in eine GmbH umgewandelt. Hauptgesellschafter wurden August Gerstle und sein Schwager Friedrich Guggenheim aus Sankt Gallen in der Schweiz, der auch die Geschäftsleitung vor Ort übernahm.¹¹¹ Beide waren Juden.

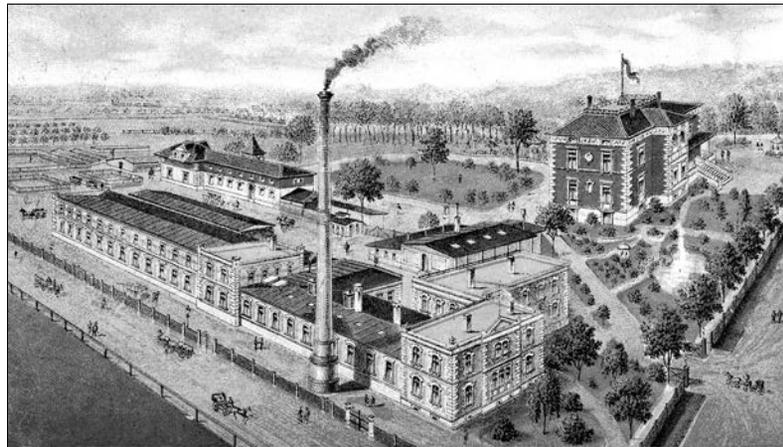
¹⁰⁹ *Das Schicksal von Dr. Richard Feibelmann, Geschäftsführer der Pyrgos GmbH, wurde in Kapitel 4 bereits geschildert.*

¹¹⁰ *Zur Firmengeschichte siehe den Artikel „50 Jahre ‚Webers Carlsbader Kaffeegewürz‘“ im Radebeuler Tageblatt vom 4.7.1923, S.2.*

¹¹¹ *Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Amtsgericht Kötzschenbroda, Handelsregister, Karteinummern 98 u. 114. Das Stammkapital der GmbH wurde auf 500.000 M festgelegt. August Gerstle übernahm 70 % der Anteile, Friedrich Guggenheim 10 %, Otto Weber, der als Teilhaber im Unternehmen blieb, wurden für die Betriebsanlagen 100.000 M angerechnet. Nach August Gerstles Tod wurde seine Witwe Anna Gerstle am 14.1.1903 Hauptgesellschafterin und als Otto Weber 1914 starb Alleingesellschafterin. Nach ihrem Tod am 19.3.1924 wurden ihre Kinder Hans Gerstle und Grete verh. Salzburg alleinige Gesellschafter.*

Friedrich Guggenheim, der seit 1895 in Radebeul wohnte, stellte im September 1902 ein Gesuch um Einbürgerung nach Sachsen. Nach einer vom politischen Antisemitismus geprägten ministeriellen Verordnung aus dem Jahr 1893 durften Juden jedoch nur ausnahmsweise eingebürgert werden.¹¹² Darauf bezog sich die Kreishauptmannschaft Dresden in ihrer ablehnenden Stellungnahme. Der folgte das Ministerium

des Innern und beschied Guggenheim abschlägig. In einer Aktennotiz wurde allerdings festgestellt, dass sich diese Ablehnung auf die Dauer wohl kaum aufrechterhalten lassen würde. Drei Monate später stimmte das Ministerium – entgegen dem wiederum ablehnenden Votum der Kreishauptmannschaft – einem zweiten Gesuch Guggenheims ohne weitere Begründung zu.¹¹³ Ausschlaggebend war vermutlich, dass es sich bei Guggenheim um einen wohlhabenden, angesehenen und steuerkräftigen Bürger aus der Schweiz handelte. Als Osteuropäer hätte er bei der rigiden sächsischen Einwanderungspolitik wohl keine Chance gehabt.



Otto E. Weber, Radebeul - Dresden,
Fabrik von Prima Feigen-Kaffee, Carlsbader Kaffee-Gewürz und Thee-Conserven.

Friedrich Guggenheim (1854–1923) wird als ein Unternehmer von peinlicher Genauigkeit, starkem Rechtlichkeitsempfinden und hohem Ehrgefühl geschildert, der für die Mitarbeiter der Fabrik nach alter Weise väterlich sorgte. Er war auch Mitbegründer des Markenschutzverbandes und bis zu seinem Tod dessen zweiter Vorsitzender.¹¹⁴ In den fast drei Jahrzehnten unter seiner Leitung festigte die Firma ihren Ruf unbedingter Qualitätsproduktion.

Am 3. Juli 1923 starb Friedrich Guggenheim nach kurzer schwerer Krankheit; die Nachrufe in der Lokalpresse zeugen davon, dass er sich in

¹¹² Vgl. Solvejg Höppner: *Politische Reaktionen auf die Einwanderung ausländischer Juden nach Sachsen zwischen 1871 und 1925 auf kommunaler und staatlicher Ebene*. In: Ephraim Carlebach Stiftung und Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Antisemitismus in Sachsen im 19. und 20. Jahrhundert*. Dresden: Verlag dpp goldenbogen 2004, S.123-141, hier S.125.

¹¹³ Ebenda, S. 127.

¹¹⁴ Vgl. *die Abschiedsansprache von Hans Gerstle vor der Belegschaft am 1.1.1937 (Firmenarchiv der Teehaus GmbH Radebeul)*.



Radebeul hohes Ansehen erworben hatte.¹¹⁵ Sein Nachfolger als Geschäftsführer wurde Hans Jakob Gerstle (1884–1942), Sohn des früh verstorbenen August Gerstle und seiner Frau Anna, der zielstrebig auf diese Position vorbereitet worden war. Nach dem Besuch des kgl. Realgymnasiums in Augsburg und einem Studium der Handelswissenschaft, das er im Sommersemester 1906 an der Universität Zürich abschloss, trat Hans Gerstle im Oktober glei-

*Werbung aus den
20er Jahren*



chen Jahres als Lehrling in die Firma ein und wurde 1912 Mitglied der Geschäftsführung. Bei Ausbruch des Krieges 1914 rückte er als Freiwilliger ein und führte später bis November 1918 eine Maschinengewehrkompanie. Hans Gerstle erhielt das Eisene Kreuz I. und II. Klasse. Sein jüngerer Bruder Fritz Isidor Gerstle (1892–1916), Student der Medizin, wurde bei Kriegsausbruch als Sanitätsfeldwebel eingezogen. Er meldete sich nach kurzer Zeit freiwillig zu den Fliegern und kam am 14. September 1916 als Fliegerleutnant bei einem Luftkampf in Nordfrankreich ums Leben.

Obwohl Hans Gerstle die Geschäftsführung in der schwierigen Inflationszeit übernahm, gelang es ihm, an die erfolgreiche Unternehmenstradition anzuknüpfen. Unter seiner Leitung wurde der Betrieb bedeutend erweitert und modernisiert, wobei ihm die Schaffung gesunder Arbeitsbedingungen und die Umsetzung vorbildlicher sozialer Standards besonders am Herzen lag. Neue Maschinen eigener Konstruktion wurden beschafft und die Arbeitsprozesse völlig verändert. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich auf etwa 160; sie

¹¹⁵ „Der Verstorbene genöß nicht nur im Rahmen seines Arbeitsfeldes uneingeschränkte Wertschätzung, sondern erfreute sich in weiten Kreisen der Löbnitz durch sein vornehmes, zurückhaltendes und dabei doch gütiges und menschlich-verstehendes Wesen aufrichtigen Vertrauens und hohen Ansehens. Das Ansehen des Verewigten wird bei allen, die ihn kannten, in Ehren bleiben.“ (Aus dem redaktionellen Nachruf im Radebeuler Tageblatt vom 5.7.1923, S.2.)



Kontorraum der Otto E. Weber GmbH, um 1932

erhielten Weihnachtsgratifikationen, konnten in unverschuldeten Notlagen auf Hilfe von der Geschäftsleitung rechnen und anderes mehr. Nach dem Tod der Mutter wurden Hans Gerstle und seine Schwester Emilie Grete, die mit dem jüdischen Dresdner Rechtsanwalt Dr. Friedrich Salzburg verheiratet war, Alleingesellschafter des Familienbetriebs. Mit der Machtübernahme Hitlers begann der antisemitische Terror. Das erfuhren die Firmeninhaber schon am 25. März 1933, als die Dresdner Villa Tiergartenstraße 50, in der die Familien Gerstle und Dr. Salzburg ge-

meinsam wohnten, im Morgengrauen von einem Großaufgebot der regulären Polizei durchsucht und ein Sohn der Familie Salzburg wegen angeblicher kommunistischer Umtriebe für zehn Tage verhaftet wurde.¹¹⁶ Die anfängliche Hoffnung, diese Zeit unbeschadet überstehen zu können, schwand zusehends, und der Druck der Nazis wurde immer größer. Schließlich wurde die Firma Otto E. Weber auch durch die antisemitische Hetzzeitung „Der Stürmer“

angegriffen, die regelmäßig Listen von jüdischen Firmen veröffentlichte, darunter auch die Firma

Der Stürmer

Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit
HERAUSGEBEN VON JULIUS STRICHNER

46
Mittheilung, im November 1937
15. Jahrgang 1937

Der Bucherer

Der Jude brachte das Verbrechen des Bucherers in die Welt

Sinnlosigkeit - Judenbererschaft

Der Jude brachte das Verbrechen des Bucherers in die Welt. Sinnlosigkeit - Judenbererschaft. Der Jude brachte das Verbrechen des Bucherers in die Welt. Sinnlosigkeit - Judenbererschaft. Der Jude brachte das Verbrechen des Bucherers in die Welt. Sinnlosigkeit - Judenbererschaft.

Der Jude brachte das Verbrechen des Bucherers in die Welt. Sinnlosigkeit - Judenbererschaft. Der Jude brachte das Verbrechen des Bucherers in die Welt. Sinnlosigkeit - Judenbererschaft. Der Jude brachte das Verbrechen des Bucherers in die Welt. Sinnlosigkeit - Judenbererschaft.

Die Juden sind unser Unglück!

Jüdische Firmen

Auf Anfragen aus allen Ecken des Reiches geben wir folgende Auskünfte:

Die Zigarettenmarke „Zurmar“ wird von der Zigarettenfabrik Garbaty in Berlin-Pankow hergestellt. Es handelt sich hier um ein jüdisches Unternehmen.

Der Inhaber der Firma Walter Heine in der Weferstraße 41 zu Wefermünde-Balsch. ist ein Volljude. Er versucht in letzter Zeit Geschäfte mit den Luftschiffbauwarten zu machen.

Jüdisch ist auch die Firma Schaal & Co. in der Neuen Schweidnitzerstraße 11 zu Breslau 5.

Auch die Weberei Schallig in Breslau ist jüdisch. Geschäftsführer sind die Juden Eydus und Dr. Erich Schallig.

Die Firma Stadtmühle Stein in Suben ist ein rein jüdisches Unternehmen.

Auch die Firma Otto E. Weber in Rabenstein ist jüdisch.

Jüdisch ist ebenfalls die Sächsisch-Papierindustrie, Freiberg I. Dr. J. Werkheimer in der Wilhelmstraße 15.

¹¹⁶ Vgl. Salzburg: *Mein Leben in Dresden vor und nach dem 30. Januar 1933*. Dresden 2001, S.49-53.

Otto E. Weber in Radebeul, und jeglichen Kontakt zu Juden, auch durch Geschäftsbeziehungen, als „undeutsch“ und verwerflich anprangerte.

Die Eigentümerfamilien erkannten, dass sie den Betrieb unter ihrer Regie und auch als Eigentümer nicht mehr lange führen können. Ende 1935 entschlossen sie sich zur Emigration. Hans Gerstle lag das Gedeihen seines Betriebes am Herzen. Bei seinen Bemühungen um einen Verkauf des Unternehmens war es ihm wichtig, dass die Angestellten und Arbeiter ihre Beschäftigung behielten und gute Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung der Firma gegeben waren. Deshalb zogen sich die Verhandlungen über zwei Jahre hin.

In seiner Abschiedsansprache am 1. November 1937 an „meine lieben Mitarbeiter und Arbeitskameraden“ führte er u. a. aus:

„Nunmehr scheint mir der Augenblick gekommen, meinem Lebenswerk, dem ich bisher mein ganzes Denken und Können, meine ganze Kraft gewidmet habe, ein letztes Opfer zu bringen. Die Schwierigkeiten der letzten Zeit, die Sie, meine lieben Mitarbeiter, alle mehr oder weniger gespürt und mir nach Kräften tragen geholfen haben, sollen aus dem Wege geräumt werden. Ich trete hiermit von der Leitung des Unternehmens zurück und bringe damit für mich selbst das schwerste Opfer, wie Sie nach allem, was ich vorausgeschickt habe, verstehen werden [...] Ich gehe von Euch aufrecht, wie ich neben Euch und mit Euch gewirkt habe, und ich will in Eurer Erinnerung so fortleben, wie Ihr mich immer gekannt habt.“

Abschließend legte er noch dar:

„Ich habe mir, wie Sie wissen, in den letzten Jahren das Recht vorbehalten, für die Werksangehörigen in allen Fällen persönlicher unverschuldeter Notlage helfend einzugreifen. Ich möchte diese mir lieb gewordene Aufgabe nicht beendet sehen, ohne die Genugtuung, Ihnen von der zukünftigen Leitung der Firma die Zusicherung erwirkt zu haben, daß ein Hilfsfonds für soziale Notlagen geschaffen wird, der mit einem Betrag von 10.000 RM dotiert werden soll, neben einem weiteren Betrag von 1.000 RM, den die Firma der Stadt Radebeul zu Weihnachten zwecks Linderung der allgemeinen Not zur Verfügung stellt.“¹¹⁷

Am 2. November 1937 wurde von den Gesellschaftern der Dresdner Kaufmann Johannes Wilhelm Löhr zum alleinvertretungsbevollmächtigten Geschäftsführer bestellt. Löhr hatte ein Drittel der weit unter dem Vermögenswert der Firma liegenden Gesellschaftsanteile erworben, zwei Drittel waren von der Kathreiner GmbH Berlin übernommen worden. Im Handelsregister des Amtsgerichts Radebeul ist mit Datum vom 20. November 1937 vermerkt, dass Hans Gerstle sein Amt als Geschäftsführer niederlegt und mit sofortiger Wirkung aus der Firma ausscheide, unter Verzicht auf alle bisherigen und künftigen Rechte aus dem Anstellungsvertrag bzw. aus dem Dienstverhältnis. Gerstles Neffe, der Prokuraist Adolph Salzburg, erklärte, dass er aus den Diensten der Firma ausscheide und die ihm erteilte Prokura als erloschen betrachte. Drei Tage später bittet Wilhelm Löhr beim Amtsgericht um

¹¹⁷ Abschiedsansprache Hans Gerstle (Firmenarchiv der Teehaus GmbH Radebeul).

eine beschleunigte Erledigung der Löschanträge, damit die dauernden Angriffe des „Stürmers“ ein Ende nehmen.

Am 31. Dezember 1937 verließen die Familien Gerstle und Dr. Salzburg Deutschland. Hans Gerstle verstarb 1942 in London, die Familie seiner Schwester übersiedelte nach Kalifornien/USA. Beide Familien waren durch die seit 1933 geschaffenen Gesetze fast um ihr ganzes Vermögen gebracht worden. Da die deutschen Finanzbehörden den direkten Zugriff aber nur auf ihr in Deutschland befindliches Vermögen hatten, wurde die Genehmigung ihrer Ausreise davon abhängig gemacht, dass sie vorher auch 150.000 sfr aus dem Wert ihrer Beteiligung an einer schweizerischen Aktiengesellschaft ersatzlos an die Reichsbank ablieferten. Frau Gerstle musste zusätzlich noch für ihre Lebensversicherung in der Schweiz 25.000 RM an die Goldkontbank Berlin abführen.¹¹⁸ – Eine staatliche Erpressung nach dem Motto Geld oder Leben.

Geben wir das Schlusswort Dr. Friedrich Salzburg. Er schreibt in seinem 1940 im amerikanischen Exil verfassten Lebensbericht:

„Meine Frau und ich stammen beide aus Familien, die viele hunderte von Jahren schon in Deutschland ansässig sind. Wir alle haben unsere Pflichten gegenüber dem Vaterland freudigen Herzens erfüllt. Beide Brüder meiner Frau haben am Weltkrieg als Offiziere an der Front teilgenommen; der eine da-

von ist als Fliegerleutnant fürs Vaterland gefallen. Ich habe mich bei Kriegsausbruch als Vierzigjähriger freiwillig an die Front gemeldet. Ich habe mich auch sonst der Allgemeinheit der Stadt Dresden und meinen Standesgenossen weitgehend zur Verfügung gestellt und ihr höchstes Vertrauen genossen [...] und der Dank des Vaterlandes, den ich ja an sich niemals verlangt hätte, für all das ist, daß ich als 65 jähriger Mann zur Auswanderung gezwungen, gleichfalls herausgejagt worden bin und daß ich dabei um 95 % meines Vermögens gebracht worden bin.

Immerhin muß ich im Verhältnis zu anderen dem Schicksal noch dankbar sein, nachdem ich mit meiner Familie [...] eine neue Heimat gefunden habe.“¹¹⁹

7.2. Haubold & Richter GmbH (Fabrik- bzw. Kolbestraße 2/4)

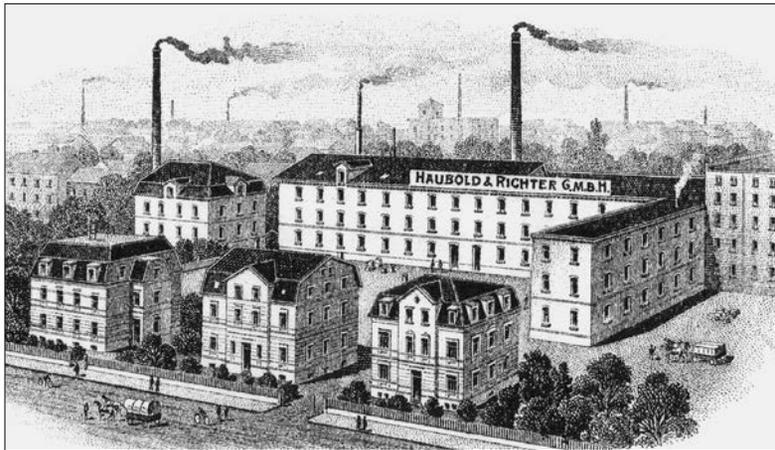
Die seit 1907 in Radebeul, damals Fabrikstraße 2, ansässige Waffelfabrik Haubold & Richter war auf Herstellung und Vertrieb von Waffeln und anderen Feinbackwaren wie Lebkuchen und Zwieback spezialisiert. Mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Mai 1909 wurde die Firma in eine GmbH umgewandelt. Gesellschafter wurden William Abraham und die bisherige Eigentümerin Auguste Klara Richter, die ihren Anteil wenig später an Abraham verkaufte.¹²⁰ Am 9. Juni 1910 trat der

¹¹⁸ Vgl. Salzburg: *Mein Leben in Dresden vor und nach dem 30. Januar 1933*. Dresden 2001, S. 88f.

¹¹⁹ *Ebenda*.

¹²⁰ Diese und die nachfolgenden Angaben zur Haubold & Richter GmbH sind dem Handelsregister des Amtsgerichts Radebeul im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden (Signatur 11088, Amtsgericht Radebeul Nr. 57) entnommen.

Kaufmann Wilhelm Sondhelm aus Radebeul als geschäftsführender Gesellschafter in das Unternehmen ein. Mit dem Rückzug von Abraham übernahm er den Betrieb 1917 ganz und gab ein Jahr später einen kleineren Gesellschaftsanteil an seinen Bruder Albert Sondhelm ab, der ebenfalls Geschäftsführer wurde.¹²¹ Wilhelm Sondhelm war Direktor des Betriebes. Zur Geschäftsleitung gehörten neben den Brüdern Sondhelm noch die Kaufleute Arthur Berger und Theodor Werthei-



Haubold & Richter GmbH, Fabrikansicht um 1910

mer, der auch als Prokurist fungierte. Bis Ende der 20er Jahre wuchs die mehrfach erweiterte Fabrik, deren Erzeugnisse unter den Marken „Kornblume“, „Victoria“ und „Nordland“ vertrieben wurden, zu einem beachtlichen Unternehmen mit fast hundert Beschäftigten an.

Bereits in den ersten Wochen der „nationalsozialistischen Revolution“ gerieten die Gebrüder Sondhelm als jüdische Inhaber der Firma unter

Druck. NSDAP-Mitglied Friedrich (Fritz) Karl Riesch aus Dresden, der für die Waffelfabrik als Handelsvertreter für Bayern und Ostsachsen tätig war, bedrängte die Eigentümer, ihm die Geschäftsführung zu übertragen, was diese jedoch ablehnten. Offensichtlich gegen den Willen der Brüder Sondhelm erreichte es Riesch, dem gute Beziehungen zum Gauleiter der NSDAP und späteren Ministerpräsidenten Martin Mutschmann und seinen Kreisen nachgesagt wurden, aber

doch, dass er am 6. Mai 1933 ohne Rechtsgrundlage als Prokurist eingesetzt und als solcher im Handelsregister eingetragen wurde. Wilhelm Sondhelm zog die Konsequenz und beendete am gleichen Tag seine Vertretungsbefugnis. Er gab sich keiner Illusionen hin und emigrierte kurz danach mit seiner Familie nach Amsterdam. Wenig später, am 21. August 1933, legte auch Albert Sondhelm seine Tätigkeit als Geschäftsführer nie-

der. Geschäftsführer waren inzwischen Arthur Berger und Rudolf Birkner aus Radebeul. Die eingetragene Vollmacht von Theodor Wertheimer als Prokurist wurde im Handelsregister gelöscht.

Riesch säuberte den Betrieb im nazistischen Sinne. Zumeist lief er in seiner Uniform als Standartenführer des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) Meißen herum, führte den Hitler-

¹²¹ Ab 1924 hielt Wilhelm Sondhelm konstant zwei Drittel und sein Bruder Albert ein Drittel der Gesellschafteranteile.

gruß ein und erhielt das Gaudiplom für vorbildliche nationalsozialistische Führung des Betriebes.

Die Brüder Sondhelm waren zwar als Geschäftsführer ausgeschieden, aber Gesellschafter und alleinige Eigentümer der Firma Haubold & Richter geblieben. Am 15. Dezember 1939 erteilte Wilhelm Sondhelm vor einem Notar in Amsterdam seinem Bruder, der 1938 mit seiner Frau nach Haifa/Palästina auswandern konnte, eine General-Handelsvollmacht. Aber die „Arisierung“ der Firma war nicht aufzuhalten und in Deutschland zu dieser Zeit bereits vollzogen. Mit der „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ vom 3. Dezember 1938 wurde die „Rechtsgrundlage“ für die zwangsweise „Arisierung“ jüdischer Unternehmen geschaffen. Riesch sah sich seinem Ziel nahe, Eigentümer des Betriebes zu werden. Dem Amtsgericht Dresden wurde in einem Schreiben der Firma Haubold & Richter vom 11. Januar 1939 mitgeteilt: „Unsere Firma gilt noch als jüdisches Unternehmen, doch ist die Arisierung schon soweit fortgeschritten, dass die Genehmigung zum Abschluß

des darauf Bezug nehmenden Vertrages noch im Laufe dieses Monats erwartet werden kann.“

Am 31. Mai 1939 setzte der Regierungspräsident in Dresden den Kaufmann Walter Schlossarek als



HAUBOLD & RICHTER G.M.B.H.

WAFFELFABRIK IM GROSSBETRIEB

RADEBEUL-DRESDEN, den 11. Januar 1939.
FERNRUF DRESDEN NR. 72746
 H./W.

EINGEGANGEN
 12 JAN 1939
 AMTSGERICHT RADEBEUL

Am 11. 1. 39
 an das
 Amtsgericht,
 mit 16. 1. 39
 mit Genehmigung für *[Signature]* Radebeul.

Betr: H.R.Bl. 14 B

Den Geschäftsführern unserer Firma, den Herren
 Kaufmann Paul Arthur Berger, Radebeul 1, Lessingstr. 7
 u. Kaufmann Kurt Rudolf Birkner, Radebeul 1, Kolbeinstr. 2/4
 ist die Ausfertigung des Beschlusses des Amtsgerichts Radebeul vom
 20. Dezember 1938 zugestellt worden.

Wir bitten Sie, gleichzeitig auch namens der vorgenannten beiden Geschäftsführer, die erforderliche Änderung der Prokuren-Eintragung des Friedrich Karl Riesch, Dresden-N., Tieckstr. 1 bis 15. Februar 1939 zurückstellen zu wollen. Unsere Firma gilt noch als jüdisches Unternehmen, doch ist die Arisierung schon soweit fortgeschritten, dass die Genehmigung zum Abschluss des darauf Bezug habenden Vertrages noch im Laufe dieses Monats erwartet werden kann. Als bald nach erfolgter Arisierung soll das Unternehmen umgewandelt werden (es ist eine o.H.G. in Aussicht genommen) und bei dieser Gelegenheit werden auch die Befugnisse zur Vertretung der Firma neu geregelt, bzw. in Ordnung gebracht.

Wir hoffen, dass unserem Antrag mit Rücksicht auf die oben geschilderten Tatsachen Rechnung getragen werden kann und zeichnen

mit deutschem Gruss
 Haubold & Richter G.M.B.H.
[Signature]

Am 16. 1. 39
empfangen mit obigen
Empfangs.
[Signature]

Treuhänder zur Veräußerung oder Abwicklung der Firma ein. Mit Schreiben vom 1. Juni 1939 teilte Geschäftsführer Riesch dem Amtsgericht Radebeul mit, „Gegenwärtig sind noch immer die beiden Juden Wilhelm und Albert Sondhelm die Besitzer der GmbH Anteile.“ Aber die Arisierung laufe und werde in Kürze abgeschlossen sein. Die Verhandlungen zogen sich hin. Am 9. Oktober 1939 erwarb Friedrich Riesch schließlich für 80.000 RM die Gesellschafteranteile der Gebrüder Sondhelm und wurde damit alleiniger Eigentümer der Firma Haubold & Richter. Der Kaufpreis, der nur etwa einem Drittel des tatsächlichen Vermögenswertes des Unternehmens entsprach,¹²² war auf ein Sperrkonto einer Devisenbank abzuführen. Die Brüder Sondhelm hatten zu diesem Geld keinen Zugang. Vom Arisierungs-

gewinn wollte der NS-Staat aber auch etwas abhaben; laut Kaufvertrag hatte Riesch 7.000 RM an das Reich abzuführen. Dass dieser Anteil so relativ glimpflich ausfiel, ist wohl auf Rieschs NS-Funktion zurückzuführen.

Wilhelm und Albert Sondhelm büßten dagegen ihr gesamtes zurückgelassenes Vermögen ein. Nach der „Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 25. November 1941 verloren sie als im Ausland lebende Juden ihre deutsche Staatsangehörigkeit. Mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit verfiel ihr Vermögen dem Reich.

Wilhelm Sondhelm konnte mit seiner Familie noch rechtzeitig vor dem Einmarsch der deutschen Truppen im Mai 1940 die Niederlande verlassen und in die USA einreisen.

¹²² Vgl. die Stellungnahme des ehemaligen Geschäftsführers Arthur Berger vom 5.12.1947, Stadtarchiv Radebeul, DDR 742.

8. Anhang

8.1. Anlagen

A Bericht des Oberfinanzpräsidenten Dresden vom 24. Juli 1941 an den Herrn Reichwirtschaftsminister in Berlin¹²³ (Auszug)

„[...] am 13. und 14.1. wurden unter Einsatz von 14 Kontrollgruppen zu je 3 bzw. 2 Mann (insgesamt 35 Mann) bei einer Beteiligung von 21 Beamten der Geheimen Staatspolizei und der Kriminalpolizei, 8 Beamten der Zollfahndungsstelle und 6 Devisenprüfern rund 150 Haushalte in Dresden daraufhin kontrolliert, ob sie die in den gegen sie erlassenen Sicherungsanordnungen enthaltenen Bestimmungen einhalten, insbesondere ob sie über den ihnen bewilligten Freibetrag hinaus Barmittel im Besitz haben. Eine gleiche Aktion fand in denselben Tagen vereinbarungsgemäß in Leipzig und Chemnitz statt.

Der Einsatz erfolgte schlagartig nach eingehender Unterrichtung der Kontrollgruppen durch den Berichterstatter. Bei diesem Einsatz wurden in 20 Fällen rund RM 11.700,- beschlagnahmt. Überdies wurden in einigen Fällen ablieferungspflichtige Schmuckstücke sowie Silbersachen sichergestellt. Auch Hamsterwaren wurden vorgefunden.

Der Einsatz vollzog sich im allgemeinen reibungslos. Er musste sich infolge der nur in verhältnismäßig geringer Zahl zur Verfügung stehenden Beamten und Angestellten auf eine

durch den Berichterstatter und einen Beamten der Geheimen Staatspolizei gemeinsam getroffene Auswahl von jüdischen Haushalten beschränken. Diese Auswahl wurde insbesondere nach der Höhe der Freibeträge getroffen. In einem Falle, in dem in einem RM 3.700,- beschlagnahmt wurden, war das Geld in Schuhkartons, Bücherregalen usw. raffiniert versteckt [...] Durch Vergleichung des bei der Devisenstelle vorhandenen Materials mit der bei der Geheimen Staatspolizei aufgestellten Judenkartei wurde weiter festgestellt, daß etwa 120 Juden die Änderung ihrer Anschrift der Devisenstelle nicht angezeigt hatten.

Die Höhe der zugebilligten Freibeträge wurde auf Grund der bei den Ermittlungen gesammelten Erfahrungen überprüft und in vielen Fällen erheblich herabgesetzt [...]

In 15 Verfahren wurden insgesamt RM 25.000,- an Geldstrafen ausgeworfen und rund RM 7.500,- eingezogen. In einer Reihe kleinerer Verfahren wegen Nichtanzeige der Wohnungsänderung wurden insgesamt rund RM 1000,- an Geldstrafen ausgeworfen. Der größte Teil derjenigen Fälle, in denen die Wohnungsänderung nicht angezeigt worden war, wurde durch Hinweise auf die gesetzlichen Bestimmungen und den Inhalt der Sicherungsanordnung oder durch Verwarnungen erledigt.

Trotz der vielleicht zahlenmäßig gering erscheinenden Ausbeute dieser Aktion kann berichtet werden, dass der allgemeine Erfolg, also nicht

¹²³ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Signatur 11177, Oberfinanzpräsident Dresden Nr. 270.

nur der devisastraftrechtliche, gezeigt hat, dass die Ermittlungen angebracht und auch zweckdienlich gewesen sind. Auch in Dresden befließen sich die von der Aktion erfassten und nicht erfassten Juden seit dieser Zeit genauerer Angaben.

Ich habe mir vorbehalten, auch die in meinem Bezirk außerhalb der Stadt Dresden wohnhaften Juden, gegen die ich Sicherungsanordnungen erlassen habe, noch in gleicher Weise zu kontrollieren.“

B „Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 25. November 1941 ¹²⁴ (Auszug)

„Auf Grund des § 3 des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (RGBl. I. S. 1146) wird folgendes verordnet:

§ 1

Ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, kann nicht deutscher Staatsangehöriger sein. Der gewöhnliche Aufenthalt im Ausland ist dann gegeben, wenn sich ein Jude im Ausland unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, daß er dort nicht nur vorübergehend verweilt.

§ 2

Ein Jude verliert die deutsche Staatsangehörigkeit
a) wenn er beim Inkrafttreten dieser Verordnung seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, mit dem Inkrafttreten der Verordnung,
b) wenn er seinen gewöhnlichen Aufenthalt später im Ausland nimmt, mit der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland.

§ 3

(1) Das Vermögen des Juden, der die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund dieser Verordnung verliert, verfällt mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich. Dem Reich verfällt ferner das Vermögen der Juden, die bei dem Inkrafttreten dieser Verordnung staatenlos sind und zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben oder nehmen.

(2) Das verfallene Vermögen soll zur Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage im Zusammenhang stehende Zwecke dienen.

§ 4

(1) Personen, deren Vermögen gemäß § 3 dem Reich verfallen ist, können von einem deutschen Staatsangehörigen nichts von Todes wegen erwerben.

(2) Schenkungen von deutschen Staatsangehörigen an Personen, deren Vermögen gemäß § 3 dem Reich verfallen ist, sind verboten. Wer dem Verbot zuwider eine Schenkung vornimmt oder verspricht, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

[...]

§ 10

(1) Versorgungsansprüche von solchen Juden, die gemäß § 2 die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, erlöschen mit dem Ablauf des Monats, in dem der Verlust der Staatsangehörigkeit eintritt.“

¹²⁴ Reichsgesetzblatt Jg. 1941, Teil I, S.722-724.

C Wie viele Juden lebten während der NS-Zeit in Radebeul?

Wegen der Kriegsverluste und der bewussten Vernichtung von Aktenmaterial Anfang 1945¹²⁵ stehen für die Beantwortung der Frage, wie viele Juden während der Zeit des Nationalsozialismus in Radebeul lebten, nur wenige amtliche Quellen zur Verfügung. Statistische Daten liefern die beiden Volkszählungen von 1933 und 1939.

Bei der Volkszählung vom 18. Juni 1933¹²⁶ wurde die Konfessionszugehörigkeit der Bürger erfasst. Danach lebten in der damals noch selbständigen Stadt Kötzschenbroda acht Glaubensjuden (das entspricht 0,04 % der gesamten Einwohnerschaft) und in Radebeul zwölf Glaubensjuden (0,09 %).

Bei der Volkszählung vom 17. Mai 1939, die nach Inkrafttreten der Nürnberger Rassengesetze stattfand, wurden die Erfassten nach „rassischem“ Status differenziert. Auf Ergänzungskarten war dazu die „Rassenzugehörigkeit“ der vier

Großelternteile einzutragen.¹²⁷ Nach der Auswertung der Ergänzungskarten, die allerdings etliche Fehler enthält, lebten zu diesem Zeitpunkt in Radebeul¹²⁸ noch 16 „Volljuden“ (zuzüglich einer 87-jährigen Patientin in der Privatklinik von Dr. Kohlmann) sowie 25 Mischlinge 1. Grades („Halbjuden“) und 14 Mischlinge 2. Grades („Vierteljuden“).¹²⁹

Eine einzige, dafür aber wichtige Unterlage konnte im Radebeuler Stadtarchiv gefunden werden, eine von der Gestapo-Leitstelle Dresden angeforderte Aufstellung der Pass- und Meldepolizei über die nach dem Stand vom 31. Oktober 1941 in Radebeul wohnenden Juden und Polen und deren eventuell bekannten Grundbesitz.¹³⁰ Da sich die Liste in einer Nebenakte zur Landwirtschaft befand, wurde sie bei der Vernichtung diesbezüglicher Unterlagen im April 1945 offensichtlich übersehen. Von den dort aufgeführten zwölf noch in Radebeul lebenden Juden überlebten nur sechs die nazistische Verfolgung.

¹²⁵ Siehe Kapitel 5 dieses Buches. – Die bei der Gestapoleitstelle in Dresden geführte Judenkartei wurde beim Bombenangriff vom Februar 1945 vernichtet.

¹²⁶ Vgl. Statistisches Reichsamt (Hg.): *Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1933. Heft 5. Die Glaubensjuden im Deutschen Reich (= Statistik des Deutschen Reichs, N.F. Bd. 451,5)*. Berlin: Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik 1936. (Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, F 76a).

¹²⁷ Um die so gewonnenen sicheren Angaben fortschreiben zu können, gab das Statistische Reichsamt sie nach der quantitativen Auswertung an die polizeilichen Melderegister weiter. Außerdem wurde aus den Daten eine „Reichskartei der Juden und jüdischen Mischlinge“ aufgebaut, die auch dem „Reichssippenamt“ zur Verfügung gestellt wurde. So sollte einerseits sichergestellt werden, dass das nun endlich vorliegende Zahlenmaterial immer auf dem neuesten Stand blieb. Andererseits sollte der Verfolgungsstatus der einzelnen Personen festgehalten und deren Wohnorts- oder Familienstandsänderungen notiert werden. (Vgl. Meyer: „Jüdische Mischlinge“. Hamburg 1999, S.102)

¹²⁸ Zum 1. Januar 1935 waren die Städte Kötzschenbroda und Radebeul zur Stadt Radebeul zusammengeschlossen worden.

¹²⁹ Bundesarchiv Berlin, Sonderaufbereitung der Volkszählung 1939 (Angaben korrigiert nach Stadtarchiv Radebeul, A 4721).

¹³⁰ Stadtarchiv Radebeul, A 4721 (Rat der Stadt Radebeul 1933-1945, sonstige statistische Erhebungen 1940-1944).

Aufstellung der
zum 31.10.1941
in Radebeul-
West lebenden
Juden

A.
Aufstellung

über die nach dem Stande vom 31. Oktober 1941 wohnenden
Juden und Polen und deren evtl. bekannter Grundbesitz.
Bezirk: Radebeul-West.

I Juden:

1. Freund, Max Israel, Kaufmann, geb. am 29.7.1884 in
Deutsch-Krone, wohnhaft Moritzburger Str. 1, II 1.
2. Freund geb. Ury, Charlotte "Sara", geb. am 3.11.1899
in Deutsch-Krone, wohnhaft Moritzburger Str. 1.
3. Freund, Ilse "Sara", geb. am 29.8.1921 in Niederlösnitz,
wohnhaft Moritzburger Str. 1.
4. Freund, Anita Marion "Sara", geb. am 7.6.1930 in Dresden,
wohnhaft Moritzburger Str. 1.
5. Mohr geb. Langer, Gertrud "Sara", geb. am 6.2.1898
in Dresden, wohnhaft Erich-Kunzstr. 14.
6. Ury geb. Edel, Martha "Sara", geb. am 28.11.1875 in
Schneidemühl, wohnhaft Moritzburger Str. 1.
b. Freund.
6. Weise geb. Milich, Ita "Sara", geb. am 14.8.1893 in
Lodz, wohnhaft Brühlstr. 3.
(Der Hausbesitzer des Grundstückes Brühlstr. 3
ist der Ehemann, der aber nicht Jude ist).

II Polen:

- D.
- 36 Hofmann, Bayla Sara, geboren am 2.1.1901 in Noworadomsk, Kreis Litzmann-
stadt, Staatsangehörigkeit: staatenlos fr. Pole, Wohnung: Löfnitzgrund-
straße 25, II bei Köckritz.
 - 35 Bendix, Paul Israel, geboren am 27.3.1873 in Magdeburg, Staatsangehörig-
keit: D.R., Wohnung: Bismarckstraße 7.
 - 38 Kohlmann, geborene Weich, Brunhilde Sara, geboren am 13.8.1897 in Lem-
berg, Staatsangehörigkeit: D.R., Wohnung: Carolastraße 16, I.
 - 39 Rölke, geborene Michelsohn, Mahle Sara, geboren am 14.3.1894 in Zabel,
Staatsangehörigkeit: D.R., Wohnung: Seestraße 9.
 - 40 Schaye, Wilhelm Israel, geboren am 3.11.1891 in Dresden, Staatsangehö-
rigkeit: D.R., Wohnung: Augustusweg 1, I.

J u d e n,
31. 10. 1941.

Grundbesitz ist hier nicht bekannt.

Radebeul, am - 1. NOV 1941
Der Oberbürgermeister als Polizeiverwalter
- Paß- und Meldepolizei- Ost -
L.A.:
[Signature]

Aufstellung der
zum 31.10.1941
in Radebeul-Ost
lebenden Juden

D Auszüge aus dem Protokollbuch der Lehrerver- sammlungen der Volksschule Niederlöbnitz¹³¹

6.3.1934

Einführung des Deutschen Grußes.

10.3.1934

Im Unterricht Werbung für HJ, BdM und Jung-
volk.

20.12.1934

Programm der NSDAP ist der Altersstufe ange-
passt zu behandeln. Empfohlen Auszüge aus
„Mein Kampf“.

Der Hitlergruß ist straff auszuführen. Bedeutung
des Grußes den Kindern erläutern.

Im Religionsunterricht bleibt ausgesprochen jüdi-
sche Geschichte am Liebsten unbesprochen. Da-
für lieber Psalmen und Gebete usw.

25.6.1935

Abnehmen der Kopfbedeckung Nichtuniformier-
ter beim Deutschen Gruß und beim Singen der
Nationallieder.

3.9.1935

Lehrplan für Rassenkunde.

VO des Reichsministers über Leistung des Beam-
teneides mit Vorbehalt oder Verweigerung des
Eides.

Teilnahme von Nichtariern am weltanschauli-
chen Unterricht.

Zur Judenfrage. Verwendung des Stürmers im Un-
terricht als Anschauungsmaterial nicht geboten.

Zum Beamteneid. Treue gegen den Führer
(Nicht bei Juden kaufen). Behandlung des Alten
Testaments im Unterricht. Die ausgesprochen jü-
dischen Geschichten brauchen nicht besonders
behandelt zu werden. An ihrer Stelle können
Gleichnisse behandelt werden, die nicht im Lehr-
plan angeführt worden sind und in unsere Zeit
passen.

2.12.1935

Beim rassenkundlichen Unterricht ist Hauptsache,
auf die inneren Rassenmerkmale und Vor-
züge hinzuweisen.

8.2. Abkürzungen

DDP	Deutsche Demokratische Partei
Gestapo	Geheime Staatspolizei
KL	Konzentrationslager
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PG	Parteigenosse (Mitglied der NSDAP)
RSHA	Reichsicherheitshauptamt
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der NSDAP

¹³¹ Original im Schularchiv Niederlöbnitz.

8.3. Verwendete Literatur

Buch der Erinnerung. Juden in Dresden. Deportiert, ermordet, verschollen. Hg. vom Arbeitskreis Gedenkbuch der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V. Dresden: w.e.b. 2006.

Dippel, John V.H.: Die große Illusion. Warum deutsche Juden ihre Heimat nicht verlassen wollten. Weinheim und Berlin: Beltz Quadriga Verlag 1997.

Drobisch, Klaus u. a.: Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933–1945. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1973.

Eschwege, Helmut (Hg.): Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1966.

Haase, Norbert, Steffi Jersch-Wenzel und Hermann Simon (Hg.): Die Erinnerung hat ein Gesicht. Fotografien und Dokumente zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933–1945, bearbeitet von Marcus Gryglewski. Leipzig: Gustav Kiepenheuer Verlag 1998 (= Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Bd.4).

Held, Steffen: Von der Entrechtung zur Deportation: Die Juden in Sachsen. In: Clemens Vollnhals (Hg.): Sachsen in der NS-Zeit. Leipzig: Gustav Kiepenheuer Verlag 2002, S.200–223.

Hilberg, Raul: Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und Interpretieren. Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag 2002.

Höppner, Solvejg: Politische Reaktionen auf die Einwanderung ausländischer Juden nach Sachsen zwischen 1871 und 1925 auf kommunaler und staatlicher Ebene. In: Ephraim Carlebach Stiftung und Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Antisemitismus in Sachsen im 19. und 20. Jahrhundert. Dresden: Verlag dpp goldenbogen 2004, S.123–141.

Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945. Hg. von Walter Nowojski. Berlin: Aufbau-Verlag 1995.

Klüger, Ruth: weiter leben. Eine Jugend. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1994.

Large, David Clay: Einwanderung abgelehnt. Wie eine deutsche Familie versuchte, den Nazis zu entkommen. München: Karl Blessing Verlag 2004.

Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945. München: Siedler Verlag 2006.

Meyer, Beate: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945. Hamburg: Böling und Galitz Verlag 1999.

Pätzold, Kurt (Hg.): Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun. 1983.

Poliakov, Léon und Josef Wulf (Hg.): Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente. Berlin: Verlag Volk und Welt 1975.

Roseman, Mark: Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte. München: Ullstein Taschenbuchverlag 2002.

Rürup, Reinhard (Hg.): Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation. 13. Aufl. Berlin: Verlag Willmuth Arenhövel 2001.

Salzburg, Friedrich: Mein Leben in Dresden vor und nach dem 30. Januar 1933. Lebensbericht eines jüdischen Rechtsanwaltes aus dem amerikanischen Exil im Jahr 1940. Bearbeitet und eingeleitet von Sabine Wenzel. Dresden: Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer Politischer Gewaltherrschaft 2001 (Lebenszeugnisse – Leidenswege, H. 13).

Schuder, Rosemarie und Rudolf Hirsch: Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der Deutschen Geschichte. 2. Aufl. Berlin: Verlag Rütten & Loening 1989.

Verfolgung und Verwaltung. Die Rolle der Finanzbehörden bei der wirtschaftlichen Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung in Berlin. Dokumentation einer Ausstellung im Haus am Kleistpark, herausgegeben von der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin 2003.

Zwischen Integration und Vernichtung. Jüdisches Leben in Dresden im 19. und 20. Jahrhundert. Dresdner Hefte, Heft 45 (14. Jg., 1996, H.1).

8.4. Bildnachweis

Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden: S. 32 l., 76; Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V.: S. 18, 26; Stadtarchiv Radebeul: S. 25 r., 28, 40, 71 o., 75, 81; Stiftung Sächsische Gedenkstätten: S. 35, 36 o., 44 o.l., 72 o.; Teehaus GmbH Radebeul: S. 70.

Frank Andert: S. 33, 71 u.; Franziska Klotzsche: S. 41; André Schröder: S. 24, 29, 30; Wolfgang Tarnowski: S. 21, 25 l., 38, 44 u., 58–66.

Die Abbildungen auf S. 22, 36 u., 37, 42 und 44 o. r. sind dem von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Dresden e. V. herausgegebenen Band „Juden in Sachsen. Ihr Leben und Leiden“ (Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 1994) entnommen, die Abbildungen auf S. 24 o., 32 r. und 47 dem Buch von Helmut Eschwege (Hg.): Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945 (Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1966).



ISBN: 978-3-938460-09-2